

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 8. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pränumerando 1 Vierteljährl. 2.50 Mk., monatl. 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Einbezogen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 35 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Verfassungs-Revision in Württemberg.

Stuttgart, 5. November.

Dem öffentlichen Leben im Schwabenlande ist für die nächste Zeit der Stempel aufgedrückt. Die Bestimmtheit, mit der die württembergische Regierung dem eben zusammengetretenen Landtage die Erledigung der Verfassungs-Revision als „in der vordersten Reihe seiner Aufgaben“ stehend zugewiesen hat, läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß es allen Beteiligten nunmehr Ernst damit ist, das schon mehrfach gescheiterte Werk in dieser Landtags-Periode zum endgültigen Abschluß zu bringen. Und gegenüber dieser Aufgabe treten alle sonstigen politischen Landesangelegenheiten an Bedeutung weit in den Hintergrund.

Es ist interessant, einmal zu untersuchen, wie diese neuerliche Revisionsaktion in Fluß gekommen ist. Niemand dachte ernstlich an die baldige Wiederaufnahme des Verfassungsvertrags, dessen Abschluß das württembergische Volk seit Menschengedenken sehnlichst herbeiwünscht, als unsere Parteigenossen in der Zweiten Kammer den Antrag auf Vermehrung der Abgeordneten für die Stadt Stuttgart einbrachten. Die Wahlkreisverteilung für die aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten ist heute nicht mehr aufrecht zu erhalten und die Vermehrung der Stuttgarter Vertretung im Landtage ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit. Der Forderung selbst wurde, obwohl die vermehrte Vertretung zweifellos der Sozialdemokratie zusallen würde, denn auch nicht widersprochen; jedoch erhob man den Einwand, daß der Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt und daß man lieber gleich eine Neuausgabe der Gesamtrevision der Verfassung wünschen könne, als der alten, überlebten Verfassung einen neuen Nicken aufzusetzen. Da die Regierung in dieser Debatte die kaum erwartete und daher um so bemerkenswertere Erklärung abgab, daß sie jetzt bereit sei, an dem Revisionswerk auch ihrerseits mitzuwirken, so wurde der Antrag unserer Parteigenossen vorläufig zurückgestellt, und der Führer der Nationalliberalen, Herr v. Geh, erhielt den Auftrag, einen Bericht über den Stand der Verfassungsfrage auszuarbeiten. Der Bericht kam nach geraumer Zeit zustande, sprach sich für die jegliche Möglichkeit der Revision recht günstig aus, konnte den Fortgang der Sache aber nicht wesentlich beeinflussen. Das war einer anderen Seite vorbehalten, die, allerdings höchst unfreiwillig, den Anstoß zu weiteren Maßnahmen gab: der Ersten Kammer, der Kammer der „Standesherrn“.

Die Regierung hatte ein Volksschul-Gesetz eingebracht, das sonst wenig Bemerkenswertes bot und an dem unsere Partei kein wesentliches Interesse hatte, da es nicht gelingen war, seine Bestimmungen über den Lehrplan im Laufe der Beratung fortschrittlich zu gestalten. Aber in einem Punkte war die Rede von Bedeutung: sie durchbrach das bisher in Geltung befindliche Prinzip der geistlichen Schulaufsicht, indem sie die Funktion der weltlichen Schulaufsicht auch dem Lehrerverbande zugänglich machte. Um diese Bestimmung entspann sich ein heftiger „Kulturkampf“, da insbesondere das Zentrum gegen sie ankämpfte. Vor der entscheidenden Abstimmung machte der Präsident der in ihrer Mehrheit katholischen Kammer der Standesherrn einen Besuch beim Bischof von Rottenburg und — das Gesetz fiel.

Die Wirkung davon war über alles Erwarten. Die Regierung war zweifellos stark erbittert, denn sie hatte wohl Anlaß gehabt, anzunehmen, daß die vier königlichen Prinzen, welche Mitglieder der Ersten Kammer sind, trotz ihrer katholischen Konfession für die Annahme des Gesetzes Sorge tragen würden. Der Unmut darüber, daß den Prinzen das Wort des Bischofs augenscheinlich mehr bedeutete als der Wunsch von Krone und Regierung, kam in einem Hand-schreiben des Königs an den Reformminister zum Ausdruck, in dem er sein lebhaftestes Bedauern über das Scheitern des Gesetzes ausdrückte, die Ablehnung aber nur als eine „vorläufige Stöckung“ im Gange der Reform bezeichnete. Das war eine ziemlich deutliche Abgabe an die Tendenzen bestimmter Stellen und gab das Signal zu einer Besprechung der Lage in der Zweiten Kammer, bei der sich die Debatte zu einer schweren Anklage gegen die Erste Kammer überhaupt auswuchs, die nur vom Zentrum verteidigt wurde, und in deren Verlauf der Minister erklärte, daß die Regierung mit der Wiederaufnahme der Verfassungsreform — und nach der vorausgegangenen Debatte zweifellos mit einer Reform, die sich im besonderen gegen die Erste Kammer richtete — einverstanden war.

Dieser klärenden Kammerführung folgte die Protestbewegung dieses Sommers, bei der der Ausgangspunkt die Affäre, das schwächliche Volksschulgesetz, fast ganz im Hintergrunde lag und sich der Wille des Volkes gegen die Adelsprivilegien einer Handvoll Leute entlud, die schon so oft in unserer Zeit der Hemmschuh jeden grundlegenden Reformwerks gewesen sind.

Das vorläufige Ergebnis aller dieser Vorgänge ist nun die am Freitag gehaltene Thronrede, über welche im „Vorwärts“ bereits telegraphisch berichtet wurde.

Welche Aussichten hat nun die Verfassungsrevision und wie wird sie sich gestalten? Die Frage nach der Zweiten Kammer scheint durch die bestimmte Versicherung der Thronrede beantwortet. Sie soll zur reinen Volkskammer auf der Grundlage des „allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts“ werden. Das Problem der Ersten Kammer wird jedoch durch die Thronrede nicht gelöst. Es sei denn, daß man das Wort von der „zeitgemäßen Erneuerung“ als eine Abgabe an die Bestrebungen auf Verrückung der Ersten Kammer ansieht. Daß eine solche Abgabe überhaupt erfolgte, ist zweifellos die Schuld der bürgerlichen Parteien, welche sich bemüht haben, den in der Protestbewegung ungeschminkt zum

Ausdruck gelangenden Volkswillen „in ruhigere Bahnen zu leiten“, d. h. zu verfälschen. Der nationalliberale Führer, Prof. Hieber, dem sülklich zugejubelt wurde, als er auf die Erste Kammer das Wort anwandte: „Ihr Wappen ist die Schnecke, Schildhalter ist der Krebs!“ und der eine geradezu vernichtende Kritik an ihr übte, orakelte wenige Sätze weiter von der Möglichkeit eines „Oberhauses“, eines „Senats“, der „über den Parteien und Interessengegenständen des Alltags steht und im Gevitt der Meinungen sozusagen die abgeklärte, uninteressierte Staatsweisheit vertritt“. Und Konrad Haußmann, der Führer der Volkspartei, sagte, daß er, wenn er nur abzustimmen hätte, wieder für die Befestigung der Ersten Kammer sein würde, aber er sehe die Möglichkeit, sie durchzusetzen, ein, er erlaubte sich daher, diejenigen, die die Befestigung der Ersten Kammer grundsätzlich forderten, zu verhöhnen, ohne zu bedenken, daß sein Sohn am schwersten die eigenen Parteigenossen, ja die Leitung der eigenen Partei belästete.

Bei dieser feigen und muthierigen Haltung des Bürgerturns, dessen Führer den politischen Kampf um grundsätzliche Ziele aufgaben, ehe er recht begonnen hatte, nimmt es natürlich kein Wunder, daß die Regierung dem Willen des Volkes keine Konzessionen zu machen gedankt. Was braucht sie radikal zu sein, als die politischen Führer des Bürgerturns? Wenn diese den angeländigten Kampf gegen die Adelsherrschafft dadurch glauben führen zu können, daß sie nach Mitteln suchen, um die katholische Mehrheit der Ersten Kammer in eine protestantische umzuwandeln, so muß die Regierung aus dieser Charakter- und widerlosen Preisgabe aller bisher hochgehaltenen Forderungen ersuchen, wie unmöglich es ist, für eine wirklich durchgreifende Verfassungsreform auf eine Mehrheit zu hoffen. Dabei ist die Forderung auf Befestigung der Adelsvorrechte wirklich keine sozialdemokratische, sondern eine gut bürgerliche Forderung. Schrieb doch schon im Jahre 1817 kein Geringerer als Ludwig Uhland in seiner Schrift „Keine Adelskammer“: „Dreißig Jahre lang hat die Welt gerungen und gekämpft, Menschrecht sollte hergestellt, der entwürdigende Aristokratismus sollte aus-geworfen werden, davon ist der Kampf ausgegangen. Und jetzt nach all dem blutigen Kampf soll eben dieser Aristokratismus durch neue Staatsverträge heiligelt werden? Hierzu einwilligen, ihr Volksvertreter, hieße den Todeskeim in die Verfassung legen.“ Und unter Beziehung auf diese Worte erklärte der Führer der Deutschen (nationalliberalen) Partei, Niemayer, 1867 in einer im Auftrag seiner Partei verfaßten Schrift: „Dieser prophetische Warnungsruß ist an unserem Verfassungsleben in Erfüllung gegangen. Heute ist es nicht mehr eine vereinzelte Stimme, es ist die Stimme des Volkes, welches diesen Ruf ertönen läßt, es ist das wohlverordnete Recht des Volkes, welches wir zurückverlangen und in den kurzen Worten seinen Ausdruck findet: Wiederherstellung des Gesetzes vom 1. Juli 1849.“

Dieses Gesetz aber kannte nur eine einzige reine Volkskammer, ohne den von Prof. Hieber jetzt so staatsmännisch wichtiguerisch gepriesenen „Senat“. 1867—1904! In dieser Spanne Zeit hat das liberale und demokratische Bürgerturn Württembergs seinen Kampfesmut für immer verloren. Es hat sich endgültig für unfähig erklärt, die noch stehen gebliebenen Reste des Feudalstaates zu beseitigen.

Es ist kein Wunder, daß unter solchen Umständen der Widerstand gegen die geplante Verfassungsrevision sich um so lebhafter bei denen zu regen beginnt, die sie am meisten angeht, bei den „Standesherrn“. Der Präsident derselben hat noch am Tage der Thronrede in der ersten Sitzung seiner Getreuen eine Art Segensthrone-rede gehalten. Seine Erlaucht Graf Rechsberg-Rothent-löwen hat besser als die Führer des Bürgerturns den Satz be-griffen, daß der Angriff die Beste Verteidigung ist. Will man uns unsere Rechte schmälern, so parieren wir das am besten, meint der Herr Graf, wenn wir noch mehr Rechte fordern und so sagte er: „In bedauern ist, daß die Verfassung uns nur eine teilweise Mitwirkung bei der Beratung des Budgets einräumt.“ Das soll heißen, daß die Erste Kammer, wenn man auf anderem Gebiete Forderungen an sie stellen wick, diese mit der Gegenforderung des vollen Budgetrechts zu beantworten gedenkt. Dann aber redete er weiter: „Unter den weiteren Aufgaben ist auch die aufgeführt, daß wir vielleicht abermals an die Verfassungsberatung heranzutreten haben.“

Meine hohen Herren! Ich weiß mich einzig mit den Mitgliedern dieses Hauses, daß Sie alle den Standpunkt und Gesichtspunkt teilen, daß wir bei Beratung der Gesetze ausschließlich das Wohl des Landes und der Krone im Auge haben, jeder nach seiner Ueberzeugung, und daß wir uns dabei weder von Partei- und Spezialinteressen, noch von Kammerinteressen leiten lassen. Ich hoffe, daß die Beratungen der bevorstehenden Session, wenn sie uns auch schwere Kämpfe bringen mögen, zum Wohl des Landes und der Krone führen mögen.“

Als der Herr Graf geendet, erhob sich Herzog Albrecht von Württemberg, der Thronfolger, um seiner besonderen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die Erste Kammer auch in dieser Tagung wieder „unter der rastlosen Leitung“ des Grafen Rechsberg arbeiten werde.

Man muß es dem zukünftigen König lassen: nach Popularität hascht er nicht und von der mobilischen Schwäche des Kronprinzen-liberalismus ist der in habsburgischem Geiste erzogene Herr auch völlig frei. Darum trug er für sein Teil wohl gen dazu bei, dem sonst rein geschäftlichen Akt der Eröffnungsitzung den Charakter einer politischen Fronde gegen Regierung und Zweite Kammer zu geben.

Die Sozialdemokratie kann in Ruhe der Gestaltung der Dinge entgegensehen. Ihr Programm zeichnet ihr den Weg vor und sie hat vielleicht eine größere Macht, als man gemeinhin annimmt. Das Zentrum und einige Aristokratische stehen der Reform

durchaus ablehnend, der Bauernbund kühl bis an Herz hinan gegen-über, und so sind die Stimmen der Sozialdemokraten zur Bildung einer Zweidrittelmehrheit nicht zu entbehren. Ist unserer Partei heute die Stellung zu den Einzelfragen bereits klar, so läßt sich in-dessen über die Stellung zum Gesamtwerk noch nichts sagen. Darüber sagt unser hiesiges Parteiblatt ganz zutreffend: „Ob der Vorteil der reinen Volkskammer den Nachteil der Auffrischung der Ersten Kammer überwiegt, wird zu entscheiden sein, wenn die Reform in ihrer ganzen Tragweite zu übersehen ist.“ Bis dahin aber wird noch geraume Zeit vergehen.

Die italienischen Wahlen.

Die Wahlen in Italien, die von der Regierung ausgeschrieben wurden, um die Situation zu klären, um die Regierung von der extremen Linken vollständig loszulösen, sind, wie vorausgesehen war, zugunsten des Ministeriums ausgefallen. Von den 508 Wahlen, die vorgenommen waren, sind bis heute früh 415 Wahlen bekannt geworden. Es sind gewählt 255 Ministerielle, 89 Mit-glieder der konstitutionellen Opposition, 28 Radikale, 23 Sozialisten und 12 Republikaner. 63 Stichwahlen sind erforderlich, bei denen in 33 Fällen die Ministeriellen das Uebergewicht haben sollen, in 11 Fällen die konstitutionelle Opposition, in vier Fällen die Radikalen, in 11 die Sozialisten und in vier weiteren Fällen die Republikaner. In der letzten, aufgeldsten Deputierten-kammer hatten die Radikalen 40 Sitze, die Sozialisten 23 und die Republikaner 26.

Die Wahlen wurden vorgekommen unter offener Kriegserklärung gegen den Sozialismus. Wenn auch die bürgerliche Presse in Italien und in Deutschland behauptet, daß die Sozialisten bei der Wahl schlecht abgeschnitten hätten, so trifft diese Behauptung nach den uns vorliegenden Privattelegrammen nicht zu. Diese Tele-gramme lauten:

Rom, den 7. November. Bis jetzt gewählt 23 Sozialisten, 15 wiedergewählt, 8 neue gewählt. Es haben 27 Stichwahlen zwischen Sozialisten und den bürgerlichen Parteien stattgefunden, wovon 8 bisher sozialistische Kreise betreffen. In 19 Kreisen findet zum erstenmal Stichwahl statt. Unterlegen sind die Reformisten Moro und Marcano, die Genossen Doffi, Albertelli, Cicotti, Barazzani. In Mailand wurden Turati und Cabrini wiedergewählt, ferner ein Merikaler, der erste Merikale im Parlament, außerdem ein Konservativer. Zwei Konservative befinden sich in Stichwahl mit Radikalen. Ferri wurde einmal gewählt und befindet sich dreimal in Stichwahl. Cosia und Bisolati wurden zweimal gewählt. In Rom, Florenz, Turin, Ravenna und Genua finden sozialistische Stichwahlen statt. Im ganzen Lande ist ein großer Stimmengewinn für die Sozialisten zu verzeichnen. Die republikanische Partei erleidet eine empfindliche Niederlage, sie verliert hervorragende Vertreter. Der Ex-minister Rasi wurde in Trapani mit ungeheurer Mehrheit gewählt. Die letzte Wahl ergab 69 sozialistische Stichwahlen und 26 Gewählte.

Ein ferneres Telegramm aus Rom meldet uns: Endresultat: Gewählt wurden 24 Genossen außer Turati und Deselice. In Stichwahl befinden sich 29 Genossen. Chiesa kommt in Genua in Stichwahl mit Quastavino. Im ersten Genueser Wahlkreise kandidierte gegen Chiesa der liberale Oppositionskandidat Marquis Imperiale und der ministerielle Quastavino. Es kam am Vorabend der Wahl zu einer Zersplitterung der sozia-listischen Stimmen dadurch, daß die sozialistischen Arbeiter empört darüber waren, daß Chiesa nach Mailand gegangen war, um die Kandidatur Turatis gegen die des Parteikandidaten zu vertreten. Die Arbeiter erklärten am Vorabend der Wahl, als Zeichen des Protestes nunmehr unbeschriebene Stimmzettel abgeben zu wollen.

Aus diesen Telegrammen ergibt sich, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht nur ungeschwächt in das Parlament zurückkehren wird, sondern daß sie wahrscheinlich noch einige Sitze gewinnen dürfte. Bei der letzten Wahl wurden 26 Sozialisten gewählt. Diese 26 Sozialisten sind auch jetzt wieder gewählt worden, sofern man Turati und Deselice mitrechnet; während aber bei der vorigen Wahl nur neun Sozialisten an der Stichwahl beteiligt waren, sind diesmal deren 29 beteiligt. Schon hieraus ergibt sich, daß der sozialistische Stimmengewinn ein erheblicher sein muß.

Daß die Sozialdemokratie in Italien keinen größeren Erfolg zu verzeichnen hat, liegt an der ganzen Situation. Auf der ganzen Linie wurde gegen sie gekämpft, während das letzte Mal die Republikaner und die Radikalen mit den Sozialisten zusammen gingen. Der Generalstreik hat es zu einer gründ-lichen Scheidung der Geister gebracht. Er scharte nicht nur alle bürgerlichen, namentlich auch kleinbürgerlichen Elemente um das Banner der ministeriellen Parteien, sondern er scharte auch zur Scheidung zwischen den Sozialisten und den Nationalliberalen. Diese Scheidung hat allerdings eine schwere Niederlage der äußersten bürgerlichen Linken zur Folge gehabt. Während die Radikalen im letzten Parlament 40 Sitze inne hatten, haben sie jetzt nur 23 Sitze errungen, wogu noch vier für sie günstige Stichwahlen kommen. Nicht besser haben die Republikaner abgeschnitten, die im letzten Parlament über 20 Sitze verfügten, während sie jetzt nur 12 Mandate er-obert haben und in vier Wahlkreisen in günstiger Stichwahl stehen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß noch nicht das gesamte Wahl-ergebnis vorliegt. — Das Turatis Wahl in Mailand anbelangt, so ist dabei zu berücksichtigen, daß Turati in den Wahlkämpfen eine radikalere Haltung eingenommen hat als vorher. Er er-klärte sich nicht nur unbedingt für das Streikrecht, sondern er erklärte auch, daß die Sozialisten sich nicht damit

begnügen dürfen, die Aufgabe der bürgerlichen Demokratie zu erfüllen. Auch bedauerte er, daß ihm kein radikaler Gegenstand gegenüberstehe.

Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke. Sie war erheblich größer als im Jahre 1900, wo rund 60 Proz. der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben. Nicht nur die von Stolitti ausgegebene Parole der Sammlung aller staatsbehaltenden Elemente leitete die Wahlbewegung der bürgerlichen Kreise. Auch der Papst hatte den streng gläubigen Katholiken ausdrücklich Erlaubnis erteilt, sich an den Wahlen zu beteiligen, um die Kandidaten des Umsturzes zu Falle zu bringen.

Berücksichtigt man alle die Umstände der diesmaligen Wahl, so wird man den Jubel der bürgerlichen Presse über die angebliche Niederlage der Sozialisten durchaus unangebracht finden. Haben doch die Sozialisten nicht nur alle Aussicht, ihre Mandate zu behaupten und noch einige hinzugewinnen, sondern ist doch die sozialistische Stimmenzahl trotz aller Sammlungspolitik offenbar nicht unerheblich gewachsen. Um die ganze Tragweite der Wahl beurteilen zu können, wird es allerdings nötig sein, das genauere Ergebnis abzuwarten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

Beamtenfragen im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag ausschließlich mit Beamtenfragen. Zunächst überwies es einen konservativen Antrag betreffend Maßnahmen, die geeignet sind, die den Militäranwärtern im Staats- und Kommunaldienst aus den gegenwärtigen Befoldungsvorschriften erwachsenden Nachteile zum wenigsten auszugleichen, an die Budgetkommission. Aussicht auf Erfolg dürfte der Antrag bei der ablehnenden Haltung des Finanzministers Lehmann haben.

Sodann erledigte das Haus in rascher Reihenfolge eine große Zahl von Petitionen der verschiedensten Beamtenkategorien. Die Verhandlung bot das gewohnte Bild. Vor fast leeren Bänken sprach der Berichterstatter, um seine Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung, im günstigsten Fall auf Ueberweisung zur Erwürdigung zu begründen, und dann wurden die Anträge ohne weitere Debatte angenommen. Nur vereinzelt waren schwächere Versuche zu verzeichnen, das Haus und die Regierung den Wünschen der Beamten geneigter zu machen. Wie immer, so schilberte auch diesmal wieder die Regierung die „gefährdrohende“ Agitation unter den Beamten und sie erreichte damit ihren Zweck, das Haus ihren Wünschen auf Nichtbeachtung der Petitionen geneigt zu machen. Die Beamten werden sich schon so lange gedulden müssen, bis wir in Preußen eine wirkliche Volksvertretung haben.

Die nächste Plenarsitzung findet erst am 21. November statt. Bis dahin soll der Kanal-Kommission Zeit zur Erledigung ihrer Arbeiten gelassen werden, oder auch zur Richterledigung.

Ausweisungsauslieferungen.

Am letzten Donnerstag, 7 Uhr morgens, wurde in Berlin eine russische Studentin Janina Verson verhaftet. Die Wohnung wurde durchsucht, und zwar zwei Stunden lang durchstöberte die Polizei alle Behälter. Das Fräulein hielt sich seit 14 Tagen unangemeldet in Berlin auf und wollte nach der Schweiz fahren. Bis zur Stunde ist die Dame nicht freigelassen worden, obwohl weder ihr noch irgend jemand anderem mitgeteilt worden ist, welches Delikt sie begangen haben soll.

Wir haben also hier wieder einen der Fälle, die seinerzeit im Reichstage von beinahe allen Parteien aufs schärfste gerügt worden sind. Fräulein Verson, die sich nach deutschen Strafgesetzen nicht irgendwie schuldig gemacht hat, wird in der Willkür des administrativen Verfahrens festgehalten. Es sind ihr alle Rechtsicherheiten der deutschen Strafprozessordnung entzogen und sie ist völlig wehrlos der Polizei in die Hände geliefert. Die Polizei hat nicht einmal das Interesse, nach Straftaten zu suchen, denn dann würde Fräulein Verson der Garantien des deutschen Rechts teilhaftig werden, während diejenigen, die nichts begangen haben, auf Gnade und Ungnade ohne besondere juristische Hilfe und Arbeitsaufwendung der Polizei verfallen sind. Hätte das Fräulein Verson in Berlin einen Mord begangen, so würde sie einen größeren Rechtschutz genießen als jetzt, wo sie keinerlei Straftaten in Deutschland begangen hat und, wie wir hinzufügen, auch nach unseren Informationen nicht in Russland. Man hält die Dame offenbar fest, um inzwischen sich bei der russischen Polizei zu erkundigen, ob es ihr angenehm wäre, das Fräulein in die Hände zu bekommen. Hat der russische Absolutismus Appetit auf dies Opfer, so wäre nach den bisherigen Erfahrungen die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Dame in der völkerrechtswidrigen Form der Ausweisung über die russische Grenze ausgeliefert wird. Was selbst der exzentriscste preußisch-russische Auslieferungsvertrag, der überhaupt kaum Grenzen für die Auslieferungsmöglichkeit bestimmt, nicht beweisen kann, das vermag eine solche Ausweisung im Handumdrehen. Es bedarf nicht der mindesten ordentlichen Untersuchung. Es genügt, die Dame für eine gefährliche Person, für eine Anarchistin zu erklären, und der Gerechtigkeit — der preußischen Polizei ist Genüge getan.

Selbst wenn es sich nun um eine Anarchistin handelte, wäre ein solches Verfahren schlechterdings verwerflich. Es bedeutet unter allen Umständen die schlimmste Verletzung jedes zivilisierten Fremdenrechtes. Es war der Zentrumsabgeordnete Spahn, der noch im Anfang dieses Jahres im Reichstage erklärte:

„Der Fremde, der sich bei uns mit ausreichenden Mitteln aufhält und der sich uns gegenüber nach keiner Richtung lästig macht hat, den müssen wir, wenn wir ihn ausweisen und nicht ausliefern, seinen Weg wählen lassen, wie er will. Diesen Grundsatze sollten wir festhalten. Das hat nichts damit zu tun, daß auch andere Nationen Anarchisten nicht haben wollen. Ob jemand Anarchist ist, wissen wir nicht, so lange er sich nicht in dieser Richtung lästig gemacht hat oder dies anderweitig nachgewiesen ist.“

Herr Spahn mißbilligte es auch, daß die Polizei-Organe Verhaftungen nur deshalb vornehmen, um Verdachtsmomente gegen Personen zu sammeln. Wollte man das Fräulein Verson aus Deutschland nur ausweisen bei freier Wahl der Grenze, so wäre die Verhaftung völlig sinnlos. Die Sistierung kann nur den Zweck haben wollen, um noch Verdachtsmomente zu sammeln und dann, wenn Russland es wünscht, neue völkerrechtswidrige Russendienste zu leisten. Da das Fräulein bemittelt ist, so kann man in der Mittellofigkeit nicht den Vorwand einer Ausweisung nach der russischen Grenze suchen. Müßig bliebe der „Anarchismus“ als Grund eines solchen Verfahrens. Das ganze Verhaftungsmaterial, das gegen die Dame in dieser Hinsicht besteht, liegt aber in dem einen Umstand, daß diese russische Studentin seit längerer Zeit mit einem deutschen Reichsangehörigen befreundet ist, der sich zu einer kleinen anarchistischen Gruppe rechnet. In der Wohnung dieses Deutschen haben sich auch anarchistische Schriften vorgefunden. Die Polizei kann aber diese einem preußischen Staatsbürger gehörenden anarchistischen Schriften, die ja nebenbei wohl auch keinen strafbaren Inhalt haben werden,

nicht einer Freundin dieses Manns zur Last legen. Fräulein Verson ist, wie man uns mitteilt, nicht nur keine Anarchistin, sondern sie ist, wie uns berichtet wird, überhaupt nicht politisch tätig. Sie ist in Russland auch nie wegen „illegaler“ Handlungen bestraft worden. Es entfällt somit auch dieser Grund für die Polizei und wir nehmen an, daß man unerbittlich den höchst bedauerlichen Mißgriff gutmachen wird. Die Russendienste, die Deutschland seit einigen Jahren vor der Welt kompromittieren, sollten nun endlich ein für allemal erledigt sein. Die Balkan-Schande ist erst eben, wenigstens nach den Behauptungen der Schuldigen, beseitigt worden. Man sollte wirklich nicht neues Material liefern zu der Abrechnung, die der Regierung wegen ihres Auftretens ohnehin bevorsteht. Eine russische Studentin, die sich in Deutschland nichts hat zuschulden kommen lassen, die politisch auch sonst selbst nach russischen Begriffen unbedenklich scheint, sollte wahrhaftig nicht als Objekt dienen, um dem Berliner Polizeipräsidenten unter der Leitung Dr. Henningers die Gelegenheit zu einem neuen Meisterstück verschärften Russenlufes zu bieten. Ausweisungen nach der russischen Grenze sind unter allen Umständen unzulässig. Entweder liegen in Deutschland begangene Straftaten vor, dann gehört die Angelegenheit vor die ordentliche Justiz. Die Polizei darf unter keinen Umständen sich die Befugnis einräumen, über Wohl und Wehe eines Menschen frei zu schalten. Auch eine „Anarchistin“ muß des Schutzes der deutschen Gesetzgebung teilhaftig werden.

Die Verhaftung des Fräulein Verson ist ein Zeichen des neuen und zugleich ewig alten Geistes, der gegenwärtig am Alexanderplatz weht. Seitdem Herr Dr. Henninger Führer der politischen Polizei in Deutschland geworden ist, scheint er sich durch besonderen Eifer und bedeutsame Erfolge den Ruhm der Stieber erringen zu wollen. Selbst die bisherigen Beamten der politischen Polizei sollen dem neuen Herrn nicht mehr genügen. Man erzählt davon, daß es zwischen dem Dr. Henninger und dem Dezerenten der anarchistischen Abteilung, Kriminalkommissar Crone, bereits zu einem heftigen Konflikt gekommen sei. Crone, der eine Militärübung angetreten hat, soll zur politischen Polizei nicht mehr zurückkommen. An seine Stelle ist der bisherige Dezerent der Gewerkschaftsabteilung, Kommissar Becker, getreten, der den diesjährigen Amsterdamer Kongreß beauftragt hat. Herr Henninger soll, wie man uns berichtet, eine ganz besondere Reizung haben, die Russenpolitik zu akzentuieren. Er will offenbar die Blamage von Königsberg durch neue Taten überbieten. Er hat unter der Leitung des Kommissars Kunze, wie man uns weiter berichtet, eine besondere Russenabteilung eingerichtet. Es scheint, als ob Herr Wymen, der bisherige Russenoberst, der auch neben dem Königsberger Staatsanwalt, dem Justizminister Schönstedt und dem russischen Generalkonsul in Königsberg den Hochverratsprozeß gegen unsere Parteigenossen inszeniert hat, in den Tagen der Nordsee-Siege Rußlands nicht mehr für schneidig genug gehalten wird, und schärferen Ersatz bekommen solle. Mag das neue Regiment im Berliner Polizeipräsidenten wie immer nach neuen Taten streben, unter keinen Umständen ist es statthaft, eine schuldlöse russische Studentin zum Probierstück solcher rettenden Taten zu machen. Deutschlands Ruf ist gerade schlimm genug, und der Königsberger Prozeß hat das deutsche Ansehen gerade hinreichend kompromittiert, um nicht selbst einem vaterlandslosen Sozialdemokraten den nationalen Wunsch einzugeben, die preussische Regierung möge auf diesem Wege nicht weiter wandeln.

Die zweite Armeedebatte.

Zu der Armeedebatte wird uns aus Paris unterm 6. November noch geschrieben: Es fehlte wenig, und das Cabinet Combes wäre über die „Armee“, über die Offiziersfrage gestolpert. In der entscheidenden Abstimmung wurde die Regierung mit bloß zwei Stimmen Mehrheit (279 gegen 277) gerettet, das heißt — selbst unter Berücksichtigung einiger nachträglichen Verichtigungen — tatsächlich durch die eigenen Stimmen der sieben Minister, die zugleich Deputierte sind. In der zweiten Abstimmung über die Priorität der Vertrauensformel wuchs dann die Mehrheit auf bloß zehn Stimmen an (286 gegen 276). Und wenn zuletzt die Vertrauensformel nach den amtlich berichtigten Zahlen mit 267 gegen 221 Stimmen (nicht, wie in der Kammer verübtet, mit 343 gegen 236) votiert wurde, so einzig deshalb, weil zwischen der zweiten und der dritten Abstimmung die ebenso feige wie brutale Gewalttat des nationalistischen Abg. Speton gegen den Kriegsminister stattgefunden hatte. Es gibt nur eine Stimme darüber, daß Spetons infame Handlungsweise, die desto niederträchtiger ist, als sie sich gegen einen Kreis richtete, die Stellung des Ministeriums wieder befestigt hat, ähnlich wie der heroisch-patriotische Stoßtritt des Barons Christiani gegen den Präsidenten Loubet die Periode der „republikanischen Verteidigung“ eingeleitet hat.

Das schließliche Ergebnis der Kammerwahl ist jedenfalls zu begrüßen. Viel weniger vom ministeriellen als vom allgemeinen demokratischen Standpunkte aus. Der Sturz des Cabinetts Combes in diese Kampfe würde allerdings eine Reoandee der heroischen Hocharmee zur Folge gehabt haben. Auf diesen Punkt haben die ministeriellen Redner immer und immer wieder die Aufmerksamkeit der zerbrockelnden Mehrheit zu konzentrieren gesucht. Und daran sind die unermüdbaren Front- und Planenattaden der vielfarbigen Opposition gescheitert.

Es war die von Jaurès angeregte Taktik der Gegenoffensive, die vom ministeriellen Lager befolgt wurde. Den Anfang machte General André, der in seiner vom Blatt verlesenen Rede ein in seiner Naturwahrheit abgedecktes Bild der Unbuddsamkeit, der Vetterwirtschaft, der prätorianischen Gelüste des seit 30 Jahren in der Armee ausgepöppelten heroisch-reaktionären Klüngels gab. Verzeux verlangte im Interesse der Republikanisierung der Armee eine Reform des Rekrutierungssystems der Offiziere und eine Reform der militärischen Schulprogramme. Jaurès erinnerte an die seinerzeit von Oberst Jaurie im gefinnungswichtigen „Temp“ veröffentlichte Statistik, die handgreiflich die heroische Vetterwirtschaft im Vorkampfe offenbart. Während nämlich der Prozentsatz der Adligen unter den Leutnants 11 Prozent beträgt, steigt er unter den Generalen auf 29 Prozent! Als Hilfsmittel gegen die heroische Vorkampfe in der Armee verlangte Jaurès die Entlassung der militärischen Hochschulen in die Unbesitztheit, die Einführung gesetzlich geregelter Stipendien für Unbemittelte in jenen Hochschulen. Ferner befürwortete er eine weite öffentliche Kontrolle über die Offiziere von Seiten der republikanischen Organisationen, ähnlich wie die Gewerkschaften nach und nach sich daran gewöhnen, den Gewerbe-Inspektoren über die Verletzung der Arbeiterschutzgesetze zu berichten, ohne daß deshalb von „Angebern“ gesprochen werden kann. Zu erwähnen ist noch das reuige Geständnis von Jaurès in bezug auf die Militärjustiz: „Jawohl, meine Herren, wir sind alle schuldig, Regierung und Wehrheit, — und ich nehme auf mich meinen Teil an dieser Schuld — die notwendige Abschaffung der Kriegsgerichte nicht vertürländlich zu haben, die das Kastenregime kennzeichnen und verlängern.“

Aber freilich fanden die von Jaurès geforderten Reformen, so harmlos schädlichen sie sind im Vergleich mit den gleichfalls die Demokratisierung der Armee bezweckenden Forderungen der großen bürgerlichen Revolutionäre von 1793, nur den Beifall der äußersten Linken. Wie die Situation beschaffen ist, muß man schon als einen Gewinn das negative Ergebnis des Kampfes anrechnen, das Scheitern des Ansturmes der nationalistisch-militaristischen Reaktion im Bunde mit den linksstehenden Strebern und Ehrstüchtigen — von Doumer bis Millerand.

Ja, Millerand! Er hat es sich nicht nehmen lassen, auch in dieser Debatte, und diesmal unter dem freigegebenen Beifall der Rechten, die Geschäfte der Reaktion zu besorgen, und das so unbedenklich wie noch nie. Er hatte sogar den Mut, gegen die Linke die „ewigen Prinzipien“ der „Wahrheit und Gerechtigkeit“, die Lösungsworte der Dreißiger-Kämpfe, auszusprechen. Die nötige Antwort erteilt ihm heute Pressensé in der „Humanité“: „Ja, wir müßten hören,

wie Herr Millerand — Herr Millerand! — unter den Beifallsstößen der Rechten und der Nationalisten uns beschuldigte, die Prinzipien verleugnet zu haben, in deren Namen wir gesiegt haben, — er, der erst den Umschwung der öffentlichen Meinung nach der Entdeckung der Henry-Fälschung abgewartet hat, um unsere Kampagne für die Gerechtigkeit nicht mehr als antipatriotisch zu demünzieren und nicht mehr Schutzmaßnahmen für die Armee zu fordern!“ — In der Kammer selbst hatte Jaurès in einer Unterbrechung der Millerandscher Rede seinen ehemaligen Freund und dessen Ministerkollegen vom Cabinet Waldeck-Rousseau die Eigenschaft der verspäteten „Treppentugend“ vorgeworfen. Die Entrüstung Millerands und der übrigen Mitglieder des Cabinetts Waldeck-Rousseau ist nämlich desto erhabener, als die dem Kriegsministeriellen Bureau vorgeworfenen Praktiken bereits in ihre eigene Ministerzeit fallen. Sie schüben freilich vor, davon keine Kenntnis gehabt zu haben.

Bemerkenswert ist noch, daß die im Sinne der Jaurèschen Offensivtaktik abgefaßte Vertrauensformel diesmal weder von Etienne, dem Führer der gemäßigten „demokratischen Union“, noch auch von Carrien, dem Vorsitzenden der „radikalen Linken“ unterzeichnet wurde. An Stelle Etiennes zeichnete dessen treu ministerieller Fraktionskollege Thomson. Es bleibt abzuwarten, ob Sybetons Gewalttätigkeit die neuesten Abtrünnigen des Bloc auf die Dauer wieder ins ministerielle Lager treiben wird.

Deutsches Reich.

Weitere 86 Millionen für Südwestafrika.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ sich aus Berlin melden läßt, wird dem Reichstage bei seinem Zusammentritt ein weiterer Nachtragsetat für Südwestafrika in der Höhe von 86 Millionen zugehen. Dieser Nachtragsetat werde keineswegs etwa die abschließende Forderung für den Krieg bilden, sondern es würden sogar für dieses Finanzjahr, das erst mit dem nächsten 1. April abläuft, noch weitere Nachtragsetats notwendig werden. Mit den bereits jetzt für die Niederwerfung des Aufstandes vom Reichstage bewilligten Summen hätte der Nachtragsetat die Höhe von 100 Millionen erreicht, die aber bei weitem überschritten werden wird. Bekanntlich erklärte ja die „Schlesische Zeitung“ unlängst, daß die Gesamtkosten für den Krieg mindestens 200 Millionen Mark betragen würden.

Die „Kölnische Zeitung“ beurteilt allerdings die gegenwärtige Lage in Südwestafrika recht optimistisch. Sie geht von der Annahme aus, daß der Herero-Aufstand als völlig niedergeworfen gelten könne. Die Trotha gemeldet habe, seien ja bereits die Häuptlinge über die englische Grenze geflüchtet. Die übrigen Hereros hätten offenbar ihre Munition verschossen und seien daher widerstandsunfähig. Allerdings sei von englischer Seite gemeldet worden, daß sich unter den 400 Hereros, die die Grenze nach Betschuanaland überschritten hätten, keine Häuptlinge befunden hätten. Diese englische Meldung sei indes belanglos, da zuverlässige Nachrichten über Hereros, die erst kürzlich die Grenze überschritten hätten, noch nicht in Kapstadt eingetroffen sein könnten. Aber selbst wenn sich die Kapitäne der aufständischen Hereros noch im Kolonialgebiet befänden, so werde man mit ihnen kurzen Prozeß machen können. Am praktischsten sei es, daß man nunmehr die aufständischen Häuptlinge für vogelfrei erkläre und eine Prämie auf ihren Kopf setze. Dann sei ein formeller Friedensbeschluß oder eine Friedensverhandlung überflüssig, da die zersprengten Hereros einen Gegenstand solcher Verhandlungen nicht bilden können. Das Damaraland müsse noch längere Zeit im Kriegszustand bleiben. Die sich ergebenden Hereros könnten in Reservaten untergebracht werden. Man müsse ihnen aus Staatsmitteln Nahrung beschaffen, allerdings nur gegen Arbeit als Gegenleistung. Auf räuberische Hereros müsse noch eifrig Jagd gemacht werden. Auf noch bekannt werdende besonders hebelstäter müsse ebenfalls eine Schutzprämie gesetzt werden. Abdamm müßten im ganzen Gebiete eine Reihe von Stationen angelegt und stark besetzt werden, um allmählich das Land vollständig zu pazifizieren.

Uns will scheinen, als ob die Auffassung der „Kölnischen Zeitung“ doch erst noch näherer Bestätigung bedürfte, denn wenn auch die Hereros zersprengt sind, so ist es doch fraglich, ob sie zur Uebergabe geneigt sein werden, falls man nicht mit ihnen in Unterhandlungen eintritt und ihnen Generalpardon gewährt. Hätte man den Krieg einfach ohne Friedensverhandlungen weiter, dürfte die Zahl der unter Waffen bleibenden Hererosbanden eine recht erhebliche sein, und daß die Verfolgung dieser zerstreuten Banden gar nicht so leicht ist, das hat ja der bisherige Krieg bereits hinlänglich bewiesen. Wiederholt schon haben wir betont, daß der Guerillakrieg gegen zerstreute Banden schwieriger und langwieriger sein dürfte als die bisherigen Umzingelungsmanöver gegen große Scharen sich an bestimmten Orten aufhaltender Hererosbanden. Also selbst wenn die Annahme zuträfe, daß die Widerstandskraft der Hereros vollständig gebrochen sei, so würde die Unterdrückung der umherschweifenden Banden noch außerordentlich viel Zeit und enorme Summen kosten. Es wäre deshalb auch vom Standpunkte unserer Kolonialpolitik zehnmal vernünftiger, dem längst von uns und kürzlich auch vom „Reichsbote“ gemachten Vorschlage entsprechend in ernsthafter Friedensverhandlungen mit den Hereros einzutreten. Als im höchsten Grade barbarisch aber müßte das Verfahren verurteilt werden, auf die Führer des Herero-Aufstandes Schutzprämien zu setzen!

Der Krieg gegen die Hottentotten dürfte nach Ansicht der „Kölnischen Zeitung“ ebenfalls bald zu Ende sein, wenigstens der „eigentliche“ Krieg; dann würden sich die Hottentotten allerdings in kleine Gruppen auflösen und in die fast unzugänglichen Berge verziehen. Diese Flucht müßte unter allen Umständen verhindert werden, man müsse so rechtzeitig zugreifen, daß es den Hottentotten nicht möglich sei, der Umschließung zu entriechen. Dieser Vorschlag ist ja sehr schön, aber sicher auch schwieriger, als die „Kölnische Zeitung“ sich einbildet. Gerade die früheren Hottentottenkriege haben bewiesen, wie kolossal schwierig es ist, ausständische Hottentottenstämme derartig einzukreisen, daß sie zur Uebergabe gezwungen sind. Auch mit dem größten Truppenaufgebot wird man deshalb schwerlich die Auflösung und Flucht der jetzt noch in starken Banden vereinigten Hottentotten verhindern können. Aller Voraussicht nach wird der Krieg auch in dem Südwesten der Kolonie sehr langwierig werden. Ob die Kriegskosten deshalb mit 200 Millionen Mark gedeckt sein werden, ist noch sehr die Frage!

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ wirft dem „Vortwärts“-Rätschlung vor, weil er behauptet habe, daß „unsere Kolonialmänner“ den Plan gefaßt hätten, die sämtlichen Stämme in Südwestafrika zu entwaffnen. Ein solcher „Beschlus“ sei „niemals gefaßt“ gewesen. Unvorsichtige Behauptungen aus Kolonialkreisen in diesem Sinne könnten allerdings gefallen sein, aber von einem „ernsthaften Plan“, die Witbois zu entwaffnen, könne nicht gesprochen werden.

Wir geben der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ den Wortwurf der Fälschung zurück. In allen Kolonialorganen ist seit Monaten die Forderung erhoben worden, nach Niederwerfung des Herero-Aufstandes sämtliche Eingeborenen zu entwaffnen, also auch die Witbois, aus deren Treue und Ergebenheit viele unserer Kolonialmänner keineswegs fest bauen. Zudem meldete erst dieser Tage die „Frankfurter Zeitung“, daß die Witbois erst dann in den Aufstand eingetreten wären, als man bereits mit ihrer Entwaffnung begonnen habe.

Berlin, 7. November. General v. Trotha meldet unter dem 6. d. Mts. aus Windhuk: Am 1. November Oberleutnant v. Brandt 15 Gewehre auf Marsch nach Gibeon bei Secis-Kameelbaum von 50 Wilschis angegriffen. Nach mißglücktem Umgebungsversuch zog sich der Feind unter Verlust von drei Toten zurück. Diesseits ein eingeborener Polizist, zwei Buren gefallen, der Rest der Patrouille erreichte Gibeon, wo Brandt das Kommando übernimmt. Am 5. November rückte die 2. Kompanie des Feldregiments 1 unter Oberleutnant Ritter von Mehoboh nach Süd ab. Die Helikographenverbindung mit Keetmanshop ist wieder hergestellt.

Am 3. November hatte Klipping mit der 9. Kompanie des Feldregiments 1 östlich von Orunja ein erfolgreiches Gefecht mit einem größeren Hererotrupp, der etwa 250 Köpfe stark war. Der Feind ließ 6 Tote zurück. Weitere Verfolgung wegen Dunkelheit unmöglich. Am 4. November folgte Klipping den nach Norden führenden Spuren, sprengte zwei kleinere Hererobanden. 4 Hereros erschossen, 1 Gewehr erbeutet. Gleichfalls am 3. November löste Oberleutnant v. Westen Hereros bei Umbakaha in Hinterhalt. 4 Großleute gefallen, nämlich Kavizera aus Olahandja, Katrimin aus Gohabis, Kaim aus Ojshämma, Solom aus Ojenga. Außerdem Vorkämpfer Elphas und Groß-Trangott aus Groß-Barmen, Kairtran aus Olojongoho, Gottlieb Wittlitz und zahlreichere Orkoleute. Erbeutet 16 Pferde, 2 Reitochsen, zahlreiche Gewehre. Diesseits keine Verluste. Es standen im Gefecht 25 Reiter der 2. Kompanie Feldregiments 2, unter Leutnant v. Hammerstein, Offizier-Patrouille Hermanns der 3. Kompanie und 2 Maschinenlanonen. Major v. Mühlensfeld hat Anweisung, unablässig mit Streifkolonnen alle Wasserstellen der Umgebung abstreifen zu lassen.

Die Gefechte im Herero-Gebiet beweisen, daß die Hereros noch immer — und dazu noch in verhältnismäßig starken Trupps — Widerstand leisten. Wie sollten sie sich auch „auf Gnade und Ungnade“ ergeben, da sie von deutscher Gnade bisher noch nichts bemerken konnten!

Der Hererokrieg scheint aber nunmehr in Menschenjagen von der Art ausarten zu sollen, wie wir sie in China kennen gelernt haben. Auf unserer Seite ist in den letzten beiden Gefechten keinem unserer Leute ein Haar gekrümmt worden, während man unter den Hereros ein großes Blutbad anrichtete. Und trotzdem man Pferde, Reitochsen und viele Gewehre erbeutete, machte man keinen einzigen Gefangenen!

Da noch mehrere Zehntausende von Hereros flüchtig umherstreifen, müßten noch Ströme Blutes vergossen werden, bevor auf diese Weise das Gebiet „passifiziert“, d. h. entvölkert wäre. Gegen solche Schlägereien müßte sich das ganze Volk wie ein Mann erheben!

Berlin, 7. November. An Typhus sind gestorben: Reiter Christian Gunzer, geboren 10. Januar 1882 zu Zur, Lazarett Döhlbinde; Sanitäts-Untersoffizier Josef Thiel, geboren 4. Dezember 1870 zu Regnitz, 1. November 1904 Lazarett Cufuro; Reiter Paul Ledwa, geboren 4. Januar 1883 zu Reichthal, 2. November 04 Lazarett Ojshöndu; Reiter Robert Knoblich, geboren 20. Mai 1882 zu Nieder-Rüstern, am 2. November 1904 Lazarett Waterberg an Nierenentzündung nach Typhus gestorben.

Der Beirat für Arbeiterstatistik
war am Montag im Gebäude des Statistischen Amtes versammelt. Bei Eröffnung der Sitzung widmete der Präsident v. d. Vöghl dem verstorbenen bayerischen Zentralinspektor für Fabriken und Gewerbe, Böllath, einen warm empfundenen Nachruf. Die Sitzung stand infolgedessen von früheren Sitzungen ab, als das konservative Mitglied Herr Bauermeister anwesend war. Dieser Herr wurde 1898 in die Kommission für Arbeiterstatistik gewählt, und trat bei der Umwandlung dieser Kommission in den Beirat über und jetzt, nach sechsjähriger Mitgliedschaft, nahm er zum erstenmal an einer Sitzung teil.

Die Resolutionen, welche der Transportarbeiter-Kongress gefaßt hat und die vom Vorstande des Zentralverbandes der Transportarbeiter dem Reichsanwalt überreicht sind, hat dieser dem Beirat überreicht. In der ersten Resolution wird ein zehnstündiger Arbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter und ein achtstündiger für jugendliche Arbeiter sowie für Motowagenführer gefordert. In der zweiten Resolution werden Unfallverhütungsvorschriften für das Fuhrwerk gefordert. Diese beiden Resolutionen wurden dem Ausschuss überwiesen, der die weiteren Erhebungen über die Arbeitszeit im Fuhrwerk betriebe vorzubereiten hat.

In einer Eingabe verlangt der Zentralverein zur Hebung der Fluf- und Kanalschiffahrt, daß die Erhebungen über die Arbeitszeit der Winenschiffer durch Tageblätter und nicht durch Fragebogen gemacht würden. Hier verlangt der Unternehmer-Verein etwas, was der Hafenarbeiter-Berband schon vorbereitet hat. Dieser hat an seine Mitglieder schon Bücher ausgegeben, die diese zur Sammlung von Material zur Ausfüllung der Fragebogen benutzen sollten.

Die weiteren Erhebungen über die Arbeitszeit der Fleischer sollen durch Umfrage bei den Organisationen fortgesetzt werden. Bei diesen Erhebungen sollen die Organisationen auch angeben, welche Beschränkung der Arbeitszeit und welche Vorschriften der Mindestruhezeit sie für erwünscht und durchführbar halten.

Eine Anzahl neuer Aufgaben sind dem Beirat zugewiesen. Die bedeutendste betrifft Erhebungen über die Arbeitszeit der in Plättnerien beschäftigten Personen. Daß die Plättnerinnen übermäßig lange Arbeitszeit haben, würde sich auch ohne besondere Erhebungen feststellen lassen. Wer durch die Straßen der Großstadt geht, sieht die Plättnerinnen schon früh bei der Arbeit, und wenn er, namentlich an den letzten Tagen der Woche, in später Nachtstunde noch durch die Straßen geht, dann sieht er dieselben Frauen und Mädchen noch in der überhitzten dunstigen Plättstube, in welcher er sie schon am frühen Morgen bei der Arbeit gesehen hat.

Nach der Gewerbezählung von 1895 gab es 81304 solcher Betriebe. Die übergroße Zahl betrifft jedoch Kleinbetriebe. Aber es wurden doch schon 7177 Gehilfenbetriebe gezählt. Die 1895 ermittelten Zahlen werden jetzt aber nicht mehr zutreffend sein, denn in der Plätterei macht sich ein rascher Uebergang zum Großbetrieb bemerkbar. In der Zeit von 1882 bis 1895 nahm die Zahl der Kleinbetriebe um 20440 ab, während die Zahl der Gehilfenbetriebe um 2095, also um 45,4 Proz. stieg. Wie der Uebergang zum Großbetrieb steigt, zeigt folgende Tabelle:

Von je 100 Personen waren beschäftigt:	In Betrieben mit 5 Personen und weniger	In Betrieben mit 6 bis 50 Personen	In Betrieben mit mehr als 50 Personen
1882	04,4	5,2	0,4
1895	62,3	13,7	4,0

Scheidet man die Kleinbetriebe aus, dann ergibt sich folgendes Bild. Von je 100 Personen waren beschäftigt:

In Betrieben mit 5 Personen und weniger	In Betrieben mit 6 bis 50 Personen	In Betrieben mit mehr als 50 Personen	
1882	65,5	31,6	2,9
1895	47,2	40,9	11,9

Da sich annehmen läßt, daß dieser Aufzählungsprozeß noch angehalten hat, so wird die Zahl der Selbständigen noch mehr zurückgegangen sein, während die Zahl der Knüßgebetenen und heute vollkommen schußlos der Ausbeutung preisgegebenen weiblichen Arbeiter erheblich gestiegen sein wird.

Die zwei folgenden Punkte betrafen Gegenstände, bei denen die Unternehmer über erlassene Schutzbestimmungen klagen und eine Abänderung herbeiführen sehen möchten. In erster Linie klagen die Unternehmer der Maschinenindustrie, Maschinenbau- und Konfektionsfabriken, daß sie durch die §§ 137 bis 139a der Gewerbe-Ordnung schwer geschädigt werden. Der Elftundentag des § 137 und die in den folgenden Paragraphen zugelassenen Ausnahmen genügen nicht. Die unregelmäßige Zufuhr der frischen Fische und die leichte Verderblichkeit derselben sollen gebieten, daß diese Schutzbestimmungen beseitigt werden. Inwieweit hier die Natur des Gewerbes, oder die Praktiken der Unternehmer die Schwierigkeiten hervorgerufen, wird durch Erhebungen festzustellen sein. Wahrscheinlich ist, daß die Unternehmer mit so wenig Arbeitskräften die Arbeit bewältigen wollen, daß bei normalem Geschäftsgang der Elftundentag und die zugelassenen Ueberschreitungen eben ausreichen. Wenn dann aber die Arbeit sich häuft wegen großer Zufuhr in Zeiten, wo alle zugelassenen Ueberschreitungen bereits ausgenutzt sind, dann entstehen die Schwierigkeiten. Würden die Unternehmer so viele Arbeiter einstellen, daß sie in normalen Zeiten in acht Stunden die Arbeit bewältigen, dann würden sie für alle Zufälle gerüstet sein. Die Unternehmer verschmähen es, sich mit ihrer Produktion und der Ausbeutung der Frauen und Mädchen dem Gesetz anzupassen und verlangen nun die Durchlöcherung oder Veseitigung der durchaus anzuzeigenden Schutzbestimmungen. Der Reichsanwalt hat die an den Bundesrat gerichteten Petitionen der Ausbeuter dem Beirats für Arbeiterstatistik zur Begutachtung resp. zur Erforschung der Zustände überwiesen. Wahrscheinlich werden Auskunftspersonen aus den Kreisen der Arbeiter und der Unternehmer verhört werden. Dann wird ja festgestellt werden, wo die Ursache des Übels zu suchen ist.

Auch die Unternehmer der Kleider- und Wäsche-Konfektion beklagen sich über unüberwindliche Schwierigkeiten, die ihnen durch die Gewerbe-Ordnung und Verordnung des Bundesrats bereitet sind. Den Konfektionären fällt das Schreiben mit Tinte so schwer. Die Arbeiter haben Lohnbücher; in diesen sind im höchsten Fall sechs Rubriken mit Tinte auszufüllen — eine Arbeit, die ein mittelmäßiger Volksschüler in einer bis zwei Minuten befehlen könnte. Den Konfektionären wird es aber so schwer, daß angeblich der ganze Geschäftsbetrieb durch diese Schreibarbeit in Unordnung kommt. Wer so ein einfaches Lohnbuch sieht, wird es kaum glauben, daß die Ausfüllung der Rubriken so viel Mühe macht. Aber das Anstößige wird wohl die Ueberschrift der Spalte 3 sein. Dort soll eingetragen werden, auf wie viel Lohn der Arbeiter Anspruch hat, wenn er die Arbeit abliefern. Und da ist wohl das Schreiben mit Tinte sehr schwer. Denn es wird Arbeiter geben, die, wenn sie den vereinbarten Lohn nicht erhalten, nun mit dem Lohnbuch zum Gewerbetribunal laufen, der dann den Unternehmer über das Geschriebene aufklärt.

Auch hierüber sollen Erhebungen gemacht werden. Für die beiden letztgenannten Gegenstände wurden Ausschüsse gewählt, die hier nähere Untersuchungen einzuleiten haben.

Russische Wissenschaft. Die Berliner Universität fährt eifrig fort, den Wilowischen Russenkurs zu bedienen. Einer der russischen Studenten, welche die Protestresolution gegen die Velsidigungen des Grafen Wilow wider die „Sanorzer und Verschwörer“ unterzeichnete, ist kürzlich um die Immatrikulation an der Berliner Universität eingekommen. Die Universitätsbehörde hat die Aufnahme jedoch verweigert. Das Aussenamt des deutschen Wissenschaftsbetriebes ist wiederum gerettet.

Die Nicht-Oeffentlichkeit der Militärgerichte.

Aus Hannover schreibt eine bürgerliche Korrespondenz: Wie hier die Oeffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens illusorisch wird, davon weiß ein Mitarbeiter hiesiger Blätter Erbauendes zu berichten. Die Verhandlungen der Militärgerichte finden in den Räumen des Militärarresthauses in unbestimmter Zeitfolge statt. Der Hof, auf dem sich dies Gebäude befindet, ist abgeschlossen und von Posten bewacht. Karten zum Passieren des Tores werden auf dem ziemlich weit davon entfernten Garnisonkommando ausgegeben. Das ist recht verständlich, zumal da das Bureau des letzteren nicht immer geöffnet ist; doch liegen sich diese Schwierigkeiten überwinden, wenn man nur wüßte, wann die Gerichtsverhandlungen stattfinden. Früher erfuhr man das in dem Bureau der Militärgerichte, jetzt aber ist diese Quelle nicht nur dem Publikum, sondern sogar den Vertretern der Presse verschlossen, da das Garnisonkommando prinzipiell jeden Verkehr mit jenem Bureau verhindert, indem sie für diesen Zweck keine Karten zum Betreten des Hofes mehr ausgibt. Allerdings hat sich das Garnisonkommando selbst zur Auskunftserteilung bereit erklärt, wenn die Termine ihm bekannt sind. Sind sie ihm aber in dem einen oder anderen Falle nicht bekannt, dann gibt es kein Mittel, die Termine zu erfahren, und die Oeffentlichkeit des Militärgerichts-Verfahrens ist alsdann tatsächlich so gut wie ausgeblieben. Die Absperrung der militärgerichtlichen Bureaus ist seinerzeit vom Garnisonkommando verhängt worden, weil über die Verzögerung der Hinrichtung des Soldaten Jakubowski Mitteilungen in die Presse gelangt waren, die den Militärbehörden unangenehm waren. Die damals in der Presse ausgesprochene Hoffnung, daß es sich nicht nur um eine Maßregel von kurzer Dauer handle, hat sich nicht erfüllt; es soll sogar von seiten des Garnisonkommandos die Ausrufung gefallen sein: „Wir haben gar keine Veranlassung, den Besuch der Verhandlungen zu erleichtern.“

Die Korrespondenz fügt ihrer Mitteilung hinzu: „Unseres Erachtens ist es denn doch sehr fraglich, ob eine verhältnismäßig untergeordnete Behörde, wie das Garnisonkommando der Stadt Hannover, das Recht hat, der Durchführung einer gesetzlich gewährleisteten Einrichtung, wie es die Oeffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen ist, in dieser Weise entgegenzuarbeiten. Eine Beschränkung höheren Ordes müßte doch wohl zu einer Aenderung führen.“

In Wirklichkeit würden die untergeordneten Militärbehörden ihr Verfahren überhaupt nicht wagen, wenn sie nicht wüßten, daß an den hohen Stellen die Durchführung der militärgerichtlichen Oeffentlichkeit äußerst unbeliebt ist.

Der majestätsbeleidigende Knabe. Die Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse wird um einen neuen besonderen Fall bereichert. Ein Schulknabe von 13 Jahren soll in Lissa vor anderen Mitschülern Beleidigungen des deutschen Kaisers ausgesprochen haben. Die Strafkammer hat die Majestät geschädigt, indem sie dem jugendlichen Geseßverlezer drei Monate Gefängnis substrierte. Eine Majestät sollte majestätisch genug sein, daß Zungenbolde und Schulkinder nicht an sie heranreichen. Der Paragraph des deutschen Strafgesetzbuches jedoch zwingt die Justiz zu Urteilen, die der Staats-einrichtung am wenigsten nützen, zu deren Schutz sie geschaffen.

Neue Auflage des Gelsenkirchener Wasserwerksprozesses.

Essen, den 7. November. Der im Juli d. J. verurteilte Wasserwerksprozeß, der so gewaltiges Aufsehen erregte, ist heute wieder ausgenommen worden. Die Verurteilung geschah, um dem Gutachter, Professor Holz-Nachen, Gelegenheit zu geben, ein eingehendes technisches Gutachten anzufertigen über die Schieberstellung beim Gelsenkirchener Wasserwerk. Das Gutachten soll wohl entscheidend für die Frage sein, ob auch vom technischen Standpunkt aus die Ursache der großen Typhusepidemie im Jahre 1901 in Gelsenkirchen in der Entnahme unfiltrierten Rohwassers zu finden ist. Sonstige neue Ergebnisse dürfte die Verhandlung kaum erbringen. Den angeklagten Direktoren wird zweifellos die Meinungsverschiedenheit der Hygieniker in der Frage der Uebertragbarkeit von Bakterien durch Flußwasser zugute kommen, andererseits wird das Gericht sich auch nicht des Eindrucks erwehren können, daß die verantwortlichen Personen ihrer unverantwortlichen Handlung sich wohl bewußt waren, sonst hätten sie die Benutzung eines Strohrohrs nicht so sorgsam verschwiegen und geleugnet. Der Ausgang des Prozesses ist persönlich für eine ganze Reihe von Interessenten darum noch von besonderem Interesse, weil die event. feimilleine Beitragszahlung ihnen die Beweislast der Erhebung von Schadenersatzansprüchen, die sie aus der Typhusepidemie herleiten, wesentlich erleichtert, ja eigentlich

erst ermöglicht wird. Zu der neuen Verhandlung sind als Sachverständige wiederum geladen: Professor Koch-Berlin, Professor Bieffe-Berlin, Medizinalrat Springfeld-Arnberg, Professor Holz-Nachen u. a. Ferner sind außer den bisherigen Zeugen noch sämtliche Maschinenwärter und Schieberbediente, die seit 1895 auf dem Gelsenkirchener Wasserwerk tätig gewesen sind, geladen. Den Angeklagten stehen 6 Rechtsanwälte zur Seite. Die Verhandlung könnte vielleicht noch infolgedessen Ueberschreitungen bringen, daß die Verteidigung zur Entlastung der Angeklagten unter Beweis stellt, daß die auf dem Gelsenkirchener Werk üblichen Praktiken eine weit verbreitete — Sittlichkeit waren.

Es ist ein eigenartiges Schauspiel: der weltberühmte deutsche Bakteriologe Professor Koch macht Weltreisen, um überall den Kampf gegen den gefährlichen Bazillus einzuleiten, — von einer solchen Reise zurückkehrend, muß Professor Koch vor einem deutschen Gericht demonstrieren, daß durch mangelhafte Kontrolle und Profitjagd hier die elementarsten Vorsichtsmaßnahmen gegen die verheerende Wirkung des Typhusbazillus mißachtet worden sind. In der vorigen Verhandlung bemerkte Prof. Kruse: Mit der Kontrolle war es jammervoll bis zu den Epidemien. Die meisten Medizinalräte sind erst seit 1901 mit den Wasserwerken in Verührung gekommen.

Ausland.

Die blutige Universitätsfeier.

Aus Wien wird uns vom 6. November geschrieben: Studentenezesse sind in Innsbruck leider keine Seltenheit mehr, aber so schreckliche Dinge, wie sie sich in der Tiroler Landes-hauptstadt in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag und später am Freitag ereignet haben, die sind selbst in diesem Oesterreich, in dem die Politik seit sieben Jahren fast nur aus Erzeßen besteht, ohne Beispiel. Eine Universität wurde eröffnet und das Ergebnis des Eröffnungstages sind zwei Tote und eine große Anzahl Schwerverwundeter! Wie es zu der gräßlichen Schredensnacht kam, ist aus den telegraphischen Nachrichten bekannt. Am Donnerstag wurde in Innsbruck die selbständige italienische Rechtsfakultät eröffnet, welche die Regierung zur provisorischen Lösung der unheillich gewordenen Universitätsfrage eingerichtet hat. Die Eröffnung dieser italienischen Schule in der deutschen, von Italienern erfüllten Stadt geschah in aller Stille; es wurde auf alle die förmlichkeiten verzichtet, mit denen man sonst in Oesterreich bei geringfügigeren Dingen als es die Neuerrichtung einer Hochschule ist, recht verschwenderisch umgeht. Abends hielten die italienischen Studenten in einem Gasthause im Innern der Stadt — die italienische Fakultät befindet sich an der Peripherie, in dem erst vor kurzem eingemeindeten Vorort Wilten — einen Kommers ab, und wie es in so kleinen Städten fast unvermeidlich ist: es sammelte sich vor dem Hotel, das die Italiener besetzt hatten, eine Menschenmenge an, die vielleicht nur Neugier zusammengeführt hatte, die aber durch die italienischen Rufe und Lieder, die auf die Gasse herauströmten, immer erregter und leidenschaftlicher wurde. Es wurde geschrien, mit Stöcken gedroht, mit heftigen Worten geschimpft. Trotzdem wäre es bei einer der vielen „Straßenkumgebungen“ geblieben, die unter den Studenten aller Nationen in Oesterreich sehr beliebt sind, wenn nicht im letzten Augenblicke etwas Furchtbares geschehen wäre. Die italienischen Studenten, die gegen 11 Uhr nachts das Hotel verließen, sahen sich einer erregten Menge gegenüber und mögen da wirklich um jede Bestimmung gekommen sein. Denn anders kann man die schließliche Untat nicht erklären, daß diese akademischen Jünglinge Revolver zogen und in die ahnungslose Menge zu schießen begannen; von den 100 bis 200 abgegebenen Schüssen trafen viele und acht Opfer ringen heute mit dem Tode. Diese Gemütsbohrer junger Menschen, von Studenten, denen ihre Jugend und geistige Veranlagung gleichermaßen Ehrfurcht vor dem Leben des Menschen einflößen sollte, ist bei den traurigen Geschehnissen sicherlich das Aufregendste. Wie muß es in diesen Jünglingen innerlich ausgehen, daß sie sich selbständig Revolver vorbereiten, um „nötigenfalls“ morden zu können! Daß nach dieser Untat die Menge nicht weichen wollte, sondern gegen die im Hotel gemieteten Italiener eine regelrechte Belagerung begann, ist begreiflich. Da sich die Situation im guten nicht mehr wenden ließ, requirierte der Statthalter Militär, das seine Aufgabe, die Menge zu streuen, so herrlich durchführte, daß bei einem Bajonettangriff ein Mensch — der Bergabte Maler Pezzy — totgeschossen wurde. Die erbitterten Deutschen nahmen nun Nebanthe an allem, was in der Stadt italienisch ist. Die Gasthäuser, in denen die Studenten ihr Standsquartier haben, wurden mit Steinen beworfen, das Gebäude der italienischen Fakultät geradezu demoliert, in der Hofburg wurden dem Statthalter die Fenster eingeschlagen: an diesem Tage herrschte in Innsbruck die Gasse uneingeschränkt. Seither hat die Staatsgewalt freilich in der Stadt eine ganze Armee versammelt und gestern kehrte allmählich wieder Ruhe ein. Obwohl die italienische Fakultät noch nicht geschlossen ist, ist von einer Wiederaufnahme der Vorlesungen keine Rede. Die Studenten sitzen so ziemlich alle in Haft und das Gebäude ist ein Trümmerhaufen. Die Regierung aber erwägt, was sie machen soll.

Die Frage der italienischen Universität datiert freilich nicht vom Donnerstag; sie gehört zu jener großen Reihe sprachlicher Probleme, die das öffentliche Leben in Oesterreich vergiften und denen die Einsicht der Oesterreichischen Staatsmänner nicht gewachsen ist. Für das Bildungsbedürfnis der Italiener war jahrzehntlang durch italienische Vorlesungen an der deutschen Universität in Innsbruck gesorgt. Die in den letzten Jahren eingetretene Vertiefung des nationalen Empfindens unter den Deutschösterreichern weckte gegen die ursprünglich als selbstverständlich aufgenommene Einrichtung Widerspruch; die Deutschen sängen an allmählich zu erkennen, daß mit der Zeit aus ihrer deutschen Hochschule eine zweisprachige werden könnte. In der Abneigung gegen diese italienischen Kurse begegneten sie sich aber mit den Italienern selbst, die durchaus nicht nach Innsbruck grabrieren, vielmehr eine selbständige Universität in Triest fordern. Seit drei Jahren gab es also in Innsbruck unangenehme Skandale; beide Nationalitäten „demonstrieren“ für die Unhaltbarkeit dieses ausgezwungenen Miteinanderlebens. Daß der Zustand nicht haltbar ist, sah auch die Regierung ein, und an Vorschlägen für „Lösungen“ ließ sie es auch nicht fehlen; nur zu der einzig möglichen Lösung: der Universität in Triest sollte sie sich nicht verstehen. Eine eigene italienische Universität — allerdings nur mit ein oder zwei Fakultäten ausgestattet — wollte sie schon errichten, aber nicht in Triest, der größten italienischen Stadt in Oesterreich, sondern in Roveredo, einem bescheidenen Provinzstädtchen in Südtirol. Der Gesegentwurf wurde im Abgeordnetenhaus gar nicht in Verhandlung gezogen und so griff die Regierung zu dem Ausfallsmittel, die italienischen Kurse wohl in Innsbruck zu belassen, aber sie räumlich von der neutralen Universität zu trennen: durch Errichtung einer separaten Fakultät auf dem anderen Ende der Stadt. Ein anderer Weg, behauptet die Regierung, sei ihr verschlossen, weil zu der Errichtung einer Universität ein Gesetz nötig sei, wogegen die selbständige Fakultät noch im Rahmen der alten Universität verbleibe. Ein Ausfluß von Toleranz oder besonnener Erwägung sind die Erzeße natürlich nicht; weder auf deutscher noch auf italienischer Seite. Aber nachdem die Menschen den Verstand verloren haben, ist es unmöglich, von ihnen zu verlangen oder zu erwarten, daß sie verständig und nüchtern denken werden. Und dem um jede Bestimmung gekommenen Chauvinismus gegenüber gibt es nur ein Mittel:

die Streitenden zu trennen. Den Deutschen in Tirol scheint es unübertraglich, daß in den Mauern ihrer Stadt italienisch unterrichtet wird; die Italiener empfinden den Zwang, in die von ihnen gehaltene und sie lassende Stadt gehen zu müssen, als qualvolle Demütigung. Mit Polizisten und Soldaten läßt sich zwar die Gasse „säubern“, lassen sich aber nicht die Gemüter beschwichtigen. Deshalb muß für die Italiener die Schule auf ihrem Boden errichtet werden.

Es ist zweifellos, daß sich die Regierung nicht aus Gründen des Unterrichts weigert, die einzig richtige, die einzig mögliche Lösung: die Errichtung der italienischen Universität in Triest, zu wählen, sondern daß sie bei ihrer Weigerung politische Gründe leitet. Sie sind mit Händen zu greifen: Oesterreich fürchtet durch die Position einer Hochschule dem latenten Irredentismus der österreichischen Italiener einen Stützpunkt zu geben. Nun ist die Rechnung auch äußerlich falsch: in Triest, das nicht an Italien grenzt, ist der Irredentismus bedeutend schwächer als in Valsüdtirol; diese einzige Hafenstadt Oesterreichs wird so gut behandelt, mit Konzessionen förmlich überschüttet, daß die dortigen klugen Kaufleute schon angerechnet haben, was ihnen der Verzicht auf die nationale Einheit einträgt. Aber davon abgesehen, scheint die Methode, die Italiener mit Entbehrungen zu erziehen, wohl auch die sinnreichste, und die Theorie, daß man die Völker nur gewinnen kann, wenn man ihnen ihr Recht gibt, doch ungleich logischer. Es ist Oesterreichs Verhängnis, daß es immer zu spät begreift, daß Notwendige nie freiwillig tut. Nun werden die Revolvergeschosse es zwingen, die mühsam verschleppte Lösung endlich zu vollziehen. —

Frankreich.

Cassagnac, der Herausgeber der „Autorité“, ist auf seiner Befreiung in Saint-Viate plötzlich gestorben. Cassagnac ist im Jahre 1848 in Paris geboren; in einem Alter von kaum 35 Jahren erhielt er auf ausdrückliches Verlangen der Kaiserin Eugénie das Kreuz der Ehrenlegion, und er ist seitdem der energischste und zäheste Verteidiger des imperialistischen Regimes und zugleich ein unerbittlicher Gegner der Republik geblieben, deren Institutionen er zum Gegenstande fortgesetzter Kritik und Angriffe in seinem Blatt gemacht hat. 1876 wurde Cassagnac zum erstenmal als Deputierter gewählt; bei den Wahlen 1893 unterlag er, wurde aber 1898 wiederum gewählt, um im Jahre 1902 abermals verdrängt zu werden. —

Amerika.

Der Wahltag.

Die Kampagne ist geschlossen; die Entscheidung fällt aus 15 Millionen von Stimmzetteln, darunter 200 000 aus Frauenhänden. In Groß-New York haben sich 688 803 Bürger als Wähler registrieren lassen; im Jahre 1900 waren es 640 641, von denen 500 000 sich an der Wahl beteiligten. In den Hauptquartieren der beiden alten Parteien hält man bis zum letzten Augenblick sehr scharf Wache, um nicht durch einen heimtückisch erkennenen Coup von der Gegenpartei überrumpelt zu werden. Bezeichnend für die Bitterkeit des Kampfes der letzten Tage war Roosevelts Erklärung, daß Parkers Behauptung über die Verletzungen der republikanischen Parteiführer zu den Trübsal unwahr seien. — An vielen Orten wurde die Kampagne schon am Sonnabend geschlossen, das heißt, die letzten großen Massensammlungen und Paraden fanden statt; in den großen Städten wird auch der Montag noch gründlich zur Agitation ausgenutzt. Alle Versammlungshäuser sind in Anspruch genommen; bei überfüllten Sälen finden Straßenversammlungen statt, schnell wird eine Tribüne errichtet, von Fackeln und Fahnen umgeben, und ein Redner mit starker Stimme ermahnt die Bürger, ihre Pflicht zu tun und für den empfohlenen Kandidaten zu stimmen. Von den Kandidaten ziehen manche zu Wagen mit Musik durch die Stadt, lassen an den Straßenecken halten und werben um die Stimmen der sich ansammelnden Bürger. Am Wahltag hat die laute Agitation aufgehört; alles ist voller Erwartung; man hört weniger wie an früheren Jahren von direkten Wahlbeeinflussungen, von Schieberereien und Prügelleien. In allen Staaten besteht das australische Wahlsystem, ausgenommen Georgia, Nord- und Süd-Karolina. Während des Wahltages, von 6 Uhr morgens bis 5, manchmal bis 6 Uhr abends, müssen alle Wirtschaften geschlossen sein, soweit dieselben alkoholische Getränke verkaufen. Auf eine bestimmte Entfernung vom Wahllokal ist jede Propaganda für einen Kandidaten bei schwerer Strafe verboten. Von Wichtigkeit ist die Ueberwachung der Beamten beim Zählen der Stimmen. Man begünstigt immer mehr die Einführung von Maschinen für die Abstimmung, und hat damit bereits begonnen.

Nach dem Befehl ist der erste Dienstag nach dem 1. November der Wahltag für die Präsidentenwahlen. Am ersten Mittwoch nach dem 1. Dezember wählen die Electoren oder Wahlmänner den Präsidenten, was eine bloße Formsache geworden ist. Am 4. März des folgenden Jahres tritt der Präsident sein Amt an. 290 Wahlstimmen sind die Majorität. Unbedingt sicher sind den Demokraten nur 151 Stimmen (die Südstaaten); sie werden einige zweifelhafte Staaten noch gewinnen, müssen aber New York mit 39 und Indiana mit 15 Stimmen haben, um zu siegen; ihre Niederlage ist wahrscheinlich.

Für die internationale Sozialdemokratie ist das wichtigste an der Wahl, wie viele Stimmen für Eugen V. Debs, der an der Spitze der sozialistischen Kandidatenliste steht, abgegeben werden. Im sozialistischen Hauptquartier in Chicago erwartet man, bis zum 12. oder 14. November das Resultat veröffentlicht zu können. In früheren Jahren dauerte es oft Wochen, weil man auf die amtliche Bekanntmachung der Resultate in einzelnen Staaten warten mußte, aber die Partei-Organisation ist diesmal viel besser.

Das Ergebnis der Wahl für die kapitalistischen Parteien werden sämtliche Zeitungen schon am nächsten Morgen in den Hauptstädten und in den folgenden Tagen in den Details bringen. Am Abend des Wahltags selbst bis spät in die Nacht hinein werden die Resultate in den ganzen Vereinigten Staaten, wo immer eine große Zeitung besteht, jedermann zugänglich gemacht. In Tausenden versammeln sich die Wähler vor ihren Zeitungen und lesen von großen, grell beleuchteten Leinwandflächen die Nachrichten aus Nord und Süd, aus Ost und West. Die Landbewohner erhalten Signale durch vorher erklärte farbige Lichter, Leuchtfahnen, Raketen etc. In sämtlichen Telegraphenbureaus wird schieberhaft gearbeitet. Es steht oft sehr viel auf dem Spiele (nämlich bei den Wahlwetten) in jedem einzelnen Staat und schnell will der Amerikaner die Entscheidung haben, sobald sie gefallen ist. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Lage Fort Arthurs wird in den letzten Nachrichten abermals als sehr bedenklich dargestellt. Ein amtliches japanisches Telegramm meldet, daß die Japaner am 30. Oktober und 1. November ein erfolgreiches Bombardement der Forts, der Stadt und des Hafens ausgeführt haben. Eine „Standard“-Meldung behauptet sogar, daß die Japaner später das Forts Erlungshan selbst genommen hätten. Dies Fort galt aber bisher als der Schlüssel der inneren russischen Fortifikationslinie. Sollte sich die Einnahme dieses wichtigen Punktes bestätigen, so wären die Tage Fort Arthurs gezählt!

Die Nachrichten lauten:

Tokio, 6. November. (Amtliche Meldung.) Der Kommandeur der Armee vor Fort Arthur meldet, daß die rechte Kolonne und ein Teil der mittleren Kolonne am 30. Oktober abends den oberen Teil

und die Konter-Escarpe der Forts Sunngschafschan, Erlungshan und Lunshiwanshan-Nord besetzt und einige der Plankenziegel und Laufgräben dieser Forts zerstört haben. Ein anderer Teil der mittleren Kolonne hat trotz heftigen Feuers des Feindes um 2 Uhr nachmittags das zwischen den Forts Paulungshan und Lunshiwanshan gelegene Fort P. angegriffen und genommen. Die Russen machten wiederholte Gegenangriffe auf dieses Fort, und wir mußten es um 10^{1/2} Uhr abends aufgeben. General Jichinohe eroberte es aber um 11 Uhr nachts zurück; in dem Fort wurden 3 Feldgeschütze, 2 Maschinengewehre, 3 Bistortepedos und viel anderes Kriegsgeschütz erbeutet; 40 Russen wurden tot aufgefunden. Die linke Kolonne nahm an demselben Tage das nordöstlich von Lunshiwanshan gelegene Fort Kobuyama. Am 31. Oktober griffen wir die Hafen-Schiffswerft mit großkalibrigen und Schiffgeschützen an, wobei das russische Kanonenboot „Gissal“ mehrere Mal getroffen und zwei Dampfer zum Sinken gebracht wurden. Am 1. November wurden im westlichen Teil des Hafens zwei Dampfer von je ungefähr 3500 Tonnen und am 2. November ein Dampfer von ungefähr 3000 Tonnen zum Sinken gebracht. Zweimal wurde eine heftige Explosion, wahrscheinlich eines Pulvermagazins, am Nordende der Stadt gehört. Am 3. November mittags eröffneten wir ein heftiges Feuer aus Schiffgeschützen auf die Schiffswerft und andere Teile im Osten des Hafens, wo auch kurz nach 12 Uhr mittags Feuer ausbrach, das bis zum anderen Morgen um 4 Uhr wüthete. Am selben Tage wurde das Fort IV aus großkalibrigen Geschützen beschossen und erheblich beschädigt.

London, 7. November. „Standard“ erfährt aus Tientsin den 6. d. M.: Die Japaner haben von ihren neuen Stellungen aus die Kohlenlager bei Peijungshan zerstört. Alle russischen Befestigungswerke auf der Landseite von Fort Arthur sind in japanischen Händen. Der innere Birtel der Werke ist durch die Anlage von Laufgräben und Minen erobert worden. Das Fort Erlungshan ist nach mehreren vergeblichen Angriffen gefallen. Von Erlungshan werden die russischen Werke in jeder Richtung beschossen. Die heftige Beschließung wurde am 2. November fortgesetzt und beschädigte alle Forts mehr oder weniger. Die Russen sollen bei Liaotichan stark verhängt sein, wo sie 10 große Marinegeschütze haben.

Aus Tschifu vom 5. d. Mts. wird dem „Standard“ gemeldet, die Japaner hätten gleichzeitig Peijungshan, Tschefan und Wangkianshan nach heftigen Kämpfen besetzt und die Russen bei Liaotichan zurückgedrängt.

Petersburg, 6. November. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Die russische Regierung hat den englischen Vorschlag bezüglich der Zusammenlegung der zur Untersuchung des Vorfalles in der Nordsee zu bildenden Kommission angenommen. Nach Ernennung des französischen und des amerikanischen Vertreters tritt die Kommission in Paris zusammen. Der Vertreter ist Admiral Kasnakoff. Die Aufgabe der Kommission ist die Feststellung des Tatbestandes.

London, 7. November. Das „Neuerische Bureau“ meldet vom 6. d. M. aus dem Hauptquartier der russischen Armee: In den letzten Tagen waren beide Armeen untätig. Die russischen Pioniere stellen unterirdische Wohnungen für die Truppen her; man bereitet sich zur Ueberwinterung in Walden vor. Wegen Fort Arthurs ist man in großer Sorge, weil die großen Geschütze verbrannt sind und keine Häuser mehr stehen. Die Russen legen in Walden große Kornvorräte an.

Aus Industrie und Handel.

Regierung und Großindustrie. Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation feierte am Sonnabend sein 50jähriges Bestehen. An der Feier nahmen nicht nur die kommunalen Behörden, sondern auch die Staatsregierung teil. Persönlich erschienen waren z. B. der Oberpräsident von Westfalen Staatsminister Frhr. v. d. Mede, der Landeshauptmann von Westfalen Dr. v. Holle, der Regierungspräsident von Arnsberg Dr. Frhr. v. Coelb, der Berghauptmann Bauer. Außerdem hatte es sich der Handelsminister Müller trotz der Ansaufungen, die er in letzter Zeit von den rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustriellen erfahren hat, nicht nehmen lassen, ein langes Telegramm zu senden, in dem es u. a. heißt:

„An dem bedeutamen Jubelstiege, das der Bochumer Verein heute und morgen begeht, nehme ich lebhaften Anteil und gebe meiner Freude darüber Ausdruck, daß des Königs Majestät in huldreicher Genehmigung der von mir allerhöchstdemselben unterbreiteten Anträge die Tätigkeit der Leiter sowie einiger besonders verdienter Angestellter und Arbeiter durch Verleihung allerhöchster Ehrenbeweise anerkannt hat, die der Oberpräsident in meiner Vertretung verkünden wird.“

Verschiedene Personen wurden dem auch mit Auszeichnungen bedacht. Verliehen wurden z. B. dem Generaldirektor Frhr. Vaare der Kronenorden 3. Klasse; dem Generalvertreter des Bochumer Vereins in Berlin, Kommerzienrat Vaare, der Titel Geheimer Kommerzienrat.

Schließlich wurde auch noch an den Kaiser telegraphiert, worauf folgende Antwort eintraf:

Generaldirektor Kommerzienrat Frhr. Vaare-Bochum: Ich spreche den zur 50jährigen Jubelfeier des Bochumer Vereins versammelten Männern für den treuen Gruß meinen wärmsten Dank aus. Die große Anzahl der anwesenden Jubilare von mehr als 25jähriger Zugehörigkeit zum Werke ist ein glänzendes Zeugnis für den Geist, in welchem das Werk geführt wird, und das treffliche Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mühe das Werk, welches sich in den ersten 50 Jahren seines Bestehens in so erfreulicher Weise entwickelt hat, auch ferner wachsen und blühen als eine Musterstätte treuer Arbeit, tüchtiger Wirtschaftsführung und tatkräftiger Fürsorge für das Wohlergehen der Angestellten und Arbeiter.“

Die Kreditbank für Industrie und Handel in Dresden, die sich bekanntlich seit drei Jahren in Liquidation befindet, erstatet über das letzte Geschäftsjahr ihren Bericht, in welchem sie mitteilt, daß sich, „obwohl die Bilanz pro 1900/01 mit derselben Vorsicht und nach den gleichen Grundsätzen wie in den Vorjahren aufgestellt worden sei, ein Ueberschuß von 385 319 M. ergebe, so daß voraussichtlich eine Liquidationsquote von ca. 14 Prozent einschließlich der bereits bezahlten 5 Proz. erzielt werde.“

So weit enthält der Bericht nichts Besonderes; aber weiterhin finden wir dort eine Ankündigung, die in ihrer laconischen Kürze so charakteristisch für unser ganzes heutiges Aufsichtswesen ist, daß sie verdient, niedriger gehängt zu werden. Sie lautet:

„Unser Aufsichtsrat besteht zurzeit infolge Zuzahl des Herrn Justizrat Dr. Fleischer zu Dresden aus fünf Mitgliedern. Unser lausammisches Personal hat sich weiter verringert und besteht noch aus einem Beamten und einer Schreibhülfe.“

Fünf Aufsichtsratsmitglieder und ein Angestellter mit Schreibhülfe. Besser kann die Arbeitslast, die auf so einem armen Menschlein ruht, dem das Reich widerfährt, in einen Aufsichtsrat gewählt zu werden, gar nicht veranschaulicht werden. Und weil vier Mitglieder zur Kontrolle dessen nicht anreichten, was das aus einem Beamten bestehende „Personal“ arbeitet, so ist noch ein fünftes Mitglied hinzugefügt worden. Offentlich genügt das jetzt.

Kommunales.

Städtische Straßenbahnen.

In der gestrigen vierten Sitzung des Stadtverordnetenaußenausschusses zur Vorbereitung der Vorlage betreffend den Bau von fünf städti-

chen Straßenbahnlinien, wurde die Spezialdiskussion begonnen und zwar trat der Ausschuss zunächst in die Beratung der sogenannten „Nordlinie“ ein. Diese Linie verfolgt den Zweck, den Norden der Stadt mit dem östlichen Stadteil der Gegend am Zentralviehhof zu verbinden. Die Magistratsvorlage führt aus, daß, während im Osten der Ballenplatz als besonderer Verkehrskreuzungspunkt sich als ein geeigneter Endpunkt darstellt, der Norden zwei solche Verkehrszentren besitzt, deren Anschluß für die geplante Verkehrsverbindung von großer Wichtigkeit ist, nämlich einerseits den Steintiner Bahnhof (bzw. das Dranienburger Tor), andererseits den Weddingplatz.

In Rücksicht auf diese Verkehrsinteressen sind zwei Nordlinien projektiert, welche von dem Steintiner Bahnhof und dem Weddingplatz ausgehen, sich dann in der Bernauerstraße vereinigen und in gemeinsamen Verlauf nach dem Ballenplatz führen.

Von den Gegnern der Vorlage wurde zunächst ausgeführt, man solle sich von der sogenannten öffentlichen Meinung, die angeblich gebieterisch den Bau eigener städtischer Linien verlange, nicht bange machen lassen. Ein Bedürfnis nach der Nordlinie sei, wenn überhaupt, erst seit kurzem vorhanden. Die Gesellschaft würde, weil sie keine neuen Depots brauche, billiger bauen. Wer dürfe hoffen, daß die Gesellschaft sich jetzt entgegenkommender zeigen werde und es wurde daher der Antrag gestellt, mit der Großen Straßenbahngesellschaft darüber in Verhandlung zu treten, daß sie die Nordlinien herstellt, ohne den Anspruch auf Erstattung eines Drittels der Baukosten zu erheben.

Von anderer Seite wurde verlangt, man solle auf Grund des Vertrags den Bau durch die Gesellschaft ausführen lassen. Das sei keine Kapitulation vor der Gesellschaft, sondern für die Gesellschaft eine Last. Man könne dann die zu leistenden Zuschüsse und wisse wenigstens, was man verliere. Tue man das nicht, so komme man wahrscheinlich dahin, über den Satz von 100 Proz. bei der Erhebung der Einkommensteuer hinauszugehen zu müssen und dann würde die Stimmung der Bürgerschaft wohl schnell umschlagen. Der Petitionsausschuß seitens der Bezirksvereine für die Vorlage lasse kalt; man wisse ja, wie solche Petitionen zustande kommen. Die Handlungsweise der Gesellschaft sei perfide, das müsse zugegeben werden. Wahrscheinlich dürfe aber nur das Interesse der Stadt sein und dieses Interesse verleihe die Errichtung dieser unrentablen Linie. Mit der Siemens-Linie sei man in den „Dred“ geraten, man müsse nun zurück, nicht tiefer hinein.

Die Befürworter der Vorlage wie die Magistratsvertreter, die Herren Kirchner, Krause und Alberti, traten diesen Einwendungen scharf entgegen. Nicht nur die öffentliche Meinung verlange den Bau dieser Linien, sondern es läge vor allem ein Beschluß der geordneten Vertretung der Bürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung, vor, die in seltener Einmütigkeit sich für die Errichtung städtischer Linien ausgesprochen habe. Ob die Linie bald ertragreich werden würde, könne jetzt so wenig ausgesprochen werden wie das Gegenteil. Die Wahrscheinlichkeit spreche für das erstere. Es handele sich um eine Gegend, die für sich allein die Größe einer Stadt habe und bis die Bahn errichtet sein werde, würde es dort nicht einen Streifen unbenutzten Terrains mehr geben. Allein der 6. Berliner Reichstagswahlkreis umfasse 800 000 Seelen. Der Steintiner Bahnhof bringe stündlich Scharen von Fremden, die im Osten der Stadt Geschäfte hätten. Die Notwendigkeit der Linie werde ja auch von denen zugegeben, die die Errichtung durch die Gesellschaft wünschten. Diesen Weg zu beschreiten, sei aber völlig ausgeschlossen. Aus den wiederholt dargelegten Gründen könne und dürfe man dieser Gesellschaft keine neuen Konzessionen gewähren; der Magistrat wenigstens würde niemals für solches Vorgehen zu haben sein. Nun gar der Gesellschaft mit der Bitte zu nahen, auf vertraglich ihr zustehende Rechte zu verzichten und die Linie ohne Zuschuß zu bauen, das würde geradezu einen Kanonengang bedeuten und es sei einfach unfassbar, wie man zu solchen Anträgen kommen könne. Selbst wenn man jetzt größere Zuschüsse zu leisten hätte, so würden solche Opfer die beste Kapitalanlage für die spätere Auseinandersetzung mit der Gesellschaft bilden. Im Laufe der Zeit werde in Berlin jedes Verkehrs-mittel rentabel; auch die Bahn unter dem Spretunnell rentiere jetzt.

Das Argument, die Gesellschaft könne billiger bauen, weil sie keine besonderen Depots gebrauche, sei falsch. Schon jetzt herrsche bei der Gesellschaft großer Wagenmangel; neue Linien würde sie ohne neues Wagenmaterial und neue Depots nicht betreiben können.

Wie bisher stets war auch in dieser Sitzung der Stadtverordnete Jacobi der schärfste Gegner der Vorlage, mit ganz neuem Material ausgestattet. Es entbehrte des pisanen Weisheitsmaßes nicht, als vom Magistrat geäußert wurde, der Stadtverordnete Jacobi sei auch anscheinlich weit besser informiert als der Magistrat. Der Magistrat habe den lebhaftesten Wunsch gehabt, der Vorlage möglichst genaues Material beizugeben. Der Magistrat habe auf Grund des Vertrags auch das Recht, die Verbringung von Material seitens der Gesellschaft zu verlangen. Der Magistrat habe die Gesellschaft auch wiederholt um bestimmtes Material ersucht, aber stets den Bescheid erhalten, die Auszahlungen seien noch nicht beendet!

Am Montag nächster Woche soll die Beratung fortgesetzt werden.

Verfammlungen.

Der Streik der Klavierarbeiter beschäftigte gestern Abend eine Werkstattdellegiertenversammlung des Fachvereins der Musikinstrumentenarbeiter. Sämtliche Delegierte erstatteten eingehenden Bericht über den Stand der Verhältnisse in ihren Werkstätten und kamen einmütig zu dem Schluß, daß die Situation für die Streikenden durchaus günstig liege und kein Anlaß zu Pessimismus in den eigenen Reihen vorhanden sei. Die Magazine der Fabrikanten leeren sich immer mehr, Bestellungen seien reichlich vorhanden, Streikbrecher aber haben sich nur in kaum nennenswerter Zahl gefunden. Man könne vorläufig aber in Ruhe abwarten, ob eine Verständigung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts, das seine Vermittlung beiden Teilen angeboten habe, erfolgen werde. Bislang sei allerdings von den Fabrikanten noch keine Antwort auf den Vermittlungsvorschlag eingelaufen, während die Streikenden sich mit der Vermittlung einverstanden erklärt haben. — Mitgeteilt wurde noch, daß 18 Arbeiter, die bisher mit gestreikt haben, jetzt den bestreikten Maschinenbetrieb in der Köpenickerstraße auf gemeinschaftlichem Wege angefaßt haben. Sie werden also Arbeitgeber und betätigen ihren neuen Beruf gleich damit, daß sie 10 der bis vor kurzem mit ihnen zusammen streikenden Arbeiter endgültig entlassen haben; auch liefern sie jetzt an bestreikte Betriebe ihre Fabrikate. — Eine Kritik übten sodann Kleinlein und Piepenhagen an dem „Vorwärts“-Bericht über die öffentliche Klavierarbeiterversammlung vom 1. November, da derselbe sehr einseitig gehalten sei und auf eine Diskreditierung des Fachvereins hinauslaufe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zu den Unruhen in Innsbruck.

Wien, 7. November. (B. Z. N.) Wie aus Innsbruck hierher gemeldet wird, hat der dortige Magistratsrat Reuner gegen den Abgeordneten Stein, der gestern gelegentlich der Verhandlung des Raders Bezugs einen intermedienenden Polizeibeamten tötlich bedroht hatte, Strafanzeige wegen öffentlicher Gewalttätigkeit gegen eine Amtsperson erpatet.

Ergebnis der Wahlen in Italien.

Rom, 7. November. (B. Z. N.) Bis Mitternacht sind 492 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt wurden 294 Ministerielle, 46 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 27 Radikale, 25 Sozialisten und 16 Republikaner. Bis her sind 81 Stichwahlen erforderlich.

Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Weißensee usw.!

Eine Konferenz der Krankenkassen-Vorstände der Provinz Brandenburg

fand unter zahlreicher Beteiligung am Sonntag im großen Stellerschen Saale statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie organisieren wir uns? 2. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. 3. Kassen- und Verwaltungsfragen. 4. Verschiedenes.

Die Verhandlungen der Konferenz wurden geleitet von S. Imanowski-Berlin, Buzzi-Rixdorf und Schütz-Kottbus.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Wie organisieren wir uns“ referierte S. Imanowski. Er nahm Bezug auf eine vom II. Allgemeinen Kongress der Krankenkassen Deutschlands angenommene Resolution, welche den Zusammenschluß aller Krankenkassen eines Ortes bezw. Aufsichtsbezirkes zu Zentralkommissionen befürwortet, die wieder zu einem Verbande zusammenzutreten haben, für den in den nächsten drei Jahren Berlin mit der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins als Vorort gilt.

Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg

Um dem Gesetz gerecht zu werden, dürften die Beiträge zu dieser Organisation natürlich nicht aus Kassennitteln bezahlt werden. Als Leitung der Freien Vereinigung schlug der Referent die bestehende Zentralkommission der Krankenkassen Berlins vor, zu der auch Kassenvorstände aus gewissen Orten der Provinz hinzuzuziehen seien.

Ohne Diskussion beschloß die Konferenz die Gründung einer Freien Vereinigung der Krankenkassen und legte eine Kommission ein, welche das Nähere zu beraten hat.

Hierauf hielt S. Imanowski das Referat über den zweiten Punkt der Tagesordnung:

Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

Er führte unter anderem aus: Alle Beteiligten seien darüber einig, daß eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Kranken-, Alters- und Invaliden- sowie der Unfallversicherung im Interesse der Sache geboten sei. Eine andere Frage sei es aber, aus welchen Motiven die verschiedenen Gruppen der Befürworter der Vereinheitlichung zu ihrer Forderung kommen. Wenn die Regierung die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung befürworte, so habe sie dabei vor allem die Beschränkung der Selbstverwaltung der Versicherten im Auge. Von der Zeit an, wo die Arbeiter in den Orts-Krankenkassen ihre Rechte in der Verwaltung ausüben, datiere der Widerwille der Regierung gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen, und sie gehe darauf aus, die Selbstverwaltung zu beschneiden.

Im Gegensatz zu den Vorgenannten fordern die Arbeiter die Selbstverwaltung. Dieselbe erscheint ihnen als die Hauptsache, wenn das soziale Versicherungswesen seinen Zweck erfüllen soll. Nur die Selbstverwaltung biete die Möglichkeit, daß die geeigneten Kräfte für die Verwaltung ausgewählt werden. Die Selbstverwaltung sei gleichbedeutend mit Selbstziehung und Selbstschutz, sie erhebe das Gefühl der Verantwortlichkeit bei den Versicherten, und trage so zur Hebung des ganzen Versicherungswesens bei. Was viele Krankenkassen hinsichtlich der Auffklärung der Mitglieder, der Förderung sanitärer Einrichtungen, der Beteiligung am Bau von Erholungsstätten usw. geleistet haben, das wäre nicht möglich gewesen ohne die Selbstverwaltung. Bei der öffentlichen Erörterung der Vereinheitlichung des Versicherungswesens handele es sich nicht nur um die Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung, sondern auch um die Unfallversicherung, die jetzt von den Berufsgenossenschaften getragen wird. Die Berufsgenossenschaften müßten mit Recht viele Klagen über sich ergehen lassen. Der Grund, daß sie nicht zur Entlastung ihrer Kräfte kommen können, liegt in ihrer Gliederung nach Berufen und der Ausbringung der Kosten durch das Umlageverfahren. Diese beiden Dinge müßten beseitigt werden. Die territoriale Gliederung der Unfallversicherung würde auch ein Schritt sein auf dem Wege zur Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens.

Die Grundlage für die zukünftige Gestaltung des Versicherungswesens müsse sein: Für alle Zweige der Versicherung solle der Kreis der Alters- und Invalidenversicherungspflichtigen Personen in Frage kommen, das würde bedeuten, daß die Krankenversicherung auf Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt wird. Die Einkommensgrenze für die Versicherungspflichtigen solle von 2000 auf 3000 M. erhöht werden. Die Altersgrenze für den Bezug von Altersrente ist von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen. Die Leistungen der Krankenkassen sind zu erhöhen und auf die Familien der Versicherten auszudehnen. Alle Krankenkassen an einem Orte sind zu zentralisieren. Von der Bildung eines Verbandes auf Grund des § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes riet der Referent ab, weil solche Verbände wohl die Verwaltung verbilligen, aber da sie nur Orts-Krankenkassen umfassen können, in solchen Fällen ver-

fagen, wo es sich um gemeinsame Interessen aller Krankenkassen handelt.

Weiter

Kassen- und Verwaltungsfragen

referierte K. B. Kohn. Er sagte unter anderem: Ein erheblicher Teil der Krankenkassen gewähre den Mitgliedern nur die gesetzlichen Mindestleistungen. Das sei höchst ungenügend. Die Kassenverwaltungen müßten dahin streben, daß alle Rechte, welche den Kassen zustehen, zum Besten der Versicherten ausgenutzt werden. Den Mitgliedern müsse klar gemacht werden, daß erhöhte Leistungen natürlich nicht bei geringen Beiträgen gewährt werden können. Es müsse mit dem noch in vielen Kassen bestehenden Zustande, daß an den Sonn- und Feiertagen kein Krankengeld gewährt wird, gebrochen werden. Ebenso müßten die Bestimmungen fallen, wonach Unterstützung verweigert werden können bei Krankheiten, die dem Alkoholismus zuzuschreiben sind, bei Geschlechtskrankheiten und Erkrankungen, die eine Folge schuldhafter Beteiligung an Kaufhandeln sind. Im letzteren Falle würden ja die Kassenvorstände zu Richtern darüber eingesezt, ob ein Mitglied sich schuldig an einem Kaufhandel beteiligt habe, eine Entscheidung, die dem ordentlichen Richter überlassen bleiben müsse. Es liege durchaus im Interesse der Kassen, daß auch bei Krankheiten der hier erwähnten Art rechtzeitig eingegriffen werde. Rüksichtlose Bestimmungen, welche dies verhindern, müßten beseitigt werden. Die Krankenausgabe müsse außer in dringenden Fällen bei ansteckenden Krankheiten und wenn die Wohnung des Erkrankten unzulänglich sei, ohne weiteres eintreten. Die Kassenverwaltungen müßten für hygienische Belehrung der Mitglieder sorgen und von dem Grundhose ausgehen, daß nicht die Unterstützung der Kranken, sondern der Schutz der Gesunden gegen Erkrankung die Hauptaufgabe der Kassen sei. Auch den Ausbau der Personalwesen müßten sich die Kassen angelegen sein lassen. Die Gewährung von Schwangerschaftsunterstützung, welche auf Grund der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz möglich ist, werde von vielen Kassen vernachlässigt. Die Unterstützung der Schwangeren sei dringend zu befürworten, fiskalische Bedenken dürften dabei nicht maßgebend sein. Das gleiche gelte für die Familien der in Krankenhäusern verpflegten Mitglieder. Auf den Ausbau der Krankenkassen müsse Wert gelegt werden. Die Kontrolleure sollen sich durch ihre Tätigkeit das Vertrauen der Kranken gewinnen, sie sollen darauf sehen, daß die Anordnungen des Arztes befolgt werden, insbesondere sollen sie die Wohnungsverhältnisse des Kranken feststellen und dadurch zur Abstellung von Mängeln beitragen. Staatliche Aufnahmen, insbesondere über die Wohnungsverhältnisse, gehören ebenfalls zu den Aufgaben der Krankenkassen. Auch der Erlaß von Krankheitsberühmungs-Vorschriften, ähnlich den Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufsgenossenschaften, sei den Kassen zu empfehlen. Ein erhebliches Interesse hätten die Kassen daran, daß die Kinderarbeit durch Gesetz möglichst eingeschränkt werde, denn die Kinderarbeit ruiniere die Gesundheit der künftigen Kassenglieder und belaste also die Kassen. Dasselbe gelte von der Frauenarbeit. Um in dieser Hinsicht eine ersprießliche Wirksamkeit entfalten zu können, müßten die Kassenvorstände die Vorgänge im öffentlichen Leben beobachten. Es sei überflüssig, hier über kassen-technische Angelegenheiten zu reden. Das eine aber möchten die Vorstände im Auge behalten: Wichtige und nützliche Reformen dürften niemals an technischen Schwierigkeiten scheitern. Wo der Wille vorhanden sei, Verbesserungen einzuführen, da finde sich auch ein Weg.

Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion. In der Hauptache stimmten die Redner mit dem Referenten überein. Einige Redner hoben hervor, daß die Kassen, welche überwiegend weibliche Mitglieder haben, ihren Mitgliedern keine höheren Beiträge auferlegen und deshalb die Forderungen des Referenten schwer oder gar nicht erfüllen könnten. Die Zentralisation der Krankenkassen sei die notwendige Voraussetzung der Durchführung dieser Forderungen. Infolge der Zentralisation würden die Kosten gleichmäßiger verteilt zwischen den gut fundierten und den minder leistungsfähigen Kassen. Ein Redner sagte, die Zentralkommission habe die Zentralisation der Kassen nicht lebhaft genug betrieben. Darauf erwiderte S. Imanowski: Die Zentralkommission habe schon einmal einen Versuch der Zentralisation gemacht; derselbe sei aber an dem Widerstande der Aufsichtsbehörde gescheitert. Durch die verflochtene Bewegung zur Erlangung des Rezeptur-Privilegs seien die Kräfte der Zentralkommission so in Anspruch genommen worden, daß sie die Zentralisierung der Kassen nicht betreiben konnte. Das solle aber jetzt nachgeholt werden. Andere Redner betonten, daß gleichlicher Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder, sowie Einführung eines Minimallohnes und Maximalarbeitstages ein wirksamer Schutz gegen Gesundheitschädigung sei, und die Kassen dieser Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit zuwenden müßten.

In seinem Schlusswort bemerkte K. B. Kohn, daß doch nicht die Erfüllung aller von ihm aufgestellten Forderungen die Zentralisation zur Voraussetzung habe. Die sehr wichtige Wohnungsfrage lasse sich auch von den einzelnen Kassen mit Hilfe der Krankenkassenkontrolleure durchführen. Soziale Mängel, wie sie aus der Frauen- und Kinderarbeit, dem Wohnungselend und dergleichen entstehen, können durch die Krankenkassen natürlich nicht beseitigt werden, aber es könne zur Aufhebung solcher Mängel beigetragen werden, indem man fort und fort auf das Vorhandensein derselben öffentlich aufmerksam macht.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde folgende von Linken-Landwehr beantragte Resolution angenommen. Die sich, wie der Vorsitzende S. Imanowski bemerkte, mit dem Beschluß des Krankenkassen-Kongresses 1903 deckt:

In Erwägung, daß es im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, in den einzelnen Orten möglichst einheitliche Versicherungsbedingungen auf dem Gebiet der Krankenversicherung zu schaffen, macht es die Konferenz den anwesenden Kassenvorständen zur Pflicht, ohne Rücksicht auf persönliche Interessen den Zusammenschluß der in den einzelnen Orten bestehenden Kassen zu allgemeinen Orts-Krankenkassen mit allen Mitteln anzustreben.

Nummer erstattete die beim ersten Punkt der Tagesordnung eingesetzte Kommission ihren Bericht. Sie schlug für die Freie Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg Leitsage vor, die sich mit den für die Zentralkommission bestehenden bedien. Die Vereinigung soll alle in der Provinz Brandenburg bestehenden Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs- und Freie Hilfskassen umfassen. Der Zweck der Vereinigung ist die Förderung aller die Krankenkassen gemeinsam berührenden Angelegenheiten. Die geschäftliche Leitung der Vereinigung besteht aus der Zentralkommission Berlins und neun Vertretern aus der Provinz.

Die Vorschläge der Kommission wurden angenommen und ihre Mitglieder in den Verwaltungskörper der Freien Vereinigung entsandt.

Hierauf gab der Vorsitzende S. Imanowski die inzwischen festgestellte Präsenz bekannt. Eingeladen waren 1088 Krankenkassen aus Berlin und der Provinz. Vertreten waren 293 Kassen (davon 78 aus Berlin) durch 308 Delegierte (84 Arbeitgeber, 160 Arbeitnehmer, 64 Kassenbeamte). Die 293 Kassen haben 67 151 Mitglieder. Als Ort der nächsten Jahresversammlung der Freien Vereinigung wurde Berlin bestimmt.

Partei-Nachrichten.

Die Adresse des Partei-Archivs ist nunmehr: Berlin SW. 68 Lindenstraße Nr. 69.

Ausschließlich dorthin sind von jetzt ab alle Sendungen und Zuschriften für das Archiv zu richten.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird um Nachdruck dieser Mitteilung ersucht.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte. Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre von Paul Kampffmeyer in der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Der Verfasser hat seine früher erschienene Schrift: „Die Geschichte und Literatur der deutschen Sozialdemokratie“ vollständig umgearbeitet und bedeutend erweitert. Er schildert in lebhafter Sprache die aufsteigende Kulturbewegung der Arbeiterklasse in folgenden Kapiteln:

Die Erweckung des proletarischen Klassenbewußtseins. — Die Organisation der proletarischen Massenbewegung. — Die Begründung des Sozialismus durch Marx. — Die politische Schulung der Arbeitermassen. — Die wissenschaftliche und künstlerische Erziehung des Proletariats. — Die schöpferische soziale Tätigkeit deutscher Sozialdemokraten.

In den einleitenden Worten sagt der Verfasser: Die Entwicklung des Arbeiters vom Junggesellen zum modernen sozialistischen Proletarier umfaßt ein großes Stück gigantischer, in die Tiefe gehender Kulturarbeit. Passive Gesellschaftsklassen, willenlose Lastträger der Kultur, müßten erst zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und zur selbständigen Umgestaltung dieser Lage herangebildet werden.

Diese Entwicklung schildert Kampffmeyer. Am Schlusse jedes Kapitels ist die einschlägige Literatur enthalten, so daß die Broschüre sehr wichtige Fingerzeige für die Bibliothekare unserer Arbeiter-Bibliotheken und die Vorstandsmitglieder der Vereine bildet. Der Preis für die Broschüre, die in allen Partei-Buchhandlungen erhältlich ist, beträgt 40 Pf.

Sozialisten vor Gericht. Der Bericht über den Prozeß des Geheimrats Hilger gegen den Bergmann Krämer, von dem der Minister Müller im preussischen Landtage sagte: „Mir ist berichtet worden, daß der Bericht im wesentlichen zutreffend sei“, ist in allen Partei-Buchhandlungen zu haben. In diesem Prozeß wurde aufgedeckt, mit welchen Mitteln staatliche Betriebe arbeiten, um jede freie Bewegung ihrer Arbeiter zu unterdrücken. Deshalb ist dieser Prozeß den beteiligten Gewerkschaften nicht nur, sondern auch den herrschenden Parteien, namentlich dem Zentrum, unangenehm, wie die neulich stattgefundene Debatte im preussischen Landtage gezeigt hat. Sie fürchten die Sozialdemokratie als „lachenden Dritten“. Darum aber verdient die Broschüre namentlich in den Kreisen der Staatsarbeiter und unteren Beamten weiteste Verbreitung. Der Preis ist 60 Pf.

Parteipresse. Die Druckerei des „Norddeutschen Volksblattes“ in Bant ist infolge Steigens der Auflage zur Aufstellung einer Rotationsmaschine genötigt worden. Es wird eine sechsheubige Maschine aufgestellt.

Sozialdemokraten in der Bezirksversammlung. Der Gemeinderat zu Reuendorf hat zwei Parteigenossen, die Gemeinderatsmitglieder Reinhold Lude und Hermann Lude zu Abgeordneten der Bezirksversammlung gewählt. Damit nehmen zum erstenmal in der Kreis Sozialdemokraten an einer Bezirksversammlung teil.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wann ergibt ein Tag?

Die Verordnungen über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage bestimmt unter anderem, daß an den Vorabenden der großen Feste (Ostern, Pfingsten, Weihnachen) sowie an den ersten feiertägigen Tanzmuseen, Bällen und ähnlichen Lustbarkeiten nicht stattfinden dürfen. Auf Grund dieser Bestimmung waren der Vorsitzende des Volksgewerkschafts-Komitees, Genosse Pöschel, und der Gastwirt Sada angeklagt worden. Das Gewerkschafts-Komitee hatte am 25. Dezember 1903 bei Sada eine Weihnachtsfeier abgehalten. Sie bestand vor allem in einem ersten Konzert, das bis 12 Uhr nachts dauerte. Dann wurde getanzt. Darin wurde die Uebertretung des Verbots für den ersten Feiertag gesehen, indem die Staatsanwaltschaft die Stunden nach Mitternacht, d. h. die Feiertagsstunden des zweiten Feiertags, dem ersten Feiertage hinzurechnete. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten frei und führte aus, daß unter dem „ersten Feiertag“ nur die Zeit von 12 Uhr nachts bis 12 Uhr nachts verstanden werden könne. Bis Mitternacht habe aber das Fest einen durchaus ernsthaften Charakter gehabt, sei die Feier dem Tage durchaus angemessen gewesen. Die fragliche Bestimmung sei deshalb nicht anwendbar.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, aber selbst der Oberstaatsanwalt am Kammergericht vermochte das Rechtsmittel nicht zu verteidigen. Er meinte auch gleich dem Anwalt des Angeklagten Pöschel, daß der erste Feiertag nur bis 12 Uhr nachts dauere. Wenn die Verordnung beachtlich hätte, daß die Feiertagsstunden des zweiten Feiertags mit getroffen werden sollten, dann würde sie es besonders ausgedrückt haben.

Der Strafensatz des Kammergerichts verwarf denn auch die Revision der Staatsanwaltschaft. Begründend wurde ausgeführt: Die Sonntagsfeier beginne allerdings erst in den Morgenstunden. Tanzlustbarkeiten an gewöhnlichen Sonntagen, die über die Mitternacht hinaus dauerten, sich also in die Frühstunden des Sonntags hinein erstreckten, seien demnach an sich nicht strafbar. Daraus kann man aber nicht schließen, daß allemal jeder Feiertag nicht schon nach Mitternacht, sondern erst morgens beginne. Hier komme man nicht darüber hinweg, daß in der Verordnung gesagt sei: „erster Feiertag“. Das schließe die Zeit nach Mitternacht nicht mit ein. Das Verbot könne sich allerdings auch auf den Morgen des zweiten Feiertags erstrecken. Das tue die Verordnung jedoch nicht. Somit rechtfertige sich die Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Die Luft am Verkeimden

berleitet „Post“ und „Germania“ fortgesetzt, leichtfertig jede Notiz aufzunehmen, die irgendwie geeignet ist, der freien Gewerkschaftsbewegung Abbruch zu tun.

So berichten jetzt beide übereinstimmend, daß in einer Fabrik zu Haynau in Schlesien der Vorsitzende des Tisch-Dunderischen Ortsvereins Meister mit dem Recht der Annahme und Entlassung von Arbeitern werden sollte. Die in der Fabrik beschäftigten Mitglieder des sozialdemokratischen Maschinenbau-Arbeiter-Verbandes hätten aber dies durch Streik zu verhindern gesucht.

Die „Post“ bringt die Sache unter der Epithete: „Sozialdemokratische Willkürherrschaft“, die „Germania“ meldet sie als: „Einen neuen Beitrag zum sozialdemokratischen Terrorismus.“

Weder die „Germania“-Kapläne noch die „Post“-Esel haben es für notwendig gehalten, sich auch nur zu informieren, ob es eine freie Gewerkschaft mit dem Namen „Maschinenbauarbeiter-Verband“ überhaupt gibt.

Wie unsere mit der Gewerkschaftsbewegung vertrauten Leser wissen, ist das nicht der Fall!

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Metall-Industrie
dauert jetzt bereits sechs Wochen, und noch ist keine Änderung der Situation eingetreten. Die Kühnemänner wollen nicht nachgeben und die Arbeiter erst recht nicht. Da die Arbeiter nun einmal nicht zu Kreuze kriechen wollen, so bemüht sich das wegen seiner hahnbüchsen Unwahrscheinlichkeit bereits bei vielen Fabrikanten in jährenen Misstrauen geratene Scharmschmeißer, die „Arbeiter-Zeitung“, denn nach Sträften, die Lage der Streikenden als eine derzweifelste zu malen. Dreißt und gottesfürchtig schwindelt das Blatt ins Blaue hinein, um die Fabrikanten bei Laune zu erhalten. So schreibt es beispielsweise: „Der Streik selbst ist für die Arbeiter bereits total verloren. Die Arbeitgebererschaft hält in rühmender Solidarität zusammen und wird hierfür schon in aller nächster Zeit den verdienten Erfolg ernten.“ Obiger Erguß rief in der geistigen Streikversammlung natürlich allgemeine Heiterkeit hervor. Die Streikenden werden nach wie vor bemüht sein, der Arbeitgebererschaft den erträumten Erfolg gründlich zu verfallen, wie sie es jedenfalls auch am besten selbst zu beurteilen wissen, ob der Streik für sie verloren ist oder nicht. Bisher spricht nämlich alles dafür, daß die Arbeitgeber trotz all ihrer „Prinzipien“ schließlich doch eine Verständigung mit den Arbeitern werden suchen müssen, wenn anders sie ihre Industrie nicht gänzlich vernichten wollen. Mit den wenigen Arbeitswilligen können sie auf die Dauer nicht fertig werden. Es ist ausgeschlossen, daß eine Industrie, wie die hier in Frage kommende, 4000 der besten Spezialarbeiter dauernd entbehren kann. Deshalb wurde auch in der Streikversammlung betont, daß wenn sich die Fabrikanten in ihrem Starrsinn auch wirklich noch die Weihnachtssaison verschmerzen wollen, sie eben nach Weihnachten auf eine Verständigung mit den Arbeitern angewiesen sein würden. Der Streik könne nicht eher beendet werden, als bis diese Verständigung erfolgt sei.

Wie wenig wohl den Fabrikanten denn auch zu Rute ist, beweisen ihre fortgesetzten, äußerst kostspieligen Bemühungen, Arbeitswillige heranzuziehen. Sie schicken Agenten in die Fremde und annoncieren in den Blättern aller namhaften Städte nach Arbeitskräften; ja sogar an die — Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg haben sie sich gewandt, und diese suchte dann durch Vermittelung des Arbeitsnachweises in der Gormannstraße, der sich wieder bei dem Arbeitsnachweis der — Metallarbeiter darum bemühte, Drücker, Gürtler, Schleifer, Former usw. für die Fabrikanten anzubringen, natürlich mit dem „verdienten Erfolg“.

Ueber das einmütige, musterhafte Zusammenhalten der Streikenden und Aussperrten, und besonders über die Erfolge der Streikposten, ihnen die Arbeitswilligen wegzunehmen, sind die Arbeitgeber nun nicht wenig erbost. In ihrer ohnmächtigen Wut greifen sie denn auch bereits zu dem letzten Mittel, die ihnen verbliebenen paar Arbeitswilligen zu bewaffnen. So hat die Firma *Koch* ihre Arbeitswilligen mit Gasrohren von etwa 1 1/2 Fuß Länge ausgerüstet. Ein Exemplar eines solchen Instrumentes, das einem Arbeitswilligen abgenommen war, lag der Versammlung zur Ansicht vor. Die Firma *Jörn u. Glienicke* wieder hat aus ihren Arbeitswilligen eine regelrecht mit Knüppeln bewaffnete Sturmkolonne formiert, die unter persönlicher Leitung des Chefs Attacken auf Streikposten ausführt. Vor einigen Tagen kam es vor dem Gebäude dieser Firma auch bereits zu einem erregten Austritt. Einer der Arbeitswilligen, dem die Würde, mit „Waffen“ einherzugehen zu dürfen, wohl etwas zu Kopfe gestiegen war, bedrohte nämlich beim Verlassen der Fabrik Pflanzten, die mit dem Streik gar nichts zu tun haben, mit einem offenen Messer. Da Polizei vom Schutze der Bedrohten nicht zur Stelle war, griffen diese zur Selbsthilfe und gerieten dem Messerhelden das Fell windelweich. Herr *Jörn*, der dem arg verblauten Mitgliede seines Sturmkorps zur Hilfe eilen wollte, hat dabei im Gedränge ebenfalls einige unangenehme Knüppel erhalten. Jetzt ist die Gegend, in der die Firma ihren Betrieb hat, unzugänglich für Streikposten polizeilich gesperrt. — Sehr schmeidend geht auch das Amt *Treptow* gegen Streikposten vor, die ihre Rechte der Firma *Koch* u. *Graeb* gegenüber ausüben. Kürzlich wurde einer derselben von dem dortigen Gendarm unter Androhung des Schließens verhaftet und in dem Orts-Arrestlokal vier Stunden lang eingesperrt gehalten. Mehrere Kollegen des Postens ging es ähnlich so. Nach Mitteilung des Verhafteten in der Streikversammlung soll ihm der Gendarm gesagt haben, Herr *Graeb*, der Mitglied der Treptower Gemeindevertretung ist, habe „angeordnet“, jeder Streikposten solle bis nach Feierabend in Gewahrsam gehalten werden!

Trotz all solcher und unzähliger ähnlicher Vorkommnisse faßt die „Arbeiter-Zeitung“ immer wieder von Ausschreitungen der Streikposten gegen Arbeitswillige. Mit Recht sagt ein Redner der Streikleitung daher: „Was würde wohl streikenden Arbeitern geschehen, die von Messern und Schlaginstrumenten gegen Arbeitswillige oder Passanten einen ähnlich rohen Gebrauch machten, wie dies die Arbeitswilligen gegen Streikende tun? Man würde sie vielleicht auf Jahre ins Gefängnis werfen. Den Arbeitswilligen aber passiert nichts; ja man ermahnt sie noch obendrein, nur feste auf die Streikenden einzuhauen.“ — Mitgeteilt wurde in der Versammlung noch, daß kürzlich ein arbeitswilliger Schmelzer der Firma *Schaeffer u. Waacke* durch geschmolzenes Metall schwer verbrannt wurde und bedenklich darniederliegt. — Ein Gürtler aus Hamburg, den die Werbeagenten der Kühnemänner von dem Streik keine Mitteilung gemacht hatten, verweigerte auf Grund der ihm von den Streikposten gegenwärtigen Aufforderung die Weiterarbeit als Arbeitswilliger und verlangte das vermisslagte Reisegeld zurück. Dieses wurde ihm indessen vorbehalten; auf dem Arbeitsnachweis in der Dresdenstraße sagte man ihm, er müsse erst 14 Tage als Arbeitswilliger gearbeitet haben, ehe er Reisegeldanspruch beanspruchen könne. Natürlich taugt dieser Arbeiter, der die Weiterarbeit verweigerte, in den Augen der Kühnemänner nun auch nichts mehr. Andererseits würde ein Streikender, der als Streikposten von den Kühnemännern für zuchtunwürdig erklärt wird, sofort wieder als braver, ehrenwerter Arbeiter bezeichnet werden, sobald er sich zur Berichtigung von Streikbediensteten bereit fände. Das ist eben Kühnemänner-Moral.

Die Aussperrung der Tischler.

Gestern meldeten sich beim Holzarbeiter-Verband 80 neue Aussperrte. Das ist die höchste Zahl, die bis jetzt an einem Tage zu verzeichnen war. Es könnte danach scheinen, als ob die Tischlermeister sich jetzt endlich die Ausführung ihrer Beschlüsse angelegen lassen. Von den Führern der Unternehmer wird es auch in diesem Sinne gedeutet werden, aber wenn man die Sache recht betrachtet, zeigt sich, daß das Tempo der Aussperrung durchaus nicht lebhafter geworden ist. Von den 80 Aussperrten gehört nämlich ein erheblicher Teil der Bautischlerei an. Bekanntlich haben die Bautischlermeister schon vor einigen Wochen beschloffen, mit der Aussperrung erst dann zu beginnen, wenn sie die dringendsten Arbeiten fertig haben. Dieser Zeitpunkt ist jetzt eingetreten. In der Bautischlerei beginnt die Beschäftigung nachzulassen. Es ist die Zeit, wo alljährlich ein Teil der Arbeiter wegen Mangel an Beschäftigung entlassen werden. Diesmal geben nun die Bautischlermeister den Entlassungen den Stempel der Aussperrung. Von größeren Bautischlereien haben sich an der sogenannten „Aussperrung“ beteiligt: *Geb. Schaar*, *Borchert u. Kreuzer*, bei denen im Sommer nach längerem Streik der Reittouristik durchgeführt wurde; *Wendig Söhne*, eine Firma, die in Berlin nur eine Filiale hat, in der sie etwa 20 Tischler beschäftigt, während die Hauptgeschäfte in Posen und Landsberg sind, wo natürlich umso mehr gearbeitet werden kann, je mehr in Berlin ausgesperrt wird. Die Bautischlerei von *Lütke* sperrte drei Arbeiter aus, worauf die übrigen 33 Arbeiter des Betriebes die Arbeit niederlegten. Die Bautischlerei von *Gmmlut* in Nixdorf gehört ebenfalls zu den Aussperrten. — In Möbelschlereien haben zehn Gesellen die Arbeit zugunsten der

Aussperrten niedergelegt, so daß den 60 Aussperrten 41 Streikende gegenüberstehen. Wie man sieht, lassen sich die Arbeiter durch die Fortsetzung der Aussperrungen keineswegs einschüchtern, sondern antworten prompt mit Arbeitsniederlegungen. — Unter anderen ist in den Betrieben von *Siroka* und *Bauke* die Arbeit niedergelegt worden. *Striße* in der Köpplerstraße hat zwei Gesellen ausgesperrt; damit er aber keinen Schaden erleidet, läßt er die übrigen Gesellen nach Feierabend arbeiten.

Wenn die Aussperrung immer noch fortgesetzt wird, und anscheinend sogar zeitweise ein wenig lebhafter wird, so ist das zum großen Teil der lebhaften Agitation der Unternehmer zuzuschreiben, die durch persönlichen Druck die Säumnigen zu ermuntern suchen. So hat beispielsweise die Kugustischlerei von *Schwarz* 14 Arbeiter ausgesperrt, lediglich infolge der Einwirkung des Herrn *Schau*, der die gleiche Branche betreibt, gegenwärtig aber nichts liefern kann, weil die von ihm verhängte Aussperrung mit dem Streik beantwortet wurde.

Wie schon mitgeteilt wurde, verfolgt der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung die Unternehmer, bei denen gestreift wird, soweit es ihm möglich ist, mit Arbeitswilligen, damit die Aussperrung den Meistern nicht schade. Aber selbst auf diese Arbeitswilligen können sich die Tischlermeister nicht unbedingt verlassen. *Jarochli*, der fünf Gesellen vom Nachweis der Innung erhalten hatte, mußte erleben, daß am Sonnabend wieder vier derselben die Arbeit niederlegten. Nur ein Arbeitswilliger ist Herr *Jarochli* noch verblieben, im übrigen dienen ihm seine zwei Zeichner, die gelehrte Tischler sind, jetzt als Streibreaker.

Eine Rechnung der „Fachszeitung“.

Mit eifrigem Krämerstun, der alles unter dem Gesichtspunkt betrachtet: Was kostet es und was bringt es ein? berechnet die „Fachszeitung“ der Tischlermeister die Aussichten des Kampfes für den Holzarbeiter-Verband. Die Unternehmer haben ja von Anfang an die Absicht verfolgt, die Kassen des Verbandes zu schwächen. Sie kalkulieren nach dem bei geschäftlichen Unternehmungen angebrachten Schema: Zwingen wir den Holzarbeiter-Verband, seine verfügbaren Gelder auszugeben, so ist die Widerstandskraft der Arbeiterorganisation ein für allemal gebrochen. Diesen sehr schätzbaren herbeigewünschten Zeitpunkt sieht die „Fachszeitung“ schon herannahen. Sie rechnet, geführt auf den in der letzten Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes gegebenen Kassenbericht: Die Lokalfasse hatte am Schluß des vorigen Quartals einen Bestand von 326 985,19 Mark. Die Aussperrung hat bereits 100 000 M. gekostet, also bleiben dem Verband nur noch 226 985,19 M. übrig. Wenn diese Summe verbraucht ist, was in absehbarer Zeit geschehen wird, dann liegt der Holzarbeiter-Verband am Boden und wir — die Unternehmer — sind die triumphierenden Sieger.

Gemach, Ihr Herren von der „Fachszeitung“. Mit den Faktoren einer Krämerrechnung läßt sich die Arbeiterbewegung nicht berechnen. Zunächst muß selbst der rechnende Krämer einsehen, daß man mit 226 000 M. noch ziemlich lange auskommen kann, wenn 100 000 M. bereits vier Wochen gereicht haben, und wenn sich auch die Zahl der Aussperrten noch mehren sollte. Aber es sind noch andere Faktoren, die man in der „Fachszeitung“ nicht berücksichtigt hat, in Rechnung zu stellen. Einer dieser Faktoren, und zwar nicht der unbedeutendste, ist der allezeit erprobte Opferstimm der beteiligten Arbeiter. Sollte der laufende Beitrag der Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes nicht ausreichen, die für den Kampf erforderlichen Mittel aufzubringen, dann sind die Mitglieder ohne weiteres bereit, Extrabeiträge zu zahlen. Kürzlich hat sich ja eine Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes ausdrücklich dazu bereit erklärt. Das muß auch der Redaktion der „Fachszeitung“ bekannt sein, denn es stand ja im „Vorwärts“, den sie aufmerksam liest. Trotzdem hat die „Fachszeitung“ diesen Faktor übersehen. Aber auch mit der Opferwilligkeit der Berliner Mitglieder ist die Leistung des Holzarbeiter-Verbandes nicht erschöpft. Wenn es die „Fachszeitung“ nicht wissen sollte, so wollen wir ihr verraten, daß die Hauptkasse des Holzarbeiter-Verbandes zur Zeit der letzten Generalversammlung über ein Vermögen von einer Million Mark verfügte. Wir erinnern die „Fachszeitung“ daran, daß der Hauptvorstand des Holzarbeiter-Verbandes dem Berliner Kampf seine Zustimmung gegeben, das heißt, den kämpfenden Arbeitern die Unterstützung aus den Mitteln der Hauptkasse bewilligt hat. Vielleicht stellt die „Fachszeitung“ auf Grund dieser Tatsachen eine neue Rechnung auf über die etwaige Dauer der Widerstandsfähigkeit des Holzarbeiter-Verbandes. Das Ergebnis dieser Berechnung dürfte selbst für die kampflustigsten Unternehmer nicht gerade erfreulich sein.

Eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Tischler findet am heutigen Dienstag, vormittags 10 Uhr, in der *Brauerei Friedrichshain* statt, also nicht bei *Keller*, wie ursprünglich bekanntgegeben wurde.

Zum Müllkutschereistreik. Die Situation hat sich für die Unternehmer seit gestern erheblich ungünstiger gestaltet. Wie große Hoffnungen hatten die Herren auf ihre russische Arbeitswilligen-garde gesetzt! Doch ach: Die russischen „Müllkotsalen“ sind desertiert! Nur einen Tag haben es diese Leute bei der schweren Arbeit auszuhalten vermocht, da hatten sie „die Nase voll“. Was alle Bekehrungsversuche der Streikenden nicht zu Stande brachten, das brachte die ungewohnte Arbeit zu Stande. Diese Arbeit war den Russen offenbar zu „mülig“. Sie revoktierten gegen ihre Arbeitgeber, die sie doch so freigiebig mit Hering und Buttk bewirtet hatten und winkten mit Händen und Füßen: Nur raus aus Berlin! Da gab's kein Halten mehr, und so sehr man sie auch bitten mochte, doch weiter zu arbeiten — der Liebe Mühe war vergebens: die Russen zogen gestern ab, ohne klingendes Spiel. Die Wirtschaftsgenossenschaft hat an dieser einen Russenprobe aber noch nicht genug, sie kündigt bereits die Ankunft des zweiten Transports aus dem fernen Osten an. Volle 200 Mann hat sie zur Verstärkung angeworben, um den Müllkrieg siegreich zu bestehen. Ob diese Mannen standhalten werden? —

Gestern konnten ebenfalls nur etwa 30 Wagen vom Hofe abrücken. Die „Müllnot“ ist damit also auch um nichts geringer geworden. Wie die Arbeitswilligen sahen, das konnte man gestern abend am Oranienplatz beobachten. Da kam ein Müllwagen der Wirtschaftsgenossenschaft wie die Feuerwehre angejagt. Der neue Kutscher schien es nun absolut auf das Geländer der Oranienbrücke abgesehen zu haben. Mit vollem Chok jagte er denn auch gegen einen Pfeiler derselben, wodurch das Gefährt allerdings etwas plötzlich zum Stehen kam. Erst nach halbstündigen Bemühungen, während welcher die Polizei genaug mit der Freibaltung des Verkehrs zu tun hatte, konnte das Futzwerk der braven Arbeitswilligen wieder flott gemacht werden.

Zu der Bausperrre in der Schivelbeinerstraße erhalten wir folgende Zuschriften:

Auf den Artikel des Herrn *Maurer* und Zimmermeisters *Franz Rabis*, *Schönhauser Allee 72b*, muß ich leider erwidern, daß die darin angeführten Behauptungen des Herrn *Rabis* unwarhaft sind.

1. Die gesamten Zahlungen des Herrn *Rabis* decken bei weitem noch nicht meine für meine Bauten in der Schivelbeinerstr. 4 und 5 aufgewandten Vorauslagen, denn ich habe dem Herrn für diese Bauten laut Rechnung für 1946 M. Waren geliefert und für 1015 M. Arbeit fertiggestellt. Herr *Rabis* hat mir darauf gezahlt 803 M. in bar und 1050 M. in Wecheln, fällig in drei Monaten, die ich als Zahlung doch erst dann anerkennen kann, wenn dieselben wirklich eingelöst sind.

2. Mit meinen Gehälfen stehe ich in keinerlei Differenzen, was diese an anderer Stelle dieses Blattes befähigen werden.

K. Kaufmann, Tapetenhandlung, Berlin N., Rauenstr. 2.

Der Verband der Tapezierer schreibt uns: Zur Erwidrerung der Erklärung des Herrn *Rabis*, *Schönhauser Allee 72b*, folgendes: Am Mittwoch, den 2., erklärte Frau *Rabis*

den dort beschäftigten Kollegen, sie lehne jede weitere Zahlung an die Firma *Kaufmann* ab, ersuchte die Betreffenden jedoch, den Bau für Rechnung *Rabis* fertigzustellen, und stellte sogar für den Fall, daß der Bau bis Sonntag fertig sei, eine Extra-Gratifikation von 30 M. in Aussicht. Hierauf erklärten die Kollegen Herrn *Kaufmann*, daß sie bei ihm aus Arbeit treten und bei der Firma *Rabis* weiterarbeiten würden. Als Frau *Rabis* nun schriftliche Garantie für den Lohn geben sollte, lehnte sie dieses ab; der Vertreter der Frau *Rabis* erklärte jedoch den Kollegen: „Arbeiten Sie ruhig weiter, morgen kommt Frau *Rabis* rüber und die Sache wird dann geregelt.“ Die Kollegen arbeiteten infolgedessen weiter. Als sie aber ihr Material ergänzen wollten, waren die Tapeten entfernt und wurde ihnen eröffnet, ein anderer Tapezierer würde die Arbeit fertigstellen. Dieser erwiderte auch, zog es jedoch vor, nach Kenntnis der noch vorhandenen Arbeit darauf zu verzichten. Alle Versuche, mit Herrn *Rabis* im gütlichen Wege eine Einigung zu erzielen, waren vergeblich. Trotzdem weigerte er sich noch, den Kollegen am Sonnabend das Werkzeug zu verabfolgen, und erst der Hinweis auf die eventuellen Folgen konnte den Betreffenden zu ihrem Eigentum verhelfen. Die Auseinandersetzungen mit Herrn *Kaufmann* interessieren uns nicht, für uns maßgeblich ist die Einstellung der betreffenden Kollegen durch Frau *Rabis* (die ja bekanntlich Herrn *Rabis* durchaus selbständig vertritt) und die Praktiken bei den darauf erfolgten Verträgen, den Lohn sicher zu stellen. Aus diesem Grunde bleibt der *Vau Schibelbeinerstraße 4/5* nach wie vor gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Abermals das Vereinsgesetz gegen eine Gewerkschafts-Zahlstelle. Sechs Vorstandsmitglieder (Eheleute und Gen.) der Zahlstelle Sechserleben des Deutschen Zimmerer-Verbandes waren wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt worden, weil ein Statut des Verbandes der Polizei erst nach Ablauf der gesetzlichen dreitägigen Frist eingereicht worden war. Die Angeklagten bestritten überhaupt die Anwendbarkeit des § 2 mit seinen Vorschriften über die Einreichung von Statuten, Mitgliedsverzeichnissen usw. auf die Zahlstelle. Sie sei lediglich ein Organ des Verbandes, kein selbständiger Verein. Eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten, die hauptsächlichste Voraussetzung des § 2, werde auch nicht bezweckt. Ferner könnten auf keinen Fall die mitangeklagten Vertreter des Vorstands, des Kassierers und des Schriftführers irgendwie verantwortlich gemacht werden. Sie hätten noch gar keine Gelegenheit gehabt, als Stellvertreter bei den Vorstandsgeschäften in Tätigkeit zu treten.

Sämtliche Angeklagte wurden jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht zu Geldstrafen von je 15 M. verurteilt. Schon aus dem Statut des Verbandes ergab sich der Vereinscharakter der Zahlstelle des Zimmerer-Verbandes. Sie seien selbständig organisiert und führten ein eigenes Vereinsleben. Nach dem Statut seien sie nicht Organe des Verbandes, sondern sie in ihrer Gesamtheit bildeten erst den Verband. Und eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten als Zweck des Verbandes und jeder Zahlstelle sei daraus zu entnehmen, daß statutengemäß die geistige und materielle Hebung des ganzen Zimmererstandes bezweckt werde. Damit werde das Gebiet sozialer und öffentlicher Interessen vertreten. — Fast für vereinsrechtliche Unterlassungen seien auch die stellvertretenden Vorstandsmitglieder der Zahlstelle. Entscheidend sei, daß sie zum Vorstand gehörten.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision. Es vermochte weder in der Annahme eines selbständigen Vereins noch sonst in dem landgerichtlichen Urteil einen Rechtsirrtum zu entdecken.

Der Streik in der Papierbranche zu Dresden-N. ist beendet. Etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Trotz der Beendigung des Ausstandes ist der *Jugugstreik* fernzuhalten, da noch eine große Anzahl von Kollegen und Kolleginnen für längere Zeit ausgesperrt bleiben werden. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck dieser Warnung gebeten.

Der Streik der Hamburger Schlächter ist von denselben ohne einen Erfolg abgebrochen worden. Dieselben wollen mit Energie an den Ausbau der Organisation herangehen und die Bewegung zu gelegenerer Zeit wieder aufnehmen.

Ausland.

Der Straßenbahnerstreik in Norrköping. Der Bürgermeister hat am Donnerstag mit dem Direktor der Straßenbahn Verhandlungen anzuknüpfen versucht. Der Direktor erklärte, daß er sich nicht zu der Sache äußern könne, bevor er nicht mit der in Stockholm ansässigen Leitung der Elektrizitätsgesellschaft (A. E. G.) Rücksprache genommen habe. Dem Versprechen der Arbeitererschaft von Norrköping gemäß sind die Demonstrationen vorläufig eingestellt worden. Der Konflikt der Straßenbahn und der Geschäftsleute, die sich als Gegner der Arbeiterschaft erwiesen haben, wird selbstverständlich weiter durchgeführt.

Soziales.

Die Arbeitszeit der Konfektionsarbeiter war jüngst in einer Versammlung Gegenstand der Kritik. Auf Grund einer Ausführungsanweisung, die der Handelsminister zu den Verordnungen über die Arbeitszeit der Konfektionsarbeiter erlassen hat, wurde diesem vorgeworfen, es habe die Heberarbeit für Konfektionsarbeiter auch an Sonnabenden für zulässig erklärt. Das wurde als eine unsoziale reaktionäre Maßregel bezeichnet.

Diese Kritik hat den Handelsminister gewürmt, und er veranlaßte im „Reichs-Anzeiger“ eine offizielle Richtigstellung. In der Tat ist in diesem Falle dem Handelsminister unrecht geschehen. Die Zulässigkeit der Heberarbeit auch an Sonnabenden ist schon durch die Verordnung des Bundesrats vom 31. Mai 1897 gegeben. Wegen diese muß sich die Kritik richten.

Aber vielleicht darf man aus der Empfindlichkeit, die den Handelsminister zur Zurückweisung des Vorwurfs unsozialer reaktionären Handelns veranlaßte, die Hoffnung schöpfen, daß er den preussischen Einfluß im Bundesrat geltend macht, um auch dem Bundesrat gegenüber den Vorwurf unsozialen Handelns gegenstandslos zu machen.

Um einen besseren Schutze der Bauhandwerker gegen Vauunfälle zu erzielen, hatte das Würzburger Gewerkschaftsamt an den dortigen Magistrat die Bitte gerichtet, eine Bestimmung zu erlassen, wonach die Aufstellung von Baugerüsten einschließlich derjenigen für Maler, Tüncher usw. drei Tage vorher dem Magistrat anzuzeigen sei. Gleichzeitig beantragten die Beamten der Baugewerkschaftsgenossenschaft auf Grund der Erfahrungen, die sie aus der Zahl und Art der Vauunfälle geschöpft, das Tragen von Lasten mit über zwei Zentnern auf den Kaufbreitern zu verbieten. Beide Anträge wurden „vorläufig“ abgelehnt und sollen bei einer eventuellen Revision der Bauvorschriften „in Erwägung“ gezogen werden. Es mußte vom Magistrat zugegeben werden, daß sich die Aufstellung der Gerüste für Maler, Tüncher und dergleichen der Kontrolle entzieht. Außerdem wurde festgestellt, daß in Würzburg das Tragen von Lasten mit bis zu 10 Zentnern Gewicht ortsbüchlich ist. Deshalb erscheint diese „vorläufige“ Ablehnung nicht recht begründlich.

Um eine Konventionalkstrafe zu vermeiden.

Wie rücksichtslos manche Unternehmer das Leben der von ihnen angestellten Arbeiter aufs Spiel setzen, wenn es sich um Vermeidung eines materiellen Verlustes für sie selbst handelt, und wie wenig sie dabei das Eingreifen der Justiz zu befürchten haben, zeigt ein Bericht der Section Köln der Berufsgenossenschaft für die chemische Industrie Deutschlands. Ein vertikaler Strohendämpfer, dessen Miedstärke, wie sich später herausstellte, im unteren Teile von ursprünglich 15 Millimeter bis auf 2—3 Millimeter abgenutzt war, während er mit Dampf von circa 4 Atmosphären arbeitete, im unteren Schut ab und wurde durchs Dach geschleudert. Der Fabrikmeister und drei Arbeiter, die in demselben Raume beschäftigt waren, wurden

dabei so glücklich verbrüht, daß sie unter qualvollen Leiden daran starben. Auch ein fünfter Arbeiter wurde dabei schwer verbrüht, kam aber mit dem Leben davon. Der Dampffessel war zwei Tage vorher durch den Ingenieur eines Dampfessellüberwachungsvereins einer außerordentlichen inneren Besichtigung unterzogen worden, die auf Trängen der Besitzer schon einmal hinausgeschoben worden war. Bei der Besichtigung hatten sich die Besitzer durch ihren Geschäftsführer, einen Buchhalter ohne technische Kenntnisse, betriegen lassen. Der hierüber im Revisionsbuche eingetragene Befund lautete: „Der untere Schuß ist zu erneuern und das Dampfgefäß darauf zu einer Wasserdruckprobe zur Verfügung zu stellen.“ In der gerichtlichen Verhandlung gegen den seitens der Staatsanwaltschaft angeklagten Dampfessellrevisions-Ingenieur ergab sich, daß der verunglückte Meister ein Loch, das der Ingenieur bei der Besichtigung durch Eintreiben einer Nuss mit einem Hammer in das Manometer geschlagen hatte, durch Einziehen einer Schraube notdürftig geschlossen und dann den Dampfer wieder in Betrieb genommen hatte, um einen unter Konventionstrafe zu liefernden Wagen Knochenmehl noch rechtzeitig fertig zu stellen, wobei allerdings nicht mehr festgestellt werden konnte, ob er das nach eigenem Ermessen getan, da er mit verunglückt war. Nachdem durch Sachverständige hervorgehoben war, daß das Dampfgefäß nach der Revision, ehe die vorgeschriebene Reparatur ausgeführt war, keinesfalls wieder in Betrieb genommen werden durfte, obgleich dies nicht ausdrücklich im Revisionsbefunde niedergelegt war, wurde der Revisionsingenieur freigesprochen. Der gleichfalls angeklagte Buchhalter, der aus seiner Unterredung mit dem Ingenieur herausgehört haben wollte, das

Dampfgefäß dürfe noch 14 Tage in nicht repariertem Zustande (1) weiter arbeiten, wurde auch freigesprochen, weil er nicht als Vertreter seiner beiden Prinzipale zu betrachten sei, da diese kurz nach der Revision in der Fabrik erschienen und sowohl von dem Einziehen der Schraube als auch von der Wiederinbetriebnahme des Dampfgefäßes persönlich Kenntnis hatten. Gegen den Revisionsingenieur und den Buchhalter hatte also die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben, die natürlich zur Freisprechung derselben führen mußte, gegen die Besitzer selbst, die sich bei der Revision im Hintergrunde zu halten wußten, scheint sie das nicht für nötig gehalten zu haben. Im ganzen wurden bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie Deutschlands Unfälle an Dampfesseln und Dampfmaschinen angeeldet 57, davon waren entschädigungspflichtig 11 und tödlich 5; Unfälle an Transmissionen usw. angeeldet 95, entschädigungspflichtig 31, tödlich 9; an Arbeitsmaschinen angeeldet 800, entschädigungspflichtig 193, tödlich 3; an Hebeapparaten, Kränen usw. angeeldet 182, entschädigungspflichtig 25, tödlich 5; durch Explosionen usw. angeeldet 75, entschädigungspflichtig 27, tödlich 14; durch feuergefährliche, ätzende, giftige usw. Flüssigkeiten angeeldet 1569, davon entschädigungspflichtig 156, tödlich 25; durch Verschüttungen usw. angeeldet 935, entschädigungspflichtig 105, tödlich 15; beim Auf- und Abfahren angeeldet 1436, entschädigungspflichtig 138, tödlich 8; durch Fuhrwerk und Tiere angeeldet 442, entschädigungspflichtig 69, tödlich 11; durch Eisenbahnbetrieb angeeldet 422, entschädigungspflichtig 50, tödlich 4; durch Handwerkszeug angeeldet 536, entschädigungspflichtig 29.

Die Zahl der bei der Berufsgenossenschaft gemeldeten Beschäftigten Arbeiter ist von 1902 bis 1903 von 100 841 auf 108 950, also um 8 Proz. gestiegen, die Zahl der bei derselben gemeldeten Unfälle in derselben Zeit von 8425 auf 9414, also um 11,7 Proz. Die Zahl der bei der Berufsgenossenschaft gemeldeten Beschäftigten Arbeiter ist von 1902 bis 1903 von 100 841 auf 108 950, also um 8 Proz. gestiegen, die Zahl der bei derselben gemeldeten Unfälle in derselben Zeit von 8425 auf 9414, also um 11,7 Proz. **Achtung! Schiffer!** Zu der am 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, stattfindenden öffentlichen Schifferversammlung in Feuerhain, Wille, Jakobstraße 75, erlauben wir alle Genossen, welche mit Schiffen in Verbindung kommen, dieselben darauf aufmerksam zu machen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zudeil. Der Einberufer. **Die Freireligiöse Gemeinde** veranstaltet am Mittwochabend 8 1/2 Uhr im großen Theaterale von Fiedels Uerici-Theater (früher Rühlmann), Schönhauser Allee 148, eine Volksversammlung zugunsten der Gemeinde. Herr Balder Franke spricht über die Frage: „Widerprechen die Bestrebungen der Freireligiösen Gemeinde den Zielen der Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse?“ Nach dem Vortrage findet Diskussion statt. Zahlreicher Besuch von Damen und Herren ist dringend erwünscht. **Vereinigung: „Die Kunst im Leben des Kindes“**, Dienstag 8. November, abends 8 Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorothienstraße 13/14; Vortrag des Herrn Dr. Max D. S. B. o. r. n.; „Kindertheater“. Eintritt nur für Mitglieder frei; für Nichtmitglieder 50 Pf. **Wasserstand am 5. November.** Elbe bei Magdeburg — 0,00 Meter, bei Dresden — 1,09 Meter, bei Magdeburg — 0,85 Meter. — U n t e r i bei Strausfurt — 0,80 Meter. — D e r bei Rathow — 2,00 Meter, bei Breslau Eber-Begel + 5,10 Meter, bei Breslau Unter-Begel + 0,37 Meter, bei Frankfurt + 1,74 Meter. — B e i c h e l bei Draheimünde + 3,82 Meter. — B a t h e bei Bolen 0,00 Meter. R e h e bei Ulf — Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 8. November.
Anfang 7 Uhr:
Opernhaus. Die Meisterfinger von Nürnberg.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königl. Opern-Theater. Theodora.

Deutsches. Don Carlos. Berliner. Alt-Heidelber. Fassung. Florian Geyer. Weiten. L'histoire d'un pierrot. Die kleinen Dämmer.

Thalia. Der Weibertöchter. Velle-Alliance. Der Wildschütz. National. Die Kameliendame. Metropol. Die Herren von Maxim. Kasino. Wildes Blut. Zentral. Der Generalkonsul.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Tyrannen der Tränen.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.) Krieg im Frieden.

Neues. Erdgeist. Kleines. Des Pastors Rieke. Carl Weiß. Senta Wolfsburg. Weibenz. Eine Hochzeitnacht. Lustspielhaus. Biederleute. Trianon. Der Registrator auf Reisen. Trianon. Gestohlene Frauen. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten. Palast. Im Zukunftsstaat. Spezialitäten.

Herrfeld-Theater. Prinz Leuz in Wilder. Passage-Theater. Dida. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.

Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Oberitaliens. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Hörsaal: Dr. F. Ristenpart. Die Spektral-Analyse der Gestirne.

National-Theater
Reinholdstr. 12a-13b.
Dienstag, den 8. November 1904:
4. Gastspiel Eleonora Duse
La Signora dalle Camelie
(Die Cameliendame).
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentral-Theater
Heute Anfang 8 Uhr.
Der Generalkonsul.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.
Mittwoch und Donnerstag: Der Generalkonsul.
Dukendbilletts mit 10 Prozent Ermäßigung, an allen Hochfesttagen gültig, gelangen jetzt zur Ausgabe.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.
Mittwoch: Eheliche Arbeit.
Donnerstag zum erstenmal: Die Tochter des Herrn Fabricius.
Freitag: Die Tochter des Herrn Fabricius.
Sonabend: Hofemanns Tochter.

Kasino-Theater
Lehringerstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2.
Wildes Blut.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Mannstädt.
Vorher d. wohl neue Novemberprog.
U. a.: „Die Original-Narrane.“
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann.
Lustspielhaus
Friedrichstraße 236.
Biederleute.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Hörsaal: Dr. F. Ristenpart. Die Spektral-Analyse der Gestirne.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Allerseelen
melodramatische Illusion.

Rumänische Damen-Kapelle
„Bratiano“.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die neuen November-Spezialitäten.
Hierauf:
Berliner Luft.

Ausstattungs-Burl. v. B. Jacobson.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten PAUL LINCKE.
Sonntag, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingluft und Spezialitäten.

Metropol-Theater
Zum 11. Male:
Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern mit freier Benutzung von C. F. I. o. r. s. „Messalinette“ von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hauptrollen:
Henry Bender, Josef Giampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Fritz Fridl, Fritz Massary a. D., Mary Behrens, Joh. Junker-Schatz.

Im 5. Bild:
Das Fest des Lichtes.
(Ballett.)
Rauchen überall gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67.
Zum Heute abends 8 Uhr:
400. Ueber'n großen Teich.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: „Ueber'n großen Teich“.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Eine Hochzeitnacht.
Schwant in 3 Akten von G. Rodout und H. Parre.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 300 Tage.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Brannenstr. 16.
Zum letztenmal:
Goldlotte.

Gesangspöffe in 3 Akten von Mannstädt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: Katharina Howard.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm Neu! Lily Durand Neu! mit ihrer Verwandlungsummer Großstadtleben.

Neu! Ostarra Trio Neu! großartige Kopfbalance auf schwingendem Trapes sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannen der Tränen.
Lustspiel in 4 Akten von G. Habdon-Chambers. Deutsch v. Beria Voglon.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Tyrannen der Tränen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal! Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und F. v. Schönbach.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Kleines Theater Neues Theater.
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Des Pastors Rieke.
(Rieke: Wangel. Dabl: v. Winterstein. Spend: Ekert.)
Mittwoch zum 75. Male: Elektra.
Donnerstag: Nachtschl.

Palast-Theater Burg-Str. 22, früher Green-Palast.
Gr. internationale Ringkampf-Konkurrenz unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas.
Heutige Ringlämpfe:
1. John Vohl-Abd II., Deutscher gegen Schumiakia, Bessarabien, Revanchekampf vom Sonntag, 6. November.
2. Petroff, Bulgare
3. Hgel Kroof, Schwede
4. Francois de Ridder, Belgier
5. Weltmeister Georg Zurich, Russe
Vorher: Theater u. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf v. 10-1 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

NESTLE'S Kinder-mehl
Unübertroffen bei:
Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh
Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

Zirkus Schumann.
Das neue große Programm und die größte Reuezeit!
Noch nie dagewesen!
Münstedt's
Liliput-Zirkus-Vorstellung.
Die reizenden kleinen Liliputaner als Jocher, Schütze, Jongleur, Balaburisten, Balancceur, Clowns, Auguste, Voltigeur u. Prinzess Isabella mit den kleinen Liliputaner Freizeitspielder.
Ferner ein musikalisches Phänomen Mr. Franco Piper.
Marno-Truppe, fliegende Akrobaten.
Konsul II., Billy, Sämtliche Spezialitäten und Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Das große neue Drama: Der Kurier des Zaren.
Morgen Mittwoch, den 9. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr: Matinee. Ausnahmeweise Familien-Kinder-Vorstellung mit Münstedt's Liliput-Zirkus. Kinder bis 12 Jahren halbe Preise.

Zirkus Busch.
Katharina II.
Gr. Ausstattungs-Feerie in 6 Akten der menschliche Wunderaffe.
Küsterin der Miss Emeline und die vorzügl. Programmnummeren.
Gebrüder Herrfeld-Theater.
Heute die Novität:
Prinz Levy in Ahlbeck.
Schwant in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Sauptrollen:
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrfeld.
Vrahidal, dessen Reisebegleiter.
Anton Herrfeld.
Anfang präzis 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

Wintergarten
Neues Programm.
Anne Dancrey, Pariser Sängerin und Tänzerin.
Cooke u. Rothert amerikanische Excentrics.
Baptiste u. Frasconi Kopfläufer.
Everhart Reifenkünstler.
Wunderkessel, The Magic Kettle
Cliffe Barzoo dress. Ponies u. Esel.
Pas de Fleurs
Morcaschani Creolische Sängerin.
Permano Bros Komiker.
Romsakoffs weibliche Kosaker.
Heloisa Titcomb amerikanische Sänger.
The Austins austral. Jongleure.
Patty-Frank-Truppe Turner.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Der Orig.-Prod. des Passage-Theaters.
magische Kessel.
Lucie König, d. erstklassige Mädel.
Dida die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
14 neue glänzende Nummern.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktion: M. Ed. Fischer.
Senta Wolfsburg.
Schauspiel in 5 Akten von G. Wendi.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend, nachm.: Kinder-Vorstellung: Oornröschchen.
Sonntag, nachm.: Gebannt u. erlost.

Stadt-Theater Moabit.
Ulms-Roadit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Kean oder: Genie und Leidenschaft.
Lustspiel in 5 Aufzügen frei nach dem Französisch. des Alex. Dumas (Vater) von Ludwig Barnab.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag: Die gold'ne Eva.

Volksgarten-Theater (früher Weimann).
Dienstag, den 8. November 1904:
Gr. Soiree der Nordischen Sängers.
Entree 30 Pf.
Anfang 8 Uhr.

Skala-Theater.
Eintentr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
August kommt.
Pöffe mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Ent. der Hochbahn.
Dienstag, 8. November:
Wensch ärgere Dich nicht.
Pöffe mit Gesang in vier Akten von Leon Kreptow.
Mittwoch, 9. November:
Ein deutsch. Schulmeister.
Vollständig in fünf Akten von Rudolf Ansel.
Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sängers.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Bugenhagen Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal: 20 Taus.

Abnormitäten-Anstellung
Anfang 10 Uhr, Sonntags 11 Uhr.

lebender Kuriositäten! Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Franz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Str. 2.
Berlins-Franze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Damen-Paletots.
Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchen-Moden, gut u. viel billiger in der Fabrik von Eugen Jacobi, Charlottenburg, Berlinerstraße 95, I. (Rein Laden.) Größte Auswahl.

Wer-Stoff-hat, fertige Herrenanzug, 20 Pf., feinste Zutat, 2 Anpr. für guten Sitz bekam gold. Medaille. Ludwig Engel, Preussenerstr. 23, II. (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 42/18*

Hermann Günther Strausbergerstr. 21 an der G. Frankfurter-Str. CIGARETTEN-CIGARETTEN-TABAKE Beste Qualitäten. Preiswert.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquettes, Plüsch, Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Ost-Kasino Frankfurter Allee 106.
Empfehle meine Feste mit Nebenräumen den geehrten Vereinen und Vereinstäten zu Festlichkeiten und Versammlungen. Auch Sonnabende und Sonntage sind noch frei.
E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Dr. Simmel, Prizon-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Maß, tabell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg, An der Jannowbrücke I. I. Bahnhof Jannowbrücke.

Warmes Zimmer
besser wie Kohlen gibt Wärme- und Eigenholz. Zu den billigsten Preisen liefert daselbst stets frisch geheizte die Holzhandlung W. Jonetzky, Berlin 5242* Bärwaldstr. 65.

RESTE.
Zur Damenmütel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damentueche in schwarz und farbig, Kostüme, Kammgarn, Cheviot, Corbskrow, Plüsch, Sammet, Besatzartikel etc.
KONFEKTION
Fertige Jackotts, Paletots, Capes, Kostüm-Röcke etc.
Größte Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser-Str. 4.

5 1/4 Pfund Brot 50 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wronkestr. 135, Krautstraße 19, Waldenstraße 25, Panzerstr. 2, Markthalle Biederstr., Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Central: Vogdgauerstr. 13.

Damen-Paletots.
Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchen-Moden, gut u. viel billiger in der Fabrik von Eugen Jacobi, Charlottenburg, Berlinerstraße 95, I. (Rein Laden.) Größte Auswahl.

Wer-Stoff-hat, fertige Herrenanzug, 20 Pf., feinste Zutat, 2 Anpr. für guten Sitz bekam gold. Medaille. Ludwig Engel, Preussenerstr. 23, II. (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 42/18*

Hermann Günther Strausbergerstr. 21 an der G. Frankfurter-Str. CIGARETTEN-CIGARETTEN-TABAKE Beste Qualitäten. Preiswert.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69,
 Laden.
Gelegenheitskauf.

Die nachstehend verzeichneten Werke geben wir jetzt, so lange der Vorrat reicht, zu bedeutend ermäßigten Preisen ab:

Die Armee der Demokratie.
 Eine Begründung der Notwendigkeit des Wehrwesens in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moch.
 Statt 4,00 M. 1,50 M.

Das selbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.

Um die Freiheit. Geschichtlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525. 3 Teile. Von Robert Schewel.
 Statt 7,50 M. 3 M.

Das selbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.

Diktoria. Sozialer Roman in zwei Bänden. Von Miana Kautsky. Statt 5 M. 2 M.

Das selbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.

Helene. Roman in drei Bänden. Von Miana Kautsky. Statt 5 M. 2 M.

Das selbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.

Hunde von Nirgendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Duhks sämtliche Dramen. Alle drei Bände zusammen. Statt 9 M. 3 M.

Das selbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.

Albert Duhk, Gedichte. Statt 1,50 M. 1 M.

Lichtstrahlen der Poesie. Gedichte. Sammlung. Herausgegeben von Max Kogel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.

Sturmlieder vom Meer. Gedichte von Klara Müller. Statt 2 M. 1 M.

9 Sort. f. sage u. schreib!!!
 geg. Nachn.
 Vorp. frei.
 Alles neu.
 Ware.
!!! 3/4 Mark
 1 Dos. ca. 20-30 marlin. F. Hor.
 1 Dos. ca. 25-30 Rollin. (od. 1 Do. Blamir.) 2 Pfd. Sardelir.
 1 Dos. ff. Anchovis C. z.
 50 „Brathr.“ Büchl. u.
 ff. „Sproten“ 1 F. Kochb. u.
 1 ganzer fett. Rauchf.
 Degeners Konservenfah. v.
 1881 Swinomünde 83.
 Mit 1 Dos. ff. Nummer 4 1/2, M.

Preßkohlen
 verkaufe noch bis 15. d. Mts. Reste „Komet“ an der Köpener Brücke ab Bahn 100 Stück 7 Zoll mit 70 Pf., Zentner, ca. 115 Stück, 80 Pf. frei Keller 5 Pf., Boden 10 Pf. mehr.
 2801b C. Stolpe.

Bruch - Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigue Werkstatt.
 Referant: Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
 Berlin C.,
 30. Finien-Strasse 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischer Pelotten, angenehm und weich am Körper. 44324

Um jeden unserer werthen Kunden prompt bedienen zu können, bitten wir jetzt schon Bestellungen auf Christbaumgeläut zu machen, da wir im Vorjahre wegen zu starker Nachfrage 3000 Stück Bestellungen nicht ausführen konnten.
Unverwundlich, ewig zu gebrauchen!
Das Größartigste für den Christbaum
Christbaum-Geläut
 ist das in der ganzen Welt die größte Bewunderung hervorrufoende **Christbaumgeläut** geistlich neuhäutige **Neuheit!**
 Nach Angaben der Weihnachtskerzen erdnt das Geläut in drei harmonisch abgestimmten Tonarten, so lange bis die Kerzen ganz aufgebraunt sind. Man glaubt unwillkürlich ein in weiter Ferne erdndendes Glöckchengeläut zu hören und geföhlet so die Weihnachtsfreuden
 * großartig reizend. *
 1903 Ausstell. für Wohl-
 fahrtszwecke. 1904 Ausstell.
 für Schule, Haus und Herd.
 Noch nie hat für den Christbaum
 eine so wunderbare schöne
 Musik erköhlet.
 Versand frei ins Haus gegen Ein-
 sendung von 1,50 M., auch Briefmark.
 Bei Bestellung von zwei und mehr Christbaumgeläuten geben wir
 eine wundervolle Dekoration für den Christbaum gratis bei.
 Die schönsten Weihnachtsgeschenke, einige 1000
 sowie Christbaumzweige und wundervolle Spielereien finden Sie in
 unserem Katalog. Verlangen Sie selben ganz umsonst.
Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
 Reiches Fabrikationsgeschäft
 Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Privats!

Orts-Krankenkasse
 des
Maurergewerbes
 zu Berlin.

Hierdurch wird auf Grund des § 67 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse zurzeit 10 786 Mitglieder hat und nach § 50 des Statuts daher 1. aus der Zahl der Kassensmitglieder 168 Vertreter, 2. aus der Zahl der Nebelgeber 84 Vertreter für die Jahre 1905 und 1906 neu zu wählen sind. Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Wahl der Vertreter der Kassensmitglieder findet statt am **24.25 Sonntag, 13. November 1904**, vormitt. von 10-12 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, und die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber ebenfalls am **Montag, 14. November 1904**, abends von 8-9 1/2 Uhr.

Die Wahl ist geheim. Zutritt zum Wahllokal haben nur solche Arbeitgeber resp. deren Vertreter, welche Beiträge an die diesseitige Kasse zahlen, und nur wahlberechtigte Mitglieder der genannten Kasse. Diese haben sich durch das bis zum letzten Zahlungstermin abgestempelte Quittungsbuch sowohl beim Eintritt in das Wahllokal wie zur Ausübung des Wahlrechts am Wahllokal zu legitimieren. Zu diesem Zweck werden die Herren Arbeitgeber ersucht, den bei ihnen beschäftigten Kassensmitgliedern die Quittungsbücher rechtzeitig ordnungsgemäß zu übergeben. Die Kasse ist am Wahltag geschlossen. Berlin, den 18. Oktober 1904.

Der Vorstand:
 A. Daehne, Vor., Luchenerstr. 13.
 A. Kolpin, Schriftf., Vorjüngstr. 23.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.
 Kein Laden!
 Jetzt nach beendet. Engros-Saison
Einzelverkauf enorm billig
 Saccos, Havelocks, Capes, Abend-Mäntel, Kostümröcke, Kinder- und Backsch-Paletots.
Robert Baumgarten,
 Hausvogelplatz 11, 2. Et. (an der Jerusalemstrasse).
 Bei Vorzeigung dieses Inserats an h. Kasse werb. 5%, Rabatt vergöhlet.
 Auch Sonntags geöffnet!

Das Beste
Rester - Geschäft
 des S.-O. von **Wilh. Mühlbach**
 empfiehlt Rester von Wätschen, Krümmern, Göttingen für Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
 Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Christbaum-Geläut
 ist das in der ganzen Welt die größte Bewunderung hervorrufoende **Christbaumgeläut** geistlich neuhäutige **Neuheit!**
 Nach Angaben der Weihnachtskerzen erdnt das Geläut in drei harmonisch abgestimmten Tonarten, so lange bis die Kerzen ganz aufgebraunt sind. Man glaubt unwillkürlich ein in weiter Ferne erdndendes Glöckchengeläut zu hören und geföhlet so die Weihnachtsfreuden
 * großartig reizend. *
 1903 Ausstell. für Wohl-
 fahrtszwecke. 1904 Ausstell.
 für Schule, Haus und Herd.
 Noch nie hat für den Christbaum
 eine so wunderbare schöne
 Musik erköhlet.
 Versand frei ins Haus gegen Ein-
 sendung von 1,50 M., auch Briefmark.
 Bei Bestellung von zwei und mehr Christbaumgeläuten geben wir
 eine wundervolle Dekoration für den Christbaum gratis bei.
 Die schönsten Weihnachtsgeschenke, einige 1000
 sowie Christbaumzweige und wundervolle Spielereien finden Sie in
 unserem Katalog. Verlangen Sie selben ganz umsonst.
Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
 Reiches Fabrikationsgeschäft
 Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Privats!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).
 Dienstag, den 8. November, abends präz. 8 1/2 Uhr, in der „Königsbank“, Große Frankfurterstraße Nr. 117:

General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Vortrag. 5. An den Vorstand gelangte Anträge.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Dienstag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Daase, Brunnenstraße 154:
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen G. Durrn über: „Grundsätze der Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste — auch Damen — willkommen.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Moabit! Genossinnen! Genossen! Moabit!
 Dienstag, den 8. November 1904, abends 8 1/2 Uhr, im „Moabter Gesellschaftshaus“, Wickeffstraße 24:
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung: „Die Volksschule wie sie ist und wie sie sein soll.“
 Referentin: Genossin Frau **Dr. Hoffmann.** — Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Vertrauenspersonen.

Orts-Krankenkasse d. Schlosser und verwandten Gewerbe.
 Dienstag, den 15. November d. J., abends 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 45:
Ordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 I. Zu getrennter Versammlung: 1. Bericht des statutenmäßig ausgeschiedenen Vorstandes; 2. Bericht des Arbeitgebers. Es scheiden aus auf Grund des Statuts die Herren Heinrich und Polzin. Es sind daher zu wählen zwei Arbeitgeber als Vorstandsmitglieder auf zwei Jahre; 3. Bericht des Arbeitnehmers. Es scheiden aus auf Grund des Statuts die Herren Lubatsch, Neumann, Rosenberg und Teichenthal, durch Erziehung der Kassensmitgliedschaft Herr Krüger. Es sind daher zu wählen vier Arbeitnehmer als Vorstandsmitglieder auf die Dauer von zwei Jahren und ein Arbeitnehmer als Kassensmitglied auf die Dauer eines Jahres.

II. Nach beendeter Wahl in gemeinschaftlicher Versammlung:
 1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres, und zwar ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer (55 46 und 49 Nr. 4 des Statuts); 2. Statuten-Veränderungen: § 13 (sowie des Zusatzes zu § 13, achte Abänderung vom 14. Mai 1902; § 26 sowie des Zusatzes zu § 26, achte Abänderung vom 14. Mai 1902; Festlegung der Beiträge, § 8. Bericht über Kongresse, 4. Verschiedenes. 270/12
 Die Herren Delegierten werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die zugeordnete Legitimation ist am Eingang vorzulegen.
Der Vorstand.
 P. Heinrich, Vorsitzender, Neue Mühlentstr. 12.

Vereins-Saal,
 60 Personen fassend, Kegelbahn und Garten, empfehle für Vereine, Hochzeiten sowie andere Festlichkeiten.
 „Klage Haus“,
 Lindenstraße 150.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.
 Am Sonntag, den 13. November, findet im Lokal Tempelhofer Tivoli in Tempelhofer, Berlinerstr. 50, mittags 12 Uhr die **Kreis-Versammlung** und nachmittags **General-Versammlung** des Kreises statt.

Die Tagesordnungen sind: für die Kreisversammlung: 1. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Für die Generalversammlung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, der Revisoren. 2. Bericht der Mitglieder der Agitations-, Propaganda- und Kollektionskommission. 3. Antrag des Vorstandes betreffend Anstellung eines Sekretärs, Anträge betreffend Änderung in der Besetzung der Generalversammlungen des Kreises, Antrag Adolph-Büsterhausen auf Änderung des § 6 des Statuts. 4. Die Preußen-Konferenz. 5. Neuwahlen aller Funktionäre. 6. Verschiedenes. 223/7
 Nach § 11 des Statuts kann zur Generalversammlung jeder örtliche Wahlverein bis zu drei Delegierten entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. — Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt.
Der Zentralvorstand.

Tapezierer.
 Donnerstag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Benthstraße 20:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Baage über: „Wohlfahrt und Wohl“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Nicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Gesunde Kinder
 erhält man durch die Ernährung der Säuglinge mit Rusefe's Kindermehl, welches, der Milch zugelegt, dieselbe im Säuglingsmagen feinstodiger gerinnbar und daher leichter verdaulich macht. Rusefe's Kindermehl erhöht den Nährwert der Milch, wird von Kindern gern genommen und gut vertragen. Mit Rusefe's Kindermehl ernährte Kinder erfreuen sich guter, geregelter Verdauung sowie prächtigen Gedeihens und sind nicht so leicht empfänglich für die vielen Kinderkrankheiten.

Götz Kraft
 Die Geschichte einer Jugend
 in vier Romanbänden von Edward Stiefgebauer
 Band I: Mit tausend Masten
 Preis pro Band 4 Mark Auflage 40 Tausend Sehr spars. geb. 5 Mark

Soeben erschien der zweite Band: Im Strom der Welt
 Auflage 30 Tausend
 Berlin W. 57 Verlag von RICH. BONG

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Nachruf.
 Am 4. d. M. verstarb unser Mitglied, der Drechsler **Wilh. Canzius**
 Trammstr. 45/46
 und wurde am Sonntag, den 6. November, auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde zur letzten Ruhe bestattet.
 Ehre seinem Andenken!
 249/13 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.
 Unseren sowie den Mitgliedern des Gefangenvereins der Putzer hiermit zur Kenntnis, daß am 5. November unser Mitglied **Hermann Reinhardt** verstorben ist. 134/12
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 2 Uhr von der hiesigen Kirche nach dem Charité-Friedhofe statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die örtliche Verwaltung.
 J. H. : J. Neumann.

Nachruf!
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Friedrich Steppke** am 5. November gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter Spandau. 295/15

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter Zweigverein Berlin, Sektion II.
 Am 4. November starb unser treues Mitglied **Franz Kunigk** (Brauerei Patzenhofer, Abt. I). Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 8. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Weichengalle des Zentral-Friedhofes (Friedrichs-felde) aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.
 Mittwoch, den 16. November, vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee Nr. 15 (Saal 7), eine **Versammlung der Arbeitgeber**, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten, statt.
 Tages-Ordnung:
 Wahl von 24 Vertretern zur Generalversammlung pro 1905.

In demselben Lokal und zu derselben Zeit, doch getrennt, findet eine **Versammlung der Kassensmitglieder** (Arbeitnehmer) statt.
 Tages-Ordnung:
 Wahl von 48 Vertretern zur Generalversammlung pro 1905.
 Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Wahllokal den Kontrollanten vorzulegen.
 Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr, in dem bezeichneten Lokal und Saal:
Ordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber). 2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). 3. Wahl des Prüfungsausschusses. 4. Verhandlungsprotokoll der Vertrauensleute. 5. Verschiedenes.
 Die am 20. November 1903 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen.
 280/7b
 Aug. Brunzel, Vorsitzender.
 Ewald Potermann, Schriftföhrer.

Orts-Kranken-Kasse Boxhagen-Rummelsburg.
 Dienstag, den 15. Nov., abends 8 1/2 Uhr, im „Prälanten“, Karlsruherstr. 3.
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes; ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer. 2. Wahl von drei Redaktoren zur Abnahme der Jahresrechnung. 3. Statutenänderung. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
 J. H. : Bode.
Möbel, 74624
 ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig. Eigene Tischler-Werkstatt.
 Berlin O.
Wiehr, Peterburgerstr. 62.

Chen, im Himmel geschlossen.

Alle Kamellen liegen der Anklage wegen Wuchers zugrunde, die heute die geschiedene Heiratsvermittlerin Elisabeth Wilhelmine Hartert geb. Schmitz, geboren zu Gladbach Bez. Düsseldorf, vor die erste Strafkammer des Landgerichts I führte. Die jetzt 39-jährige Angeklagte, welche seinerzeit einen „Salon“ am Magdeburger Platz inne hatte, ist am 25. Oktober 1898, also vor sechs Jahren, wegen Stuppelei und Betruges zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die jetzt endlich zur Verhandlung gestellten Wuchersfälle waren schon der damaligen Anklage einverleibt, sie mußten jedoch wegen Ausbleibens der Hauptbelastungszeugen vor sechs Jahren vertagt und einer besonderen Verhandlung vorbehalten werden. Die Angeklagte lebte als Heiratsvermittlerin auf ziemlich großem Fuße und hatte Verbindungen mit den verschiedensten gut situierten Familien. Nach den Ermittlungen der Anklagebehörde bestand die Hauptvertriebsquelle der Angeklagten nicht darin, daß sie bloß Heiraten vermittelte und für das Zustandekommen solcher reichliche Provisionen empfing, sie suchte vielmehr junge Leute besserer Stände, vor allem noch im Dienst befindliche

Offiziere

an sich zu ziehen, von denen sie wußte, daß sie sich in Geldverlegenheiten befanden, gab ihnen selbst Darlehen gegen Schuldscheine und Wechsel oder verschaffte ihnen solche Darlehen dadurch, daß sie sich selbst verbürgte oder Bürgschaften anderer Personen verschaffte, auf Grund deren die Darlehensgeber Geld von Bankinstituten geliehen bekamen. Aus diesen Geschäften soll sie für sich selbst übermäßig hohe wucherische Vorteile gezogen haben, die in auffallendem Mißverhältnisse zu ihren Leistungen standen, da sich ihre ganze Vermittlungstätigkeit im wesentlichen darauf beschränkt haben soll, daß sie den verschuldeten Offizieren reiche

jüdische Heiratskandidatinnen

namhaft machte und für die Einführung der Offiziere, die sich durch eine reiche Heirat aus ihren finanziellen Verdrängnissen retten wollten, in die betreffenden Familien sorgte. Zur Anklage stehen drei Fälle, in denen die Angeklagte unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit sich wucherische Vorteile verschafft haben soll. Der erste Fall betrifft den früheren Premierleutnant Herrn v. Malzahn, der seinerzeit tief in Schulden gefallen und ihre Hilfe in Anspruch genommen hatte; dann werden ihre die Geschäfte zur Last gelegt, die sie mit dem früheren Hauptmann Plöy vom 103. Infanterieregiment gemacht und endlich wird sie beschuldigt, den Tod des Leutnants v. Kettelbladt auf dem Gewissen zu haben, der sich Anfangs 1898 erschossen hat, weil er die Verschuldungen, die ihm im Anschlusse an die unter der Regide der Angeklagten inszenierten finanziellen Transaktionen über den Kopf gewachsen waren, nicht zu erfüllen vermochte.

Den Vorsitz im Gerichtsschofe führt Landgerichtsrat Diez, die Anklage vertritt Assessor Fiegen, die Angeklagte wird vom Rechtsanwält Dr. Meyerstein vertreten.

Die Verhandlung findet unter erschwerenden Umständen statt. Frau Hartert, die längere Zeit verkränkt war, verhielt zurzeit ihre Strafe im Frauengefängnis in der Barnimstraße. Ihre Strafzeit würde morgen vollendet sein, wenn die 1000 M. Strafe bezahlt wird. Sie ist im Gefängnis erkrankt und

völlig gelähmt,

so daß sie durch zwei Personen in einem Krankenstuhl in den Gerichtssaal getragen werden und in diesem Stuhl auch vor dem Gerichtstisch verbleiben mußte. Sie ist körperlich eine vollständige Ruine, geistig aber außerordentlich rege.

Die Angeklagte ist die Tochter eines Malers und Piegelerbesizers und hat nur eine mittelmäßige Bildung genossen, will aber in Belgien in Pension gewesen sein. Mit 21 Jahren hat sie sich mit einem Ingenieur verheiratet, sie lebte aber seit 1892 von ihrem Ehemann geschieden, ihre Ehe ist 1896 getrennt. Sie behauptet, daß sie nicht bloß Heiratsvermittlerin gewesen, sondern auch Grundstücksverkäufe, Patente usw. vermittelt habe. Sie hat ein großes Haus geführt und eine Wohnung von sieben Zimmern inne gehabt. Sie bestreitet auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß sie selbst Gelder verliehen habe. Auch Wucher will sie nicht getrieben haben und behauptet, daß sie den Freiherrn v. R. nicht betrogen habe; dieser müsse ihr im Gegenteil sehr dankbar sein, denn sie habe ihn aus Wucherhänden befreit und die von diesem angestifteten Reberse in Höhe von 2 1/2 Millionen herausgeholt. Sie habe auch keineswegs die Heiratsverträge, die ihr gegeben worden, ihrerseits ausgeführt, sondern sie seien ihr von den betreffenden Personen fertig geschrieben mitgebracht worden.

Bezüglich des ersten Anklagefalles ergibt die Verhandlung folgendes: Der frühere Premierleutnant Freiherr v. M. mochte im Herbst 1895, als er sich noch im Dienste befand, durch Frau von Lepel die Veranlassung der Angeklagten. v. R. befand sich damals in größter Geldverlegenheit und hatte etwa

60 000 Mark Schulden.

Sie rief ihm zu einer reichen Heirat und bewirkte seine Einführung in das Haus des Generalkonsuls Landau durch den Grafen v. Königsborn. Dort lernte v. R. seine jetzige Frau, ein Fräulein Rosenfeld, kennen. Sie erhielt von Herrn v. R. einen Rebers in Höhe von 100 000 M., zahlbar vier Wochen nach der standesamtlichen Trauung. Bis dahin hatte ihm die Angeklagte lediglich kleine Darlehen von 500 M. gewährt. Nach Ansicht des Herrn v. R. hat die Angeklagte nach Erhalt des Rebers im ganzen etwa 16 000 Mark für ihn zur Verzinsung von Schulden aufgewendet, der Schwiegervater des Herrn v. R. schätzt die Summe auf 18—19 000 Mark, sie selbst spricht von 48 500 M. Die Anklagebehörde berechnet, daß sie dagegen durch Wechsel und Darlehen der Hamburger Volksbank 43 750 M. erhalten, so daß sie aus eigenem Vermögen etwa 2750 M. für Herrn v. R. aufgewendet habe. Dieser Summe habe der Rebers von 100 000 M. gegenüber gestanden. Der Rebers ist später zurückgegeben worden. Dagegen veranlaßte sie Herrn v. R., ihr am 31. Mai 1897 ein notarielles Schuld-Anerkennnis in Höhe von 60 000 M. auszustellen. v. R. schloß später mit ihrem Bevollmächtigten, dem Rechtsanwält Woffe, einen Vergleich dahin, daß ihr 20 000 M. ausgezahlt und ihr Wein im Werte von 4432 M. überlassen wurde, während sie Herrn v. R. die in ihrem Besitz befindlichen Reberse, Schuldscheine, Briefe u. a. ausshändigte. Die Angeklagte bestreitet im allgemeinen die Tatsachen, bestreitet aber einzelne Punkte, die ihre Tätigkeit betreffen.

Der zweite Fall betrifft den früheren Hauptmann im 103. Infanterieregiment, v. P., der jetzt nicht ermittelt worden ist. Er war durch Herrn v. R. mit der Angeklagten bekannt geworden, brauchte dringend notwendig 6000 M. und die Angeklagte vermittelte ihm das Geld von dem deutschen Kreditverein. v. P. mußte 6000 M. Wechsel akzeptieren und erhielt darauf vom Kreditverein jirta 5900 M. und zahlte der Angeklagten hierfür eine Provision von 450 M. Auch Herr v. P. hat ihr einen Rebers über 50 000 M. für den Fall, daß sie ihn verheiratete, ausgestellt. v. P. hat dann noch zweimal durch Vermittelung der Angeklagten Geld erhalten und sie hat darauf eine bedeutende Provision erhalten. Zur Illustration wird im Anschlusse hieran noch eine

Diamantengeschichte

erzählt. Nach der Darstellung der Anklagebehörde wollte v. P. im März 1897 wieder Geld haben und begab sich persönlich zu der Angeklagten. Dort soll er zwei Diamantenhändler angetroffen haben und da die Angeklagte selbst Geld nicht geben konnte, wurde der bekannte Ausweg gewählt, daß v. P. gegen Wechsel Brillanten kaufte, die sie dann für ihn verkaufen wollte. v. P. kaufte gegen zwei Wechsel von je 1000 M. ein Armband, eine Nadel und einen Brillantring. Sie erhielt die Schmuck-

sachen, um sie zu verkaufen, v. P. erhielt aber kein Geld und als v. P. ungeduldig wurde, erklärte sie ihm, daß ihr nur 500 M. geboten worden seien und sie die Schmucksachen nicht habe verkaufen können. Die Angeklagte behauptet, daß diese Diamantengeschichte vollständig geregelt sei und sie auch in diesem Falle in keiner Weise sich einer wucherischen Ausbeutung schuldig gemacht habe.

Der dritte Anklagefall betrifft den verstorbenen Leutnant v. Kettelbladt. Dieser war zur Unteroffizierschule zu Potsdam kommandiert worden und hat am 18. Januar 1898 durch Selbstmord geendet. In seinem Nachlaß fanden sich zwei Wechsel über 5400 M., fällig am 13. Oktober 1897 und 5100 M., fällig am 18. Januar 1898, welche von der Angeklagten ausgestellt und v. R. akzeptiert worden waren. Die Anklage behauptet, daß v. R. aus Verzweiflung

zur Wadwaffe

gegriffen habe, weil er in verschiedenen Geldgeschäften, die ihm die Angeklagte vermittelt habe, zu viel Opfer habe bringen müssen und zu viele Verpflichtungen übernommen habe, die er nicht mehr erfüllen konnte.

Dieser Ansicht tritt die Angeklagte entschieden entgegen. Sie behauptet im Gegenteil, sie habe Herrn v. R. selbst Geld gegeben, um einen Wechsel, den dieser unter falschem Namen akzeptiert hatte, einzulösen und ihn vor Unannehmlichkeiten zu bewahren. Sie habe weder von diesem noch von irgend einem anderen dieser Herren übermäßige Gelder erhalten. Sie hat auch seinerzeit, am 10. Februar 1898, an den Kommandeur der Unteroffizierschule ein Schreiben gerichtet, in welchem sie sich von dem Verdachte zu reinigen suchte, den Leutnant v. R. in den Tod getrieben zu haben. Die Anklagebehörde will auch aus dem Umstand, daß bei der Angeklagten noch vier Heiratsreberse vorgefunden wurden, folgern, daß diese Reberse nur dazu dienen sollten, um die wucherische Ausbeutung zu kaschieren. Daraus tritt eine Pause ein.

Nach der Bekundung des Zeugen Herrn Konrad v. Malzahn, der 39 Jahre alt und jetzt Gutsbesitzer ist, hat er die Angeklagte Hartert durch die Heiratsvermittlerin Frau v. Lepel kennen gelernt. Er befand sich damals in sehr bedrangter Lage und wußte nicht, wie er aus der schwierigen Situation herauskommen sollte. Er stand vor dem Hauptmann, bekam aber von Hause keinen Zuspruch mehr und mit seinem bloßen Gehalt als Offizier konnte er in Berlin nicht auskommen. Er hatte Schulden bei dem Agenten Merkeleitz, der seines Willens mit Frau Hartert zusammenarbeitete, und da Frau Hartert viele Verbindungen hatte, so war ihm deren Arbeit in seinem Interesse äußerst wünschenswert. Die Verbindung mit der letzteren war eine recht intime, denn diese

„duste“ ihn

in ihren Briefen. Er hat sich auch nicht für betrogen gehalten. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Meyerstein: Der Effekt der Tätigkeit der Frau Hartert sei für den Zeugen doch höchst erfreulich gewesen. Er sei Schwiegerjohn des Bankiers Hermann Rosenfeld in der Hofstraße geworden und damit in ein Taxemillionärshaus hineingekommen. Dieser Herr R. sei Schwiegerjohn des Bankiers Goldschmidt in Frankfurt a. M., der seinerzeit wieder Schwiegerjohn des verstorbenen Freiherrn v. Rothschild sei. Der Zeuge sei also in die Reize der Erben des großen Rothschild eingetreten. Wenn man Leistung und Gegenleistung prüfe, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß der Schwiegervater des Zeugen dessen hohe Schulden bezahlt habe, so daß letzterer heute schuldenfrei und Besitzer eines Rittergutes bei Straßburg sei. Der Verteidiger behauptet ferner, daß seinerzeit kein millionenreicher jüdischer Bankier mit heiratsfähiger Tochter existiert habe, bezüglich deren der Zeuge nicht einen Provisionsschein ausgestellt hätte. Schließlich macht der Verteidiger darauf aufmerksam, daß an Stelle der 100 000 M. des Reberses erst eine notarielle Schuldverweisung von 60 000 M. getreten sei und sich die Angeklagte im Wege des Vergleichs endlich mit 20 000 M. und einer Weinendung habe begnügen müssen.

Die verlesene kommissarische Aussage des verzeihen Herrn v. Plöy befaßt die Angabe nur wenig. Insbesondere hat er ausgesagt, daß Frau P. bei der Ausführung der von ihm benötigten Gelder Mühen und Arbeit aufgewendet habe und deshalb Anspruch auf Provision gehabt habe und daß er event. das Geld von seinen Verwandten erhalten haben würde. Frau P. bestreitet entschieden, daß sie Herrn v. P. etwas zu Unrecht abgenommen habe; im Gegenteil habe sie noch Geld von diesem zu fordern.

Der Zeuge Hauptmann a. D. v. Koch ist seinerzeit der Hauptbelastungszeuge in der Strafsache der Angeklagten gewesen, in welcher sie zu einem Jahr einen Monat Gefängnis verurteilt wurde.

Ueber den letzten Fall der Anklage, der den verstorbenen Leutnant Herrn v. Kettelbladt betrifft, sind die Zeugenaussagen sehr dürftig. Zwei Zeugen wissen nur, daß Herr v. R. an dem Tage, als er sich eine Kugel in die Brust jagte, sich sehr bestimmt über das Scheitern seiner Hoffnung ausgesprochen habe. Er habe sich darüber beschwert, daß er einer Hochstaplerin in die Hände gefallen und auch seine letzte Hoffnung auf Heirat mit einer reichen jüdischen Dame gescheitert sei. Einen Namen habe Herr v. R. bei Erwähnung der Hochstaplerin nicht genannt, dagegen enthielt sich ein Zeuge, daß bei den Beschwerden des Herrn v. R. der Name Graf Wälder einmal genannt wurde. — Rechtsanwält Dr. Meyerstein: Es sei der Plan im Schutzwange gewesen, Freiherrn v. R. mit einer anderen Tochter des Bankiers R. aus der Hofstraße zu verheiraten, dieser Plan sei aber gescheitert. — Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. — Rechtsanwält Dr. Meyerstein hielt sowohl aus tatsächlichen, noch mehr aber aus rechtlichen Gesichtspunkten die Freisprechung der Angeklagten für geboten. — Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Diez das auf

Freisprechung

der Angeklagten lautende Urteil. Der Angeklagten sei — wenn auch ihr Geschäft als besonders moralisch nicht angesehen werden könne — Wucher nicht nachzuweisen gewesen.

Eine zweite Anklage beschuldigte Frau Hartert des strafbaren Eigennuzes. Sie soll auf Grund eines Scheinvertrages ihr Mobiliar verschoben haben, um es vor der Beschlagnahme durch eine andere Heiratsvermittlerin, die gegen sie 10 000 M. eingeklagt hatte, zu bewahren. Es ergab sich aber nach Vernehmung eines Zeugen, daß dies Mobiliar dem letzteren gehörte und daher erfolgte auch hier die Freisprechung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute, Dienstag, im „Hofjäger-Palast“, Hofenheide 62/63, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Presb., Agitations- und Lokalkommissionen. 2. Wahl derselben. 3. Antrag des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Heute, Dienstag, den 8. November, abends präzis 8 1/2 Uhr, in der „Königsbank“, Große Frankfurterstr. 117: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Rassenbericht und Bericht der Redirektoren. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Rechnungsbericht des Vorstandes und der Redirektoren. 4. Vortrag. 5. An den Vorstand gelangte Anträge. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Reinickendorf. Mittwoch ist in sämtlichen Bezirken Zahlabend.

Abtershof. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag im Gesellschaftshaus von A. Kan, Bismarckstr. 10, sein Herbstfest. Eintrittskarten a 10 Pf. sind nur bei den Vorstandsmitgliedern und Bezirksführern zu haben. — Am Freitag, abends 7 Uhr, Flugblatt-

Verbreitung. Treffpunkt bei den Bezirksführern und bei A. Kan, Bismarckstraße 10. Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, anwesend zu sein.

Nieder-Schönevide. Am Dienstag abend findet im Lokale „Weidmannsruh“, Hildebrand, Verlinsstr. 15, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung u. a.: die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreises.

Pankow. Der Zahlabend am Mittwoch findet in folgenden Lokalen statt: Wolf, Wollanstr. 23. Abendroth, Wühlensstr. 25. Gröf, Kaiser Friedrichstr. 15, nicht bei Meißelbach, Kaiser Friedrichstraße 71.

Pankow. Am Sonnabend, den 12. d. M., feiert der Wahlverein sein 14. Stiftungsfest in Rosydis Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4. Programm: Aunfängerkonzert, Liebesvorträge, Mitwirkung des „Berliner III-Zeio“. Großer Festball.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend finden in allen Bezirken in den bekannten Lokalen die Bezirksführungen (Zahlabende) statt.

Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Reizen, Chausseestraße 104: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Grunwald „Zur Geschichte des preussischen Herrenhauses“. Diskussion. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung.

Lokales.

Auch ein „Volkswohl“!

„Wer nie sein Brot in Tränen aß, wer nie die kummervollen Nächte auf seinem Bette weinend sah, der kennt Euch nicht, ihr himmlischen Rächte.“ Mit diesem Wahlspruch schmückt sich ein Verein, der in Berlin im vorigen Jahre „zum Andenken an die hochselige Luise von Preußen“ gegründet worden ist. Er bezeichnet sich in seinen Satzungen als „Volkswohl-Verein“, trägt die Firma „Volkswohl-Verein zur gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder“, sucht in Berlin nebst Umgebung und womöglich darüber hinaus mit allen Mitteln der Reklame Mitglieder zu werben und spekuliert besonders auf die „kleinen Leute“.

Nach den Satzungen des Vereins ist sein Zweck, den Mitgliedern Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, ihre Arbeitsfähigkeit zu fördern, sie und ihre Familien in Notlagen zu schützen. Diesem Zweck soll dienen ein kostenloser Stellennachweis, Zahlung von Kranken- und Sterbegeld, Gewährung von Unterstützungen bei Not, von zinslosen Darlehen, von unentgeltlichem Rat und Schutz in Rechtsachen, von Auskunftsüber billigen Kredit; ferner Pflege des Sparfunns im Volke durch Anlegung von Spargeldern bei sicheren Instituten. Betätigung in der Armen- und Jugendfürsorge gegenüber Hinterbliebenen; weiter Vergünstigungen bei Geschäftsenten, bei Heil- und Badeanstalten, Erziehungs- und Fortbildungsanstalten; endlich Vorträge, Schriften, Vergünstigungen. Weiteres bleibt vorbehalten. a. B. Erziehung und Unterhaltung von Genesungshäusern und einer Altersversorgungsanstalt. Das Ganze ist ein Programm — so groß und schön, daß einem dabei schwindelig werden kann. Auf die „kleinen Leute“ hat denn auch besagtes Programm tatsächlich diese Wirkung ausgeübt, und ist die Mitgliedszahl rasch in die Tausende gestiegen. Unter anderen sind besonders viele Hausportiers beigetreten.

Der Verein tritt noch außer sehr repräsentabel auf, hat ein nobles Bureau mit schöner Einrichtung und großem Personal (Culmstr. 31), unterhält für den Außendienst zahlreiche Agitationsbeamte, Agenten usw., vertreibt pompöse Auftrufe und Beitritts-einladungen, an deren Spitze Gustav Richters Bild der Königin Luise prangt („mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin“), läßt einen Reklamewagen durch die Straßen fahren, der in Nischenlettern die Sognungen des „Volkswohl“ verkündet, und so weiter. Innen aber soll nicht das so stimmen, wie die Mitglieder es sich gedacht und erwartet hatten. Die Mitglieder sind zumeist Leute, die zum Verein kamen, nicht um fremde Not zu lindern, sondern um eigene Not lindern zu lassen. So manden lodte der Stellen-nachweise, den der Reklamewagen ja als kostenlos bezeichnet. Kostenlos wurde er ihm auch gewährt, aber auf dem Bureau wußten sie's ihm klar zu machen, daß es sich empfehle, Mitglied zu werden. Dieses Vergnügen war selbstverständlich nicht kostenlos (Aufnahme 1,50 M., Buch 50 Pf., Monatsbeitrag mindestens 60 Pf.). Aber man blieb wenigstens, wie eine Beitritts-einladung so schön sagt, „davor bewahrt, gewerbsmäßigen Privat-Stellungsvermittlern in die Hände zu fallen, welche oft die Notlage solcher Personen in ihrem Interesse auszubenten suchen“ — na, und man hatte doch auch Aussicht auf noch mancherlei anderen Vorteil. Allmählich ist aber doch über diesen und jenen Leichtgläubigen ein Gefühl der Enttäuschung gekommen. Man fängt an, zu finden, daß der Verein „Volkswohl“ von seinen hochtönenden Versprechungen erst ein wenigig Bruchteilchen erfüllt hat. Ein bißchen Stellungsvermittlung, falls Du die nach-gewiesene Stelle nicht schon besetzt findest; ein bißchen Kranken-unterstützung, falls sie Dir nicht aus dem und dem Grunde verweigert wird; ein bißchen Winkel-Rechtsrat, falls Du nicht lieber zu einem Rechtsanwält gehst; ein paar Vergünstigungen, falls Dir die Beteiligung Spaß macht. Das ist ja wohl alles, was vorläufig beim „Volkswohl“ zu haben ist.

Da und dort macht man sich schon Gedanken darüber, ob nicht am Ende der ganze Verein weniger den Mitgliedern als seinem Gründer und Vorsitzenden, einem Herrn Erard Rey, nicht. Andere aber erklären das für Verleumdung. Der Herr war früher Militär-musikus und nennt sich jetzt Kaufmann. Die „kummervollen Nächte“, wie die Sorge sie bringt, soll er zeitweise am eigenen Leibe erfahren haben, aber heute sind sie ihm fremd. Er geht ganz auf in dem Geschäft des Wohlens, und es bekommt ihm gut. Der „Volkswohl“-Marsch, den ein paar seiner Vetreuen ihm aus der Seele gedichtet bezog, komponiert und in treuer Anhänglichkeit der Königin Luise gewidmet haben, bekenn in der letzten Strophe freudig: „Not zu lindern, das macht reich.“ Gemeint ist innerer Reichtum, nicht schmöder Mammon. Allerdings stieken dem Vorsitzenden aus dem Aufnahmegereld, den Beiträgen und anderen derglei Gebühren, Prozente und sonstige Vorteile zu. Aber, nicht wahr, wo Holz gehauen wird, da müssen doch auch Späne abfallen?

Unter den Mitgliedern neigt mancher zu der Ansicht, daß auch der Einnahme-Anteil, der dabei auf den Verein selber entfiel, ein bißchen zu rasch alle geworden sei. Vertrauensmänner des Vereins, die kürzlich zusammengekommen waren, um die Lage des „Volkswohl“ zu besprechen, schüttelten die Köpfe, als zwei Vorstandsmit-glieder ihnen erzählten, es seien seit Gründung des Vereins 24 000 Mark eingenommen worden, Ende Oktober habe man aber trotz der Wichtigkeit der Leistungen des Vereins nur noch 225 M. in der Kasse gehabt. Wir können nicht wissen, ob das stimmt. Die Herren ver-sichern aber, sie hätten es jetzt aus den Büchern festgestellt. Dem gegenüber wurde von anderer Seite erklärt, es sei ein Vereins-vermögen aufgesammelt und sicher angelegt worden.

Ein Vorstandsmittglied verlaß schließlich eine Anzeige, die gegen den Vorsitzenden bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden sei. Hiernach dürfte der Luise-Verehrer, der die Stellung suchenden, durch Krantheit erwerbslos gewordenen Mitglieder auf die himm-lischen Rächte hinwies, zunächst mal vor die irdischen Rächte zitiert werden. Warten wir ab, wie die Sache enden wird.

Alkohol und Bierlutscher. Ein Leier schreibt uns: Vor mir liegt eine gerichtliche Vorladung des Inhalts: „In der Strafsache gegen den Bierlutscher A. wegen fahrlässiger Eisenbahntransport-Gefährdung sollen Sie als Zeuge vernommen werden. Der Erste Igl. Staats-anwält.“ Es war vor etwa drei Monaten, an einem furchtbar

heßen Radmittage. Ich fuhr mit der Linie 9 von Moabit kommend durch die Königsgrabenstraße und lehnte links im Vorderesitz. Da sehe ich im Galopp einen Bierwagen auf die Bahn zustürmen: der Fahrer war ein Gefährter. Die Pferde wollten erst rechts vorbeifahren, der Straßenbahnfahrer bremste auf der Stelle; der Bierwagen erntete, sich das Gefährt nach links, konnte aber nicht verhindern, daß die linke Platte seines Wagens und das linke Pferd mit der Bahn kollidierte. Der Bierwagen kippte schräg, der Fahrer wurde auf das Pflaster geschleudert und das linke Pferd blutete an den Hinterbeinen.

Nun kam der Schupmann und nahm ein Protokoll auf, ich aber wurde vom Schaffner als Zeuge notiert und habe auch schon auf einem Polizeibureau eine Vernehmung gehabt.

Diese Angelegenheit geht die Berliner Bierfahrer im allgemeinen an. Wer sie so lustig in ihren weissen Joden oben auf den Bierwagen thronen sieht, ahnt meist nicht, daß sie sich alle durch die Want für ihre Brauereien krank oder zu Tode trinken müssen. Wehe dem Bierfahrer, der in eine Kneipe kommt und nichts zum Besten gibt. Kaum tritt er in ein Lokal, so heisst es auch: „Da kommt der Brauer, der gibt 'ne Lage.“ Auf diese Lage haben dann meist alle Anwesenden ein Anrecht. Dann ruft einer: „Wie ist's noch mit einem Kognat?“ Der Bierfahrer nickt. „Guter Kognat!“ ruft der Wirt und dann kommt meist noch 'ne Lage. So geht es von einem Lokal ins andere. Lächelt sich der Bierfahrer ein paar Tage lang nicht sehen, dann geht gleich eine Befehlskarte an die Brauerei. Nun noch das Kreditieren! Der Bierfahrer muß täglich das aufgeladene Bier bezahlen, den Kunden aber muß er Kredit geben. Wie oft kommen da größere Verluste vor!

Warum einigen sich die Bierfahrer nicht dahin, daß sie jedem Restaurateur monatlich eine bestimmte Summe als Ablosgeld geben? Dann brauchen sie doch all das Zeug nicht zu trinken, und dann kommt es nicht vor, daß sie, vom Krant erkrankt, auf der Heimfahrt einschlafen und mit der Straßenbahn karambolieren!

Der kommunale Titelzopf. Magistrats-Bauräte sollen nun doch den „Magistratsräten“ folgen, die städtischen Bauinspektoren haben selbst einen darauffolgend abgehenden Wunsch geäußert. Sie weisen in ihrer Petition darauf hin, daß sie durch die Verbeibehaltung der Bezeichnung „Stadt-Bauinspektor“ auch in älteren Dienstjahren im Verkehr mit Fachgenossen und staatlichen Behörden, an ihrer Autorität Einbuße erlitten. Der Magistrat erkennt an, daß der dem Dienstalter nach jüngere „Baurat“ anderer Behörden gegenüber dem älteren „Stadt-Bauinspektor“, leicht, durchaus irrtümlicherweise als der erfahrenere, leistungsfähigere und maßgebendere (!) Techniker in beteiligten Kreisen angesehen werden kann. Es sollen daher 20 Stellen lebenslanglich angustellender Techniker mit der Gehaltskala der Stadt-Bauinspektoren (7600 bis 8400 M.) und mit der Amtsbezeichnung „Magistrats-Bauräte“ geschaffen und in diese nach und nach die länger als sechs Jahre im Dienste befindlichen Stadt-Bauinspektoren einrücken, d. h. — eine kleine Rogelei ist ja bei einer so großartigen Umwälzung immer zulässig — „meist“, wenn die Stadtverordneten dieser Neuerung zustimmen, wird mon künftighin die „Stadt-“ und „Magistrats-Bauräte“ gar nicht mehr unterscheiden können — beide werden einfach „Bauräte“ tituliert werden.

Die Sozialgesetzgebung als Spekulationsobjekt. Der Kommissar für Zwangsvollstreckungssachen, Stadtrat Mugdan, klagt im letzten Jahresbericht über die auffallende Vermehrung der von den Berufs-genossenschaften dem Magistrat zugehenden Zwangsvollstreckungs-Aufträge gegen Gewerbetreibende, die mit ihren Beiträgen im Rückstande bleiben. Es scheint bei diesen Geschäftsleuten, wie es in dem Bericht heißt, zur „Geflogenheit“ geworden zu sein, anstatt bei der Fälligkeit nach Aufforderung der Genossenschaftsvorstände Zahlung zu leisten, „aus Verechnung mit den vielfach ja nicht unbedeutenden Geldbeträgen bis zur Einleitung der zwangsweisen Verdrückung zurückzufallen, da sie durch die Möglichkeit einer längeren Verwendung des Geldes in ihren Geschäfts-Betrieben einen Nutzen haben, demgegenüber die Kosten der Zwangsvollstreckung ohne Bedeutung sind.“ Die Vermehrung der Ersuchen auswärtiger Behörden um Verdrückung von Steuer-Rückständen etc. erklärt sich aus dem starken Zug nach Berlin. Recht erheblich sind auch die Aufträge wegen Verdrückung rückständiger Dienstboten-Beiträge zum Gefinde-Verordnungs-fonds, sowie der Schulverschärfungssachen geblieben. Im Ganzen waren 70 866 Aufträge zu erledigen, in 12 857 Fällen blieb die verdrückte Pfändung fruchtlos!

Berliner Christentum. Die Kirchenvahlen in der Simeon-Gemeinde sind zum zweitenmal innerhalb Jahresfrist für unglücklich erklärt worden. Von den Positiven sind gegen die letzte Wahl nicht weniger als sechs Einsprüche erhoben worden, davon sind fünf ohne weiteres als unbegründet vom Konfistorium zurückgewiesen worden. Der sechste, der sich auf die Angaben eines einzigen Wählers stützt, ist als begründet anerkannt worden. Dieser Wähler ist vor der Wahl am 12. Juni d. J. aus der Gemeinde verzogen und hat anfänglich zweimal erklärt, er hätte positiv gewählt. Wäre der Mann bei dieser Behauptung, die nach Lage der Sache vollständig glaubhaft war, geblieben, dann wäre der Einspruch der Positiven sofort zurückgewiesen worden. Bei seiner Vernehmung vor dem Superintendenten hat der Wähler dann aber ausgesagt, daß er für die „Friedenspartei“ gestimmt habe. Daraus hin ist nun, da diese Partei mit 728 Stimmen gegen 727 positive gestimmt hatte, die Wahl zum zweitenmal lasiert worden. Wenn es so weiter geht, kann es nett werden.

Stadtschulrat H. Bertram wird am Mittwoch mittag vom Rathaus auf dem Friedhof der Apostelkirche in der Colonnadenstraße in Schöneberg, zur letzten Ruhe beisetzt. Die Gedächtnisreden bei der Feier im Rathaus werden Pfarrer Kirms von der neuen Kirche, Stadtschulrat Dr. Gerstenberg und ein Stadtverordneter, vermutlich Justizrat Cappel halten. Der Berliner Lehrerverein wird im Festsaal und die Kinder der städtischen Blindenanstalt sollen auf der Galerie sitzen. Der Leichenzug wird sich auf dem Wege nach dem Friedhofe vom Rathaus durch die Königsstraße, über den Schloßplatz, am Schlosse vorbei, unter den Linden, durch das Brandenburger Tor nach dem Potsdamer Platz, durch die Potsdamerstraße und Hauptstraße bewegen. Magistrat und Stadtverordnete, darunter auch frühere, die Berliner Lehrerschaft und zahlreiche Schüler werden teilnehmen.

Die durch den Tod des Direktors Jessen erledigte Stelle eines Leiters der ersten Handwerkerhohlschule soll nunmehr wieder besetzt werden. Auf ein Ausschreiben des Kuratoriums hin haben sich bisher um diese Stelle 35 Herren gemeldet, welche den verschiedenen Wissenschaften angehören. Neben Ingenieuren, Architekten und Physikern haben eine Anzahl Direktoren von Bau-, Gewerbe- und Handwerkerschulen sich darum betvoren, die sowohl in der Praxis wie auch theoretisch gewirkt haben. Das Gehalt für den zukünftigen Direktor soll 7000 M. betragen; es wird in Zwischenräumen von drei Jahren um je 500 M. bis zum Höchstbetrage von 9000 M. steigen.

Wegen die Schwindkassen. Die von der Deutschen Volks-Krankenkasse „Verolina“ wegen rückständiger Beiträge verklagten Mitglieder haben jetzt den Spieß umgedreht und wollen Massenklagen gegen die Kasse auf Herausgabe der zu Unrecht erhobenen Beiträge anstrengen. Der im Amtsgerichtsgebäude von den Angeklagten gegründete „Schutzverein der Versicherten“ hielt gestern bei Mant, Kalkaniak, seine erste Versammlung ab. Es hatten sich über 100 frühere Mitglieder eingefunden, die alle bekundeten, daß die „Verolina“ schon im Jahre 1902 insolvent gewesen und daß sie niemals ihren Verpflichtungen gegen die Mitglieder nachgekommen sei. Von einzelnen Mitgliedern wurden Schreiben des Kassenvorstandes vorgelegt, in denen dieser erklärt, keine Krankenunterstützung zahlen zu können, weil kein Geld vorhanden sei. Dabei habe die „Verolina“ über 25 000 Mitglieder gehabt. Angesichts dieser Tatsachen sei es eine Unverschämtheit ohne gleichen, wenn die Kasse ihre geprellten Mitglieder jetzt noch wegen

rückständiger Beiträge verklage. Man müsse die Klagen aufwerfen: „Wo ist das Vermögen der Kasse geblieben? Wer sind die Gläubiger der Kasse? Wer erhielt die eingelagerten und eingegangenen Mitglieder-Beiträge? Warum klagt man erst nach zwei Jahren? Es wurde in der gestrigen Versammlung beschlossen, einen Aufruf an sämtliche früheren Mitglieder der Kasse zu erlassen, um die erforderlichen Mittel zur gerichtlichen Prüfung der Bücher der „Verolina“ zu beschaffen. Ist dies geschehen, so sollen Massenklagen gegen die Gesellschaft auf Zurückzahlung der Beiträge angestrengt werden.

Die amtliche Untersuchung über den Unglücksfall in Charlottenburg hat zu einer vorläufigen Dienstenthebung des Weidenstellers Schulz I, welcher die Centralweicheinstelle auf dem Bahnhof führte, Veranlassung gegeben. Es ist aber immerhin noch nicht festgestellt, ob diesem Beamten, der seit nahezu dreißig Jahren seinen verantwortungsvollen Dienst versieht, ein Verbrechen trifft. — Eine Stadtbahnmaschine, welche einen eingesezten Nordringzug fahren sollte, wurde vorübergehend nach einem toten Gleise geleitet, auf welchem ein Leerzug zur Einfahrt nach dem Bahnhof bereit stand. Die Maschine fand infolgedessen auf dem Gleise nicht genügend Platz und blieb in der Weiche stehen, ein Umstand, den Sch. angeblich von der Bedienungsstelle aus nicht genau erkennen konnte. Ein auf dem Gleis II einfahrender Nordringzug erlitt infolgedessen die Lokomotive an der Seite und schlenderte sie einem Potsdamer Vorortzug entgegen, der fast in dem gleichen Augenblick aus der Halle ausfuhr. Durch die Lokomotive des Vorortzuges wurde der Rangiermaschine der Kessel der Länge nach aufgerissen. Auch die beiden anderen Maschinen wurden stark beschädigt und von dem ersten Personenzug des Potsdamer Zuges das Leerabteil zertrümmert und die Vorderachse gebrochen. Außerdem wurden an drei anderen Wagen die Pufferstangen verbogen. Als ein besonderes Glück wird es in bahnmännlichen Kreisen bezeichnet, daß nicht, wie es nach der Art des Zusammenstoßes zu erwarten gewesen wäre, Personenzüge umgefahren sind. In diesem Falle würde der Unglücksfall unübersehbare Folgen gehabt haben.

Ein sonderbarer Heiliger muß der Malergeselle Dilesch aus Wirich sein, welcher die Berliner Stadtverordneten-Versammlung um Weistand in seinen angeblichen Erbschafts-Angelegenheiten ersucht hat. Dilesch will von verschiedenen Personen, insbesondere vom Kaiser Wilhelm I., vom Kronenprinz Krupp in Essen etc. ein Vermögen von präter propter 240 Millionen Mark geerbt haben, das ihm noch immer streitig gemacht wird. Die Stadtverordneten-Versammlung hat es natürlich abgelehnt, sich mit dieser heissen Erbschaftsangelegenheit näher zu beschäftigen. Das Protokoll bemerkt darüber: „Da die Justizamt augenscheinlich von einem geistes-gestörten Menschen herrührt, ist die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzers damit einverstanden, daß die Eingabe lediglich zu den Akten genommen wird.“ Auch das scheint unnötig.

Zum Worte in der Hohenstraße hat nunmehr die Werner Behörde das Ergebnis ihrer Nachforschungen der hiesigen Staats-anwaltschaft übermitteln. Zwei Zeugen, auf die Mühlehalter sich für sein Alibi beruft, sagen aus, daß er bereits am 15. Oktober in Vorn eingetroffen bezw. am 17. dort gewesen sei. Den einen traf er hiernach am 16. Oktober. Am 17. nahm er an der Verdrückung eines Kindes dieses Zeugen teil. Hierbei traf er den zweiten Zeugen, bei dem er in Arbeit zu treten beabsichtigte. Beide Zeugen bleiben bei ihren Bekundungen auch gegenüber den Aussagen der Berliner Zeugen, besonders auch des Verlangenenaußers, dem Mühlehalter am 17. n. M. in der Lehrertstraße begegnet sein soll. Ob die Werner Zeugen als Kassisch zu betrachten sind, wird das Gericht zu entscheiden haben. Festgestellt ist, daß sie von früher her gute Freunde des Verdächtigen sind. Es ist erwiesen, daß sie mit Mühlehalter Briefe gewechselt haben. Wenn er irgendwo unter einem falschen Namen eine Stellung angenommen hatte, so schrieb er an einen seiner beiden Freunde und erhielt jedesmal bald Antwort unter dem Namen, den er sich gerade beilegte hatte. So hatte er jedesmal gewissermaßen eine Bestätigung für den angenommenen Namen. Diese Beziehungen sind durch aufgefundenen Briefe erwiesen. Die Leute in dem Werner Gasthof, in dem Mühlehalter schon am 16. Oktober gewesen sein will, erinnern sich seiner nicht bestimmt.

Der bekannte Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Wittenzweig ist am Sonntag in den Morgenstunden gestorben. Er hatte sich vor einigen Tagen, vermutlich bei einer Leichenuntersuchung, infiziert und dadurch eine schwere Dendrose zugezogen. Ein Herzschlag machte seinem Leben ein Ende. Er hat ein Alter von 64 Jahren erreicht. Wittenzweig ist hauptsächlich durch seine Tätigkeit vor den Schranken des Gerichts bekannt geworden und hat in zahllosen Gerichtsverhandlungen sein Gutachten als gerichtlicher Sachverständiger abgegeben. Der Verstorbenen war Besitzer einer Heilanstalt für gemüthskranke Damen in dem benachbarten Steglitz. Bekannt sind wohl noch die schäneren Wortwüste, die der Redakteur der „Charlottenburger Nachrichten“, Oswald Knorr, 1896 gegen Wittenzweig erhoben hatte. Der Gerichtsarzt sollte eine Frau Bambus, den Stabsarzt Dr. Sternberg, den Hauptmann v. Bröden und den Pastor Witte zu Unrecht für geistesgestört erklärt haben. Knorr wurde in erster Instanz zu drei Wochen, vor der Verurteilung in zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Aufstand verurteilt. Am 17. Dezember 1902 wurde in der Hofenstraße 16/17 die Witwe Auguste Ludwig, eine fromme alte Jüdin, in ihrer im Erdgeschoß gelegenen Wohnung mit einer 20 Zentimeter langen Schraube hinterwärts erschlagen und ihrer Hab-seligkeiten beraubt, während sie am Tische saß, um ihrer Schwester ab den unerwarteten Besuch ihres Neffen, des Kellners Adolf Veschinski, der sich auch Jyl Weber nannte, zu schreiben. Des Vorbes verdächtig erschien bald dieser Neffe, der einige Tage vorher in Berlin aufgetaucht war. Veschinski wurde von der hiesigen Kriminalpolizei verfolgt und in Kalkisch bald nach seiner Ueber-schreitung der russischen Grenze verhaftet. Das zuständige Gericht in Kalkisch sprach ihn nach längerer Verhandlung, in der auch mehrere Berliner Kriminalbeamte als Zeugen vernommen wurden, schuldig und verurteilte ihn zu 20 Jahren Zwangsarbeit in den Kleinwerken Sibiriens. Das Urteil ist jetzt rechtskräftig und Veschinski-Weber zur Verdrückung der Strafe abgeführt worden.

Aus Scham in den Tod gegangen ist der 63 Jahre alte Maurer Wolftram aus der Säulendörferstraße. Er arbeitete seit zehn Jahren nicht mehr in seinem Beruf, weil er wegen Trunksucht kaum noch Beschäftigung fand. Gelegentlich nähte er Filzhüte, mit denen seine Frau handelte. Dester half er auch seiner Frau. Diese Gelegenheit benutzte er aber jedesmal, einige Waren unter einer großen blauen Schürze verschwinden zu lassen, um sie in Schnaps umzusetzen. Als ihn seine Frau am Sonnabend-abend dabei erappte und ihm laut und heftig Vorwürfe machte, lief er weg und erhängte sich.

Die „Kassichlerin“ mit dem Terrier. In ein Pensionat des Westens laut vorgestern eine junge Dame, die sich als Kassichlerin vorstellte und ein Zimmer suchte. Sie habe in der Wilhelmstraße gewohnt, die Gegend gefalle ihr aber nicht. Die Dame führte einen Terrier an der Leine. Sie ließ sich alle Zimmer zeigen, darunter auch eines, das schon vermietet war. Hier lag auf dem Tisch eine Damenuhr, ein Beck alter Goldschmiedekunst, mit langer goldener Kette, an der noch eine russische Denkmünze in der Größe eines Zwanzigmarksstücks, ein hochengroßes goldenes Ei und ein Petschaft aus Bergkristall hingen. Dieses Zimmer sahen ihr am besten zu gefallen, weniger aber dem Koter, denn dieser wurde, wahrscheinlich nicht ganz freiwillig, sehr unruhig. Die Dame hantierte mit der Leine um den Tisch herum und lenkte die ganze Aufmerksamkeit der Vermieterin auf den Hund. Endlich war es mit diesem nicht mehr auszuhalten. Seine Herrin befreite ihn von der Leine und nun lief er die Zimmerflucht entlang, verfolgt von seiner Herrin, hinterdrein die Pensionsinhaberin. Aus dem Vermieten wurde nichts. Als die Pensionsinhaberin in das vermietete Zimmer zurückkehrte, sah sie zu ihrem Schrecken, daß mit der Kassichlerin und ihrem Hunde auch die wertvolle Uhr verschwunden war.

Feuerbericht. Mehr als ein Duzend Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Montag nachmittag

gegen 3 Uhr wurde sie nach dem reichsökonomischen Grundstück Mauerstraße 45/46 gerufen, weil hier im zweiten Obergeschoß in einem Papierlagerkeller der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes auf nicht ermittelte Weise Feuer ausgekommen war, das eine starke Rauchentwicklung hervorrief und einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Der 19. Völkzug war indes schnell zur Stelle und konnte innerhalb einer halben Stunde jede Gefahr beseitigen. — Vormittags 9 Uhr gab es in der Dorotheenstr. 69 zu tun, wo es im Erdgeschoß der Kriegsakademie brannte. — Betten und Kleidungsstücke gingen dann in der Eisenbahnstr. 22 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Kronenstr. 20 in einem Laden ein Brand entstanden war. In beiden Fällen konnte die Abdrückung leicht erfolgen. — Gardinen und Decken hatten abends in der Jahnstr. 18 Feuer gefangen. — Kurz nach 5 Uhr erfolgte Alarm nach dem Velle-Allianzplatz 23, wo es auf dem Dach brennen sollte. Es handelte sich aber um „blinden Lärm“, denn wie sich herausstellte, waren lediglich Arbeiter mit Teerföhen auf dem Dache beschäftigt. Das dazu benutzte Feuer fluderte nun bei dem starken Winde hin und wieder hoch auf und wurde von den vorübergehenden Passanten gesehen, die dann schnell die Feuer-wehr alarmierten, da sie von den Reparaturarbeiten auf dem Dache keine Ahnung hatten, sondern einen Dachstuhlbrand vermuteten. Man sieht, daß man ja doch nicht allzu eilig zur Alarmierung der Wehr schreiten sollte, sondern sich vorher erst fest überzeugen soll, ob wirklich Feuergefahr vorliegt. — In der Langenbesstr. 13 wurden bei einem Zimmerbrande Möbel beschädigt. — Sonntag früh gegen 5 Uhr mußte in der Prenzlauerstr. 18 ein Feuer beseitigt werden, das Kissen, Körbe, Verpackungsmaterial etc. ergriffen hatte. Außerdem liefen noch aus der Kaunzstr. 66 und noch aus einigen anderen Orten Alarmierungen ein, die indes durchweg auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Ausfluggruppe der Berliner Freien Studentenschaft (Finkenenschaft). In der heute abend 8 1/2 Uhr bei Dalbell, Potsdamerstr. 13, stattfindenden Sitzung liest Karl Wendell Dichtungen von Vandelair, Verlaine, Rimbert.

Im Herrnsfeld-Theater hat es Sonnabend eine Premiere gegeben. „Prinz Leby in Alibek“ hieß der vielversprechende Titel des Schwanks, der diesmal den ganzen Abend füllen sollte. Das tat er auch, allerdings mit Ach und Krach, indem eine an sich nicht lässige Situation unendlich ins Breite ausgedehnt wurde. Prinz Leby heißt eigentlich nur Leby und nennt sich nach seinem Vater zur linken Hand auch noch Prinz. Der Pianerle wegen sind die Wundestriche zwischen den beiden Namen ausgelassen worden. Dieser Held des Abends sieht seine Lebensaufgabe darin, sich bei Frauen interessant zu machen, und zwar dadurch, daß er Selbstmordversuche vortauscht. Das Rezept zu dieser Methode, die Herr Leby auch in Alibek anwendet, ist in einem alten Schmöder niedergelegt; der alte Schmöder geht Herrn Leby in Alibek verloren und die Mißverständnisse und Unannehmlichkeiten, die ihm und seinem Faktotum auf der Suche nach dem Buch begegnen, bilden wesentlich den Inhalt des Schwanks, der zuletzt tragisch ausläuft. Nun kann man nicht immer Schloßer bringen; und um der vielen fröhlichen Stunden willen, die die Herren Herrnsfeld ihrem Publikum seit Jahren bereitet haben, mag ihnen ein zaghafter Schritt in die Welt, wo man sich langweilt, verziehen werden. Was ihnen aber nicht verziehen werden kann, das ist der gleichzeitig unternommene Abstecher ins Gebiet der „Minnstinkunst“, um dies soviel mißbrauchte Wort einmal richtig anzuwenden. Was dem Stück an Witz fehlt, wird ersetzt durch knochenhafte Ausdrücke, unter denen dieser: „Ich schmeiße die Dr. . . in die Kr. . .“ der gangbarste ist. Wenn das Herrnsfeld-Theater überhaupt eine Bedeutung haben soll, so jawohl die, daß es die Eigenart des Judentums öftlich von Berlin humoristisch widerpiegelt. Wäre ein Konversationsstuck wie der, von dem wir eben eine Probe gaben, unter bemittelten Juden üblich, so würde der Antisemitismus den Gebildeten, und nicht, wie heute, den staubig-germanischen Mäpeln kennzeichnen müssen. Gespielt wurde gut, aber was nicht das beste Spiel im Kampf mit einem unangenehmen Stück?

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wird zur Feier von Schillers Geburtstag am Donnerstag, den 10. November, der erste Teil der „Wallenstein-Trilogie“ („Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“) gegeben. Die Rolle des Wallenstein spielt Max Patzsch. — Die Opernwoche im Vellealliance-Theater bringt zunächst eine Aufführung vom „Wildschütz“ am Dienstag, den 8. November, dann „Rigoletto“ am Donnerstag, den 10. November. Mittwoch wird die „Tugend-glocke“ wiederholt. Das Programm für den Freitag, für welchen Ida Hiedler, Nikolaus Rothmühl, Kasim Frieberg (Stockholm) und Alfred Wittenberg verpflichtet sind, wird ein sehr eigenartiges und interessantes sein. Für den Totensonntag ist eine Aufführung des Volksstückes „Der Millionenbauer“ angesetzt.

Im Zirkus Schumann findet am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr Familien- und Kindervorstellung statt, um den Kindern Gelegenheit zu geben, die Akrobaten sehen zu können. In dieser Vorstellung zählen Kinder bis zu 12 Jahren auf allen Plätzen halbe Preise.

Aus den Nachbarorten.

Die Wahlen der Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden haben in dieser Woche stattgefunden. Der konservative „Volksverein“ für den Kreis Nieder-Barnim“ fordert in einem Wahlaufsat auf, das Eindringen der „Sozialdemokratie“ in diese Stellen durch Wahlen von Angehörigen der „Ordnungsparteien“ zu verhindern! Der konservativ-Sozialdemokrat für den Kreis Nieder-Barnim wird in diesem Vorhaben unterstützt durch die Landratspresse, und wenn man berücksichtigt, daß der rührigste „Führer“ und Agitator in diesem „Volksverein“ gleichzeitig der Bearbeiter der Krankenkassen-Angelegenheiten im Landrats-amte ist, dann wird von einer unbefangenen Wahl der Weisiger vernünftigerweise wohl nicht mehr geredet werden können. Freilich bei der letzten im Jahre 1899 vorgenommenen Wahl war eine „Beeinflussung“ nicht angebracht und nicht notwendig. Den Kassenvorständen wurden der Einfachheit halber durch das Landratsamt die Namen geeigneter Kandidaten mittels unverbindlicher Rundschreibens mitgeteilt und ersucht, um eine „Zerstückelung der Stimmen zu vermeiden“, die vorgeschlagenen Kandidaten zu „wählen“! Wenn damals dem unverbändlichen Wunsche der Kassich-behörde Rechnung getragen wurde, so hat sich nun im Laufe der Jahre eben herausgestellt, daß die Kassenvorstände die Pflicht haben, für „geeignete“ Kandidaten selbst Sorge zu tragen und für deren Wahl in Uebereinstimmung mit den Versicherten einzutreten. Wenn der konservative Volksverein nun mit Hilfe des amtlichen Apparates und des amtlichen Ansehens der Macher dieses Vereins Kandidaten in Vorschlag bringt, so werden die Kassenvorstände dafür einzutreten haben, daß nicht die Zugehörigkeit zur konservativen Partei die Qualifikation zum Weisiger giebt, sondern daß die Vorstände der Krankenkassen die Pflicht haben, für die Wahl der von den Versicherten in Gemeinschaft mit den Vorständen aufgestellten Vertrauensmänner einzutreten.

In Charlottenburg betrug nach der neuesten Monatsübersicht des Statistischen Amtes die Zahl der Sterbefälle im Monat September 264 gegen 223 im entsprechenden Monate des Vorjahres, darunter 96 (89) im ersten Lebensjahre. Auf 1000 Einwohner und auf die Dauer eines Jahres reduziert war die Zahl der Gestorbenen 15.0 gegen 13.2 im September des Vorjahres und 14.68 im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1903. Der Anteil der Kinder unter einem Jahre an der Gesamtzahl der Gestorbenen war in diesem Monate mit 36.3 Proz. etwas geringer als im September des Vorjahres, wo er 39.9 Proz. ausmachte, auch geringer als der Durchschnitt der letzten 6 Jahre, der für den Monat September 39.65 Proz. ergab. Unter den Todesursachen waren in diesem letzten Sommermonate die Verdauungsstörungen noch recht stark vertreten, danach kommen die Herz- und Gefäßkrankheiten, Lungen-schwindsucht und sonstige Lungen- und Halskrankheiten. Recht hoch war die Zahl der an Lebensschwäche und Abmagerung gestorbenen Kinder und recht gering waren die Fälle von Altersschwäche.

Der Vorstand des Arbeiterkrankenvereins, der der Aufsicht des Magistrats unterstellt ist, hat im Laufe des Septembers um 787 Mitglieder zugenommen, während er im entsprechenden Monate des Vorjahres um 113 Mitglieder abgenommen hatte. Der Anteil der Arbeiter an der männlichen Bevölkerung Charlottenburgs ist dadurch auf die bisher noch nicht erreichte Höhe von 27,7 auf Tausend, die der Arbeiterinnen an der weiblichen Bevölkerung auf 58,1 auf Tausend gestiegen.

Im städtischen Arbeitsnachweis wurden während des Septembers 880 Arbeitsgesuche gemeldet. Mit Hinzurechnung des Restes 306 vom Monate August betrug die Gesamtsumme der Gesuche 1186 gegen 1048 im entsprechenden Monate des Vorjahres. Offene Stellen wurden innerhalb des Septembers 1138 angeboten, dazu der Rest vom August 221 gibt als Gesamtzahl der Stellenangebote 1359 gegen 1048 im September 1903.

Was die Neubauten und Abbrüche betrifft, so sind in den Monaten Juli bis September dieses Jahres 46 Neubauten entstanden mit zusammen 981 Wohnungen und 2777 heizbaren Zimmern. Von diesen 981 Wohnungen entfallen mehr als die Hälfte, nämlich 587, nur 1 oder 2 heizbare Zimmer, 268 hatten 3 oder 4 Zimmer und 126 mehr als 4 Zimmer. Vergleicht man die Bautätigkeit der beiden Jahre Oktober 1902 bis September 1903 und Oktober 1903 bis September 1904 mit einander, so erhält man folgende einander ähnliche Resultate: Im vergangenen Jahre entstanden 152 Neubauten mit zusammen 3098 Wohnungen und 8950 Zimmern, in diesem Jahre 161 Neubauten mit zusammen 3277 Wohnungen und 10 004 heizbaren Zimmern. Unter den im vergangenen Jahre entstandenen neuen Wohnungen zählten 47 Prozent zu den kleinen mit 1 oder 2 Zimmern, 40 Prozent zu den mittleren mit 3 oder 4 Zimmern und 13 Prozent zu den größeren Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern; unter den neuen Wohnungen dieses Jahres zählten 51 Prozent zu den kleinen, 34 Prozent zu den mittleren und 15 Prozent zu den größeren Wohnungen. Die Abbrüche im letzten Vierteljahr beziehen sich fast ausnahmslos auf Häuser an der Wilmersdorfer Straße; es gingen durch 28 Abbrüche im ganzen 189 Wohnungen ein, und zwar 55 kleine, 102 mittlere und 32 größere.

Über-Schneeweide. Heute abend 5 Uhr findet in der Aula, Reichenstr. 13, eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Errichtung einer katholischen Schule, einer Fortbildungsschule und die Vermehrung der Zahl der Gemeindevertreter.

In Mariensfelde geriet gestern früh gegen 1/3 Uhr eine zu dem Gute gehörige Scheune in Brand. Das Feuer fand in den Stroh- und Getreidevorräten in dem 8 Meter hohen und 20 Meter langen Gebäude reiche Nahrung. Als es entdeckt wurde, stand bereits das ganze Gebäude in Flammen. Die Feuerwehren aus Tempelhof, Mariendorf, Britz, Lankwitz, Siedende und Lichterfelde mußten sich jedoch darauf beschränken, die umliegenden Gebäude zu schützen. Erst gegen 6 Uhr morgens brach das brennende Gebäude zusammen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Gründerprozeß. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I begann heute die Verhandlung eines weitläufigen Gründungsprozesses, der folgende Personen auf die Angeklagtenliste führte: 1. den Kaufmann Alfred Steinberg in Schöneberg, 2. den Privatier Paul Reimann, 3. den Hypothekenvermittler August Bürger, 4. den Hypothekenvermittler Max Kellermann, 5. den Kaufmann Karl Klein in Deutsch-Wilmersdorf, 6. den Rentier Fr. Schmidt aus der Dreiecksstraße, 7. den Maurermeister Paul Kieselich, 8. den Maurermeister Ernst Löwe in Kirdorf und 9. den Rechtsanwalt Fritz Höniger. Durch die Anklage werden beschuldigt: Steinberg als alleiniger Vorstand, die übrigen Angeklagten teils als Gründer, teils als Aufsichtsratsmitglieder der „Deutschen Grundbesitzer-Bank A. G. in Berlin“ zum Zweck der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister in Ansehung der Einzahlung des Grundkapitals bzw. bei Erhöhungen des Grundkapitals wissenschaftlich falsche Angaben gemacht zu haben. Steinberg und Höniger werden ferner beschuldigt: ersterer als alleiniger Vorstand, letzterer als Vorsitzender des Aufsichtsrats in ihrem Lebensverhältnis über den Vermögensstand der Gesellschaft den Stand der Verhältnisse unwahr dargestellt und verschleiert zu haben. Schließlich beschuldigt die Anklage den Angeklagten Steinberg allein noch verschiedener Straftaten. Er soll im Jahre 1902 in betrügerischer Absicht wissenschaftlich unwahre Angaben in der Zeitschrift „Deutscher Hypotheken- und Grundstücks-Markt“ gemacht haben, durch welche die Zeichnung oder der Ankauf von Aktien herbeigeführt werden sollte. Er soll ferner — entgegen der Vorschrift des § 249 Absatz 2 des Handelsgesetzbuches — nicht alsbald nach eingetretener Zahlungsunfähigkeit die Eröffnung des Konkurses beantragt haben. Endlich soll er absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt haben.

Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Heidrich, die Anklage vertritt Staatsanwaltschafts-Rat Vahrt. Die Verhandlung, für welche mehrere Tage in Aussicht genommen sind, findet im kleinen Schwurgerichtssaal statt. Es sind 32 Zeugen geladen, außerdem als Sachverständiger der Buchrevisor Reuter. Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, daß die Angeklagten Klein und Rechtsanwalt Fr. Höniger nicht erschienen sind. Der Verteidiger des ersten Rechtsanwalts Vahrt teilt unter Beifügung eines Attestes mit, daß Klein verunglückt sei und einen Schädelbruch erlitten habe. Die Verhandlung gegen A. wurde daher abgetrennt. Ferner teilt der Vorsitzende mit, daß begründete Veranlassung zu der Annahme vorliege, daß der Angeklagte Rechtsanwalt Höniger flüchtig geworden sei. Der Gerichtshof werde zu beraten haben, ob event. ein Haftbefehl zu erlassen sei. — Die übrigen Angeklagten sind zur Stelle, sie werden von den Rechtsanwälten Dr. Wendel, Justizrat Friedmann und Dr. Löwenstein verteidigt.

Die Erörterung der persönlichen Verhältnisse der Angeklagten nahm sehr lange Zeit in Anspruch.

Der Angeklagte Alfred Steinberg ist im Jahre 1856 geboren. Er ist Hauptmann der Landwehr und hatte Anfang der neunziger Jahre von seinem Vater 150 000 M. geerbt. Mit diesem Gelde erwarb er in der Nähe von Görlitz einige Grundstücke, die er später mit Gewinn verkaufte. Er siedelte dann nach Berlin über, erwarb hier verschiedene Häuser und trat im Jahre 1895 in die damals gegründete Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer ein. Später gründete er die „Deutsche Grundbesitzerbank A. G.“ — Der Angeklagte Reimann war früher Direktor der Grube „Marie“ in Senftenberg. — Bürger ist gelernter Kaufmann, der mehrere Geschäfte selbständig betrieben hat und jetzt Hypothekensmakler. — Angeklagter Kellermann hat früher in Pölnitz-Bissa ein Getreidegeschäft innegehabt und ist jetzt ebenfalls Hypothekensmakler. — Der Angeklagte Schmidt lebt von den Zinsen eines Vermögens von 70—80 000 M.

Die Verhandlung drehte sich gestern um den ersten Punkt der Anklage: Die falsche Angabe über die Einzahlung des Grundkapitals zum Zwecke der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister. Die Gründeranzeige ist von den Angeklagten Steinberg, Reimann, Bürger, Kellermann und Klein am 10. Februar 1900 bei dem Amtsgericht I erstattet worden. Danach sollte das Stammkapital 50 000 M. betragen, welches in 50 Aktien à 1000 M. eingeteilt werden sollte. Es wurde von den Gründern versichert, daß von ihnen 1/4 des Nennbetrages pro Aktie, insgesamt 12 000 M., eingezahlt worden sei. Die Anklage behauptet, daß diese Angabe falsch ist, da alle fünf Gründer vermögenslos seien. Kellermann hatte u. a. um dieselbe Zeit den Offenbarungseid geleistet. Die Einlagen sollen nach der Anklage überhaupt nicht gewährt worden, die ganze Gründung vielmehr nur als „Strohmann-Gründung“ zu bezeichnen sein. Der Angeklagte Steinberg bestritt dies und behauptet, daß das eingezahlte Geld tatsächlich vorhanden gewesen. Dies wird bestritten, da den verschiedenen Lieferanten Wechsel als Bezahlung gegeben worden seien. Der Behauptung von der angeblich guten Vermögenslage des Angeklagten Steinberg stellt der Staatsanwalt die Tatsache gegenüber, daß kurz vor der Gründung der „D. G. B.“ am 28. Oktober 1899 das gesamte Mobilien des St. gepfändet war und kurz nach der Gründung St. den Offenbarungseid

leistete. Das Ergebnis der Gründung bestand schließlich darin, daß 98 855 M. Aktiva und 1 M. Passiva vorhanden waren. — Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt.

Verfammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in der Simanowski über den ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongress, welcher vom 17. bis zum 19. Oktober in Frankfurt a. M. tagte, berichtete. Der Redner schilderte die Vorgeschichte des Kongresses, gab dann eine allgemeine Uebersicht über die Verhandlungen und bemerkte zum Schluß, daß, wenn auch nichts Positives erreicht und keinerlei Beschlüsse gefaßt worden seien, der Kongress doch nicht ganz spurlos vorübergegangen sein werde. So hätten ja auch der Tuberkulosekongress, der Antialkoholikerkongress, sowie der Kongress, der sich mit den Geschlechtskrankheiten befaßte, Anregung zu Fortschritten gegeben. Für die Vertreter der Arbeiterschaft komme es darauf an, das Gute und Brauchbare, was auf derartigen Kongressen vorgebracht werde, herauszuschälen, und auf dem letzten Kongress habe man manches über die Frage der Wohnungsreform lernen können. — Dem Vortrage folgte eine längere Diskussion. Albrecht hob hervor, daß die Wohnungsfrage nur zu lösen sei, wenn die Boden Spekulation ausgerottet werde. Da sich nun die Vertreter der bürgerlichen Klasse scheuten, das Privateigentum anzugreifen, sei von ihnen eine Lösung der Frage nicht zu erwarten. Der Redner sprach außerdem gegen die luxuriöse Ausführung der Häuserfronten auf Kosten der so dringenden notwendigen Verbilligung der Wohnungen. Was in jener Hinsicht die Bauunternehmer leisteten, werde leider auch von den Baugenossenschaften nachgeahmt. — Wolderski kritisierte die Art und Weise, wie der Wohnungskongress zusammengebracht wurde. Es habe sich jeder gleichsam ein Mandat für 6 M. laufen lassen. Die Arbeiterschaft habe eine andere Auffassung von derartigen Veranstaltungen. Wer als Vertreter teilnehmen wolle, müsse doch bestimmte Gruppen von Personen vertreten, ihre Anschauungen zum Ausdruck bringen und in ihrem Namen Vorschläge machen; nicht daß jeder Privatmann sich persönlich ein Mandat verschaffen und vielleicht gar Ansichten geltend machen könne, die dem Zweck der Veranstaltung direkt entgegenstünden. Im übrigen hielt der Redner es jedoch für zweckmäßig, wenn die sozialdemokratische Partei oder Fraktion offiziell Vertreter zu dem Kongress entsandt hätte. Man sei innerhalb der Partei in dieser Hinsicht etwas zu hart befaßt. Man versippe sich doch nicht gleich mit der bürgerlichen Klasse, wenn man an solcher Veranstaltung teilnehme. Ferner kritisierte der Redner das Verhalten des Fiskus zur Boden Spekulation, indem er namentlich darauf hinwies, wie die Landes-Verkehrsversicherungsanstalt Berlin bei Errichtung des Arbeitsnachweis-Gebäudes in der Gornaustraße vom Fiskus genötigt wurde, das ursprünglich fiskalische Grundstück von einem Konkursium zu erwerben. — Kosta sprach sich dafür aus, daß die Landes-Verkehrsversicherungsanstalt in größerem Maßstabe als bisher den Arbeiter-Baugenossenschaften Hypothekengelder zur Verfügung stellen sollte. Seien es doch Arbeitergelder, um die es sich hier handle, und so müsse es eigentlich selbstverständlich sein, daß sie derartigen Unternehmen vor allem zugute kommen sollten. Der Redner schilderte ferner den Nutzen der Baugenossenschaften, besonders die Entwicklung der Baugenossenschaft „Paradies“ bei Grünau, und erklärte es für wünschenswert, wenn die Gewerkschaften einen Teil ihrer Mittel solchen Genossenschaften auf kurze Frist als Baupfand zur Verfügung stellen würden. — Stempel sprach sich in ähnlichem Sinne für die Förderung der Baugenossenschaften und über ihren Wert aus. — Wolderski gab mehrere Ausführungen über die Anlage der Mittel der Landes-Verkehrsversicherungsanstalt Berlin. — Simanowski wies in seinem Schlußwort noch auf die seiner Meinung nach beachtenswerte Äußerung des Hausbesitzers Höbeler aus Wlona hin, daß es zweckmäßiger wäre, wenn die Arbeiter erparierte Gelder in Baugenossenschaften anlegen, statt sie auf die Sparcassen zu tragen, wo sie schließlich nur der Privatpekulation zur Verfügung gestellt würden. Dann äußerte sich der Redner anerkennend über die in Frankfurt a. M. mit Hilfe des Systems der Erbbaupacht erzielten Erfolge im Wohnungsbau und wies im allgemeinen auf den Nutzen hin, der durch die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnungswezens erreichbar erscheint.

Charlottenburg. Am 26. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. im Volksbause statt. Die Tagesordnung lautete: „Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf von Bestimmungen zur Verhütung von Bleierkrankungen der Maler, Lackierer, Anstreicher.“ Flemming hatte das Referat übernommen. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, an der sich Rebel, Maße, Griesmeyer, Kühn, Schiller u. beteiligten. Man rügte scharf den Vortrage der Meister, daß der Arbeiter durch den vielen Alkoholgenuss die Bleierkrankungen hervorruft. Hier findet das Sprüchwort Anwendung: „Was ich mach' und tu, trau ich auch andern zu.“ Denn die Herren Meister, speziell die älteren, denken dabei jedenfalls noch an ihre Gehaltszeit zurück, wo noch der Alkoholgenuss eine Gewohnheit war. Heute ist der Arbeiter durch die Erziehung in der Organisation ein anderer geworden. Es ist als erfreuliche Tatsache zu begrüßen, daß man heute keine Schnapsflasche mehr bei den Malergehülften auf den Bauten findet. Man rügte ferner, daß die Lehrlinge gerade im ersten Lehrjahre sehr viel zu Weinisch-Anstrichen verwendet werden, wodurch ihrem Körper das Gift schon in frühesten Jugend zugeführt wird. Nach Belesung der Petition an den Bundesrat fand dieselbe von der zahlreich besuchten Versammlung einstimmige Annahme. Im Punkte Verschiedenes wurden die Vorkommnisse in der Innungs-sitzung vom 17. Oktober vom Gehülftenausschuss der Versammlung unterbreitet. In derselben wurde der Gehülftenausschuss von den Meistern mit den schönsten Schimpfwörtern bedacht, weil die Gehülften über den Besuch der obligatorischen Fortbildungsschule durch die Lehrlinge andere Ansichten als die Meister hatten. Nach längerer Debatte nahm die Versammlung eine Protestresolution gegen das Verhalten der Meister an.

Der Schmargendorfer Wahlverein nahm in seiner laut Statut fälligen Generalversammlung den Bericht des Vorstandes und des Kassierers vom letzten Quartal entgegen. Wie der erste Vorsitzende mitteilte, wurden im letzten Quartal fünf Mitglieder und eine Vollversammlung abgehalten. Am Schluß des Jahres gehören dem Verein 56 Mitglieder aus folgenden Berufen an: Buchdrucker 5, Maurer 12, Tischler 3, Arbeiter 19, Bildhauer 1, Bankbeamter 1, Restaurateur 3, Schlosser 5, Klempner 1, Schuhmachermeister 1 und Maler 1. Hieraus gab Red den Kassierersbericht. Die Einnahmen betragen im letzten Quartal 97,43 M., die Ausgaben 114,77 M. An den Zentralvorstand abgeliefert wurden 64,95 M. Bei der Neuwahl der Gesamtwahlverwaltung des Vereins wurden wiedergewählt Guttler als erster und Karl Schmidt als zweiter Vorsitzender. Neugewählt wurden Rogatt als Kassierer, Laufe als Schriftführer, Kaminsky als Beisitzer und Bibliothekar. Zu Lokal-Kommissionsmitglieder wurden Lärm und Red, zu Revisoren Reine und Wille, zu Bezirksführern Rothe, Götsch, Seiffert, Thomas, August Schulze, August Schmidt und Wille gewählt. Unter Verschiedenem wurde der Genosse Werder als neues Mitglied in den Verein aufgenommen.

Steglich. Die Novemberversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins brachte den Mitgliedern einen Vortrag über Heinrich Heine und seine Dichtungen mit anschließender Rezitation einiger Kinder seiner Muse. Die gut besuchte Versammlung nahm das Gebotene mit Beifall auf. — Im geschäftlichen Teil wurden hierauf die Genossen Krause, Zinat und Zumppe zu Delegierten für die am 13. November in Tempelhof stattfindende Generalversammlung des Zentralwahlvereins gewählt und die Tagesordnung der Generalversammlung einer Besprechung unterzogen. Der Antrag des Zentralvorstandes auf feste Anstellung eines Sekretärs mit einem Monatsgehalt von 200 M. wurde besonders eingehend diskutiert und war die Versammlung in ihrer überzogenen Mehrzahl der Meinung, daß ein Anfangsgehalt von 200 M. entschieden zu hoch sei; besser wie die Gewerkschaften brauche die Partei ihre Beamten auch nicht zu entlohnen und dort sei ein Anfangsgehalt von

165 M. allgemein üblich. Es wäre selbstverständlich, daß spätere Zulage gefordert würde und wir können dann zu Einkommen für unsere Angehörigen, wie sie selbst von bestellten qualifizierten Arbeitern nie erreicht würden. Eine derartige Verwendung von Parteigeldern sei nicht gut zu heißen. Auch gegen die vom Vorstand vorgeschlagene Person machten sich Bedenken geltend; es wurde gewünscht, diesen Posten mit einem auch rednerisch befähigten, jüngeren Genossen zu besetzen, um die Geldausgabe auch agitatorisch auszunutzen, und die Stelle öffentlich auszusprechen. Ebenso fand der Antrag Königsbrunnens: statutarisch festzusetzen, daß nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in die politische Organisation aufgenommen werden sollen, sehr geteilte Aufnahme. Den Delegierten wurde strengste Prüfung der Gründe der Antragsteller zur Pflicht gemacht.

Vermischtes.

Retting Schiffbrüchiger. Die Rettungsstation Warhöft der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 8. November wurden von der unweit von hier gestrandeten deutschen Galeasse „Maria“, Kapitän Berg, mit Klein von Neumühlen nach Anklam bestimmt, drei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

In der Goshanialt zu Hensburg entstand Sonntag abend infolge Undichtigkeit eines Gasrohrs eine heftige Kessel-Explosion. Der Kesselwärtter wurde getötet. Der Gasinspektor und der Kesselwärter wurden am Oberkörper und den Armen schwer verletzt, mehrere Arbeiter erlitten leichte Verletzungen. Das Feuer, welches infolge der Explosion ausgebrochen war, wurde durch die Fabrikfeuerwehr der Hensburger Schiffswerft gelöscht.

Grausamkeiten der Kriegsberichterstattung. Handglossen eines Zeitungslesers zum ostasiatischen Krieg liefert Eduard Engel in der „Magdeburger Zeitung“. Wie schon während des Boerenkrieges führt Engel auch diesmal eine Liste über die von den Zeitungs-telegrammen (meist englischen Ursprungs) hingemordeten und verwundeten Soldaten der feindlichen Armeen. Grausameres, schreibt er, gibt es auf Erden nicht, als einen Kriegsberichterstatte, er reite über ein wirkliches Schlachtfeld, oder er sitze auf dem behaglichen Redaktionsstuhl in der friedlichen Heimat. Zahlen mit nur zwei Nullen erscheinen ihm unter der Würde der modernen Presse, und da ihm die Tötung von 5000 Mann, die Beschaffung von 10 000 Gefangenen, die Unterbringung und Verpflegung von 30 000 Verwundeten nicht mehr kostet, als wenn es sich nur um den zehnten Teil oder den hundertsten all jener Opfer des Krieges handelt, und da der Leser durch eigenes Gelingen wie durch seine lange Zeitungserziehung die langen runden Zahlen gleichfalls den verantwortlichen Heinen vorzieht, so wird von den friedfertigen Redakteuren in London kartiert, in die Luft gesprengt, durch Mistin in Atome verwandelt, verstümmelt, verwundet und gefangen, was man nur irgend dem abgestumpften Leser bieten zu dürfen glaubt. Nach meiner doppelten Buchführung sind auf russischer Seite nach englischen Zeitungstelegrammen bis jetzt getötet und verwundet 4 397 700 Mann, auf japanischer Seite, diesmal allerdings nach Telegrammen aus Petersburg, 5 728 800 Mann. Es sind noch ein paar mehr auf beiden Seiten, ich runde aber ab. Japanische Schiffe sind nach Meldungen aus Petersburg gänzlich vernichtet oder unheilbar beschädigt worden 732; von den Japanern sind nach englischen Meldungen 843 russische Schiffe in den Grund geholt, in die Luft gesprengt oder sonst kampfunfähig gemacht worden. Sämtliche Kriegsschiffe, denn auf die Handelschiffe habe ich bei meiner Buchführung nicht geachtet.

Marktpreise von Berlin am 5. November. Nach Ermittlungen des fgl. Voller-Preisbureau. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,60—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,95—13,93 M., mittel 13,91—13,89 M., geringe 13,87—13,85 M. Futtergerste**), gute Sorte 15,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,20 M., geringe 13,10—12,00 M. Hafer**), gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 40,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Kirschen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Rübenschrot 5,00—4,50 M. Heu 8,90—7,40 M. Für ein Allogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,00 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 6. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nationale Ehre und Verwandtes. — Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen. Von Otto Bauer-Wien. (Schluß). — Sozialreformer-Kongresse. Von Paul Ehrlich. — Der Abolitionismus. Von Hans Bloch. — Die Dresdener Städte-Ausstellung. Von Adolf Braun. — Literarische Rundschau: Elisabeth Gössleiner. Studien über die Wuppertaler Textilindustrie und ihre Arbeiter in den letzten 20 Jahren. Von ad. br. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Porträts August Debel's und Friedrich Naumann's. Photographien auf China in Kabinetsformat à 1 M. (München, Verlagsanstalt Neumann).

Der Städtebau. Monatschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte. Preis jährlich 20 M. Verlag von Ernst Wasmuth, Berlin W., Markgrafenstr. 35, Heft 11, November.

Seemanns-Kalender für 1905. Herausgegeben vom Seemanns-Berbande in Deutschland. Bearbeitet von Paul Müller. 5. Jahrgang. Preis 50 Pf. Verlag: „Der Seemann“, Hamburg, Holtenauer 116.

Hans Deutsch. Qualifizierte Arbeit und Kapitalismus. 102 Seiten. Verlag: C. D. Stern, Buchhandlung L. Kosner, Wien.

Dr. Heinrich Feuerlein. Lohn und Haushalt der Ufrenfabrikarbeiter des badiischen Schwarzwaldes. 208 Seiten. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäft: 7 Uhr.

A. P. A. S. Lieben Sie nach. — St. Eine Verurteilung hätte Aussicht auf Erfolg; sie muß aber durch einen Anwalt vertreten werden. — A. 11. Ja. **Hiroviken.** 1. Der von Ihnen beschriebene Weg ist ungangbar. Sie können die Größtost auslagern oder sie mit Vorbehalt des Inventars ansetzen. 2. Nein. — B. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. — C. 1. Ja. **Advenia.** Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **Babel.** 1. Ohne Einsicht in die kassenstatuten Ihnen mitzuteilen, welche Rechte Ihnen nach diesen Statuten zustehen, ist unmöglich. 2. Selbstverständlich. — B. 2. 101. 1. Gerichtskosten verfahren in vier Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem sie fällig geworden sind. Jede Pfandvollstreckungsmaßregel unterbreitet die Verjährung. 2. Die Gestra hat ihr Eigentum zu bewahren. — C. 6. 2. Wänschen Sie die Verantwortung einer Frage, so steht Ihnen wie jedem Momenten die juristische Sprechstunde offen. Wählen Sie den Weg der brieflichen Anfrage, so liegt es in Ihrem Interesse, den Briefkasten etwa eine Woche lang zu verfolgen und, falls sie die Antwort nicht finden sollten, Ihre Frage zu wiederholen. Sie aber fragen unter dem 3. an, weshalb eine von Ihnen am 1. gestellte Frage nicht beantwortet sei. Ein größerer Grad von Aufmerksamkeit hätte die Antwort unter der von Ihnen angegebenen Adresse am 3. finden lassen und Sie davon zurückgehalten, unsere Zeit rücksichtslos in Anspruch zu nehmen.

Witterungsübericht vom 7. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C. Tag- u. Nacht	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C. Tag- u. Nacht
Schwetzingen	760	SB	2heiter	3	Caparanda	740	SB	2wolken	-12
Darmstadt	761	SB	2halb bb.	4	Petersburg	742	SB	4Schnee	-0
Berlin	762	SB	3heiter	5	Gort	755	SB	2bedeckt	1
Kranf.a.M.	763	SB	2bedeckt	5	Paris	768	SB	2heiter	0
Köln	765	SB	1halb bb.	2					
Wien	765	SB	2heiter	7					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. November 1904. Einmal mäßiger, veränderlich, vorherrschend wolfig, mit Regen und ziemlich frühen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

